



ZUKUNFTSFORUM
POL



96 | 2009

Manfred Wilke | Udo Baron

„Die Linke“

BÜNDNIS- UND KOALITIONS-
POLITIK DER PARTEI



ISBN 978-3-940955-59-3

www.kas.de



Konrad
Adenauer
Stiftung

INHALT

5 | VORWORT

7 | DIE GEGENWART DER GESCHICHTE KOMMUNISTISCHE TRADITIONSLINIEN IN DER BÜNDNISPOLITIK DER PARTEI „DIE LINKE“

- *Grundsteinlegung und historische Erfolge*..... 9
- *Bündnispolitik der Kommunisten im Kalten Krieg* 10
- *Der „Kampf um den Frieden“ und die „friedliche Koexistenz“
im Kalten Krieg* 11
- *Kommunistische Bündnispolitik in der Bundesrepublik* 13
- *Personelle Kontinuitäten zwischen Gestern und Heute* 17

21 | AUSSERPARLAMENTARISCHE BÜNDNISPARTNER

- *Anti-Globalisierungsbewegung*..... 21
- *Friedensbewegung*..... 24
- *„Bündnisse gegen rechts“* 26
- *Die Gewerkschaften als zentraler Bündnispartner*..... 29

39 | DIE KOALITIONSPARTNER

- *SPD – Reaktion zwischen Abgrenzung und Kooperation*..... 39
- *Die Grünen in der Bündnisstrategie der Partei „Die Linke“* ... 56

64 | GREGOR GYSIS KOALITIONSANGEBOT

- *Gemeinsamkeiten und Kriterien für eine Koalition* 64
- *Hindernisse einer möglichen Koalition*..... 72
- *Ausblick* 73

78 | DIE AUTOREN

78 | ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER- STIFTUNG

REDAKTIONELLE BEARBEITUNG:

Tobias Montag

*Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch
elektronische Systeme.*

© 2009, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.
Printed in Germany.
Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-940955-59-3

VORWORT

Als die Väter und Mütter des Grundgesetzes vor nunmehr fast sechzig Jahren die freiheitliche und demokratische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland schufen, stellten sie den Schutz der unveräußerlichen Menschenwürde des Individuums an die Spitze der verfassungsrechtlichen Wertehierarchie und versahen diese, wie auch die Strukturprinzipien der Republik, mit einer Ewigkeitsgarantie. Hintergrund für diese Regelungen waren die Erfahrungen des Untergangs der Weimarer Republik, der von gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen totalitären, rechts- wie linksextremistischen Gruppierungen geprägt war, ebenso wie die der menschenverachtenden nationalsozialistischen Diktatur. Für die Väter und Mütter des Grundgesetzes verlief die entscheidende Konfliktlinie deshalb nicht primär zwischen den rechts- und linksradikalen Diktaturanhängern, sondern zwischen den totalitären Bewegungen und den Verfechtern des demokratischen Verfassungsstaates. Die Erkenntnis, dass extremistische Bewegungen untereinander signifikante Gemeinsamkeiten aufweisen und ihnen gleichermaßen entschieden entgegenzutreten ist, gehört seitdem zum „antitotalitären Grundkonsens“ der Bundesrepublik.

Mit einer Reihe von aktuellen Untersuchungen zum Rechtsextremismus hat die Konrad-Adenauer-Stiftung in den letzten Monaten bereits einen erneuten Beitrag zur Festigung des Wertekonsenses und der politischen Willensbildung geleistet. In drei Bänden über die Partei „Die Linke“ sollen nun die Herausforderungen untersucht werden, vor die der Linksextremismus unsere Demokratie stellt. Neben der vorliegenden Untersuchung der Bündnis- und Koalitionspolitik geht es dabei in zwei weiteren Teilen um die jüngere historische Entwicklung der Partei sowie um ihre politischen Konzeptionen.

In der politischen und der öffentlichen Debatte ist die Zuordnung der Partei „Die Linke“ zum Linksextremismus durchaus umstritten. Als eine in den Kommunalvertretungen, etlichen

Länderparlamenten und im Bundestag vertretene Partei, die eine Vielzahl durchaus heterogener Strömungen umfasst und die vor allem auf der kommunalen Ebene auch zu konstruktiver Zusammenarbeit bereit ist, scheint eine pauschale Verurteilung der SED-Nachfolgepartei ungerechtfertigt, ja vielleicht sogar kontraproduktiv. Auch die „antifaschistische“ Selbststilisierung der Partei verdeckt oftmals das eigene extremistische Potential. Dennoch zeigt die vorliegende Studie eine Reihe von Schnittstellen, personellen Kontinuitäten und ideologischen Versatzstücken auf, die belegen, dass „Die Linke“ den antitotalitären Grundkonsens nicht teilt.

Wer die notwendige und unumgehbare inhaltliche Auseinandersetzung mit den nicht selten unrealisierbaren und ungeeigneten politischen Vorschlägen der Partei führen will, kann auf die Kenntnis der Grundlagen nicht verzichten. Dabei müssen auch die politischen Instrumente der Partei berücksichtigt werden. Hierzu gehören in besonderem Maße die Bündnis- und Koalitionspolitik der Partei „Die Linke“, die – wie der vorliegende Band deutlich macht – noch ganz in der Tradition der SED verhaftet ist. Der Band rekonstruiert den ideologischen Hintergrund und analysiert die gegenwärtigen Bündnispartner sowie die potentiellen parlamentarischen Koalitionspartner. Mit Blick auf die Westausdehnung der Linkspartei zeigen die Autoren, dass der Erfolg der Partei nicht allein auf der Fusion mit der WASG gründet, sondern auch auf den außerparlamentarischen Bündnisstrukturen der als linksextremistisch eingestuften DKP.

Ein besonderer Dank für diese Ausarbeitung gebührt an dieser Stelle den beiden Autoren Professor Dr. Manfred Wilke und Dr. Udo Baron.

Berlin, im Januar 2009

Dr. Michael Borchard
Leiter
Hauptabteilung Politik und Beratung
der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Dr. Ralf Thomas Baus
Leiter Team Innenpolitik
Hauptabteilung Politik und
Beratung

DIE GEGENWART DER GESCHICHTE

KOMMUNISTISCHE TRADITIONSLINIEN IN DER BÜNDNISPOLITIK
 DER PARTEI „DIE LINKE“

Die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) entstand aus der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), ihre Führung war geprägt von deren Politikverständnis. Eine wichtige Methode der Kommunisten zur Durchsetzung ihrer Ziele war die Bündnispolitik. Solange die SED die DDR regierte, bezog sich die Bündnispolitik auf den Umgang mit den noch bestehenden Parteien, so die CDU für die Christen, die Liberaldemokraten für die Intelligenz und die Handwerker sowie die Bauernpartei für den ländlichen Raum. Die Bündnispolitik in der DDR wurde als Integration verschiedener Bevölkerungsgruppen in den sozialistischen Aufbau verstanden.

Von dieser Bündnispolitik einer kommunistischen Partei an der Macht ist ihr Kampf um die Macht in einer „kapitalistischen Gesellschaft“ wie der Bundesrepublik zu unterscheiden, wo die Kommunisten eine geächtete politische Minderheit waren. Hier galt es, zunächst im außerparlamentarischen Raum Akzeptanz und Anerkennung zu gewinnen. Die Zielgruppe, um die es ging, war das linke Lager im weitesten Sinne des Wortes. Dazu zählten die Gewerkschaften, die besonders wichtig für die Kommunisten waren. In ihnen und über sie konnten Sozialdemokraten zur „Aktionseinheit“ bei Arbeitskämpfen und Demonstrationen gewonnen werden.

An zweiter Stelle kamen soziale außerparlamentarische Bewegungen wie die Friedensbewegungen, an denen sich die westdeutschen Kommunisten beteiligten. Vor allem in den letzten Jahrzehnten hat zudem die Rolle und Bedeutung jener sozialen Bewegungen zugenommen, die sich gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie, für Umweltschutz und gegen die Globalisierung wenden. Dies gilt besonders für ihren Einfluss auf die öffentliche Meinung über diese Politikfelder.

Um zu verstehen, was linke Bündnis- und Kampagnenpolitik heute bedeutet, kommt man nicht umhin, die Historie zu bemühen. Nur so werden die inhaltlichen und personellen Kontinuitäten dieser Politik verständlich, nur so werden ihre Unterschiede zur damaligen Zielsetzung erkennbar.

Der wichtigste Unterschied der heutigen Bündnispolitik der Partei „Die Linke“ zu jener der Kommunisten bis 1989 lässt sich kurz umreißen: In den neuen Bundesländern geht es nicht mehr um die Stabilisierung einer Diktatur durch Integration und in Westdeutschland muss die Friedensbewegung nicht mehr indirekt die sowjetische Sicherheitspolitik gegen den Westen unterstützen. Heute geht es um gesellschaftliche Akzeptanz für „Die Linke“ und in den Parlamenten um politische Mitwirkung. Geblieben sind von der Tradition die Technik und der Anspruch, die „Bündnispartner“ im Sinne der eigenen politischen Konzeption zu konditionieren. Die Theoretiker der PDS/„Die Linke“ beziehen sich in ihren konzeptionellen Überlegungen zur Bündnispolitik heute weniger auf Wladimir I. Lenin als vielmehr auf das kulturelle Hegemoniekonzept des italienischen Marxisten und Mitbegründers der Kommunistischen Partei Italiens (KPI) Antonio Gramsci. Seiner These zufolge könne eine revolutionäre Partei nur siegen, wenn sie vor ihrer Machtübernahme die politisch-kulturelle Hegemonie durchgesetzt hat.

1997 erschien ein Kommentar zum Parteiprogramm der PDS, in dem die Autoren diesen Leitsatz von Gramsci auf Deutschland übertrugen. Die PDS begreift sich dem Kommentar zufolge als Teil des linken Lagers, vor dem die Aufgabe stand – die Bundestagswahl von 1998 warf ihre Schatten voraus –, die eigene geistige Hegemonie in Deutschland medial durchzusetzen und zwar als Voraussetzung, um eine politische Transformation im Land überhaupt einleiten zu können. 1997 herrschte in Deutschland, so die Diagnose der Autoren, die Hegemonie konservativer und „neoliberaler“ Ideologien. Sie galt es zu brechen, um medial

einen neuen Block links von der Mitte in der politischen Kultur der Bundesrepublik zu etablieren. Um dieses Ziel zu erreichen, muss zunächst eine Neuinterpretation von Begriffen und Werten erfolgen. Wörtlich heißt es: „Damit der Kampf um die Veränderungen der Wirklichkeit gewonnen werden kann, muss vor allem der Kampf um die Interpretation dieser Wirklichkeit und die Art über sie zu sprechen, sie darzustellen und wahrzunehmen, gewonnen werden. Die Ohnmacht steckt nicht so sehr in den realen Verhältnissen als in der Art ihrer Wahrnehmung und Akzeptanz dieser Ohnmacht durch die Mehrheit der Bevölkerung.“¹ Die außerparlamentarische Bündnispolitik der PDS bzw. der Partei „Die Linke“ folgt dieser konzeptionellen Linie. Sie will in den außerparlamentarischen Kampagnen nicht nur Bündnispartner gewinnen, sondern auch die Wahrnehmung der Welt und der sozialen Realitäten in der Bundesrepublik medial in ihrem Sinne verändern, um einen solchen linken Block in der deutschen Politik zu ermöglichen. Ganz im Geiste von Gramsci müssen sich zunächst die Worte und Bilder verändern, bevor sich in der Wirklichkeit die politischen Verhältnisse ändern können. Im Medienzeitalter, in dem das Fernsehen zum Leitmedium avancierte, ist der politische Kampf um Worte und Deutungen kombiniert mit den Bilder liefernden Aktionen ein strategischer Wert für sich.

Trotzdem wurzelt die heutige Bündnispolitik der Partei „Die Linke“ noch immer in der der Kommunisten. Eine kurze Skizze dieser Geschichte soll helfen, ihre Bedeutung in der politischen Konzeption der Partei heute zu verstehen.

GRUNDSTEINLEGUNG UND HISTORISCHE ERFOLGE

Die Bündnispolitik geht in Theorie und Praxis auf den Führer der bolschewistischen Revolution in Russland von 1917, Wladimir I. Lenin, zurück. Er schrieb 1920, als sich die Hoffnungen auf einen schnellen Sieg der Weltrevolution verflüchtigt hatten und die Sowjetunion als einziger sozialistischer Staat allein blieb, in seiner Abhandlung über den „linken Radikalismus“ über die Notwendigkeit von Bündnissen unter taktischen Gesichtspunkten für den Klassenkampf der Kommunisten in den bürgerlichen Gesellschaften und in der Auseinandersetzung mit den Sozialdemokraten, die in Westeuropa noch immer die Arbeiterbewegung dominierten.² Ausgerichtet waren diese Bündnisse auf zeitlich und thematisch begrenzt aktuelle Ziele, die von den Sozialdemokraten oder Gewerkschaften gefordert wurden. Diese sollten die Kommunisten aufgreifen und mit einem

Bündnisangebot verbinden. Mit diesen Bündnissen, die in der Regel abgelehnt wurden, sollten die Kommunisten auf Aktionen zur Durchsetzung des Ziels drängen, auch um die zögerlichen Sozialdemokraten vor den „Massen“ zu entlarven. Ab 1921 bildete die von der Kommunistischen Internationale propagierte „Arbeitereinheitfront“, d.h. die politische Aktionseinheit aller Arbeiterparteien und Gewerkschaften, die zentrale bündnispolitische Linie der Kommunisten in Europa. Die kommunistischen Parteien gehörten einer Weltpartei als weisungsgebundene Sektionen an und mussten der Moskauer Linie folgen. Die Kommunistische Internationale verwandelte sich zunehmend zu einem Instrument der sowjetischen Außenpolitik. Bis zum Sieg der Nationalsozialisten in Deutschland 1933 unterschieden die Internationalen nicht zwischen den Staatsordnungen der bürgerlichen Gesellschaft. Demokratie oder Diktatur, darin sahen die Kommunisten keinen qualitativen Unterschied, beide Staatsordnungen waren für sie Ausdruck der Klassenherrschaft der Bourgeoisie.

Zwei Jahre benötigte die Sowjetunion unter Josef Stalin, um im Sommer 1935 auf dieses Ereignis programmatisch und politisch zu reagieren. Der VII. Kongress der Kommunistischen Internationale vollzog einen Kurswechsel in der Stellung der Kommunisten zur bürgerlichen Demokratie angesichts der faschistischen Bedrohung ihrer Existenz. Die Bündnispolitik wurde über die Aktionseinheit der Arbeiter zur Volksfrontpolitik mit allen Demokraten im Kampf gegen den Faschismus erweitert. In diesem Kampf traten alle Klassengrenzen in den Hintergrund, auch Christen, Liberale und Pazifisten rückten ins Blickfeld der kommunistischen Bündnispolitik. Dieses Konzept der Volksfront wurde während des Zweiten Weltkrieges tatsächlich zum Bestandteil der „Anti-Hitler-Koalition“ im Bündnis der Westmächte mit der Sowjetunion im Kampf gegen das nationalsozialistische Deutsche Reich. Nach dem Sieg wurde diese bündnispolitische Konzeption von Stalin genutzt, um unter Führung der nationalen kommunistischen Parteien in Ost-Mitteleuropa, einschließlich der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland, moskautreue Regime zu installieren.

BÜNDNISPOLITIK DER KOMMUNISTEN IM KALTEN KRIEG

Mit dem Heraufziehen des Kalten Krieges nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges löste eine modifizierte Volksfrontstrategie, nunmehr als Zusammenschluss aller „antimonopolistischen Kräfte“ verstanden, die bisherige bündnispolitische Linie jenseits des „Eisernen Vorhangs“.³

Um Bündnisse nicht a priori als kommunistisch gelenkt erscheinen zu lassen, verzichteten die Kommunisten bei diesen Kooperationen nicht nur auf die Besetzung von Schlüsselpositionen mit Parteimitgliedern, sondern auch auf eine allzu offensichtliche marxistisch-leninistische Rhetorik. Vielmehr tarnten sie ihre Ziele hinter populären Forderungen und konzentrierten sich auf die verdeckte Kontrolle solcher Zusammenschlüsse. Sie erhoben Forderungen, denen auch Demokraten zustimmen konnten und übernahmen deren politische Vorstellungen, soweit sie mit ihren Nahzielen vereinbar waren.⁴ So wurden im Nachkriegsdeutschland die Forderungen nach einem Friedensvertrag, nach der Einheit eines neutralen Deutschlands oder nach einem gesamtdeutschen Gespräch von SED und der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) in Westdeutschland propagiert. All diesen Forderungen war gemeinsam, dass sie sich gegen die Westintegration der Bundesrepublik richteten und die Anerkennung der DDR befördern sollten. Es entstanden Aktionsbündnisse, die auf einem von den Kommunisten formulierten „Minimalkonsens“ beruhten, der nur mit einer Bedingung verknüpft war: Keine Kritik an der Sowjetunion und keinen Antikommunismus. Vielmehr sollte dieser in der Öffentlichkeit und im politischen Raum bekämpft werden. Gemeinsame Aktionen bedeuteten aber keinen Verzicht auf die ideologischen Gegensätze und Auseinandersetzungen mit den Bündnispartnern. Diese wurden weitergeführt, schon allein um Weltbilder zu setzen und Trennlinien zu formulieren, wie „Kommunismus gleich Frieden“ und „USA gleich Krieg“.⁵ Zum zentralen Kampagnenthema kommunistischer Bündnispolitik entwickelte sich seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges vor allem der „Friedenskampf“ zwischen dem von der Sowjetunion geführten „Friedenslager“ und dem von den USA gelenkten „Block der imperialistischen Reaktion“, von dem aus kommunistischer Perspektive die Kriegsgefahr auf der Welt ausgehen würde.

DER „KAMPF UM DEN FRIEDEN“ UND DIE „FRIEDLICHE KOEXISTENZ“ IM KALTEN KRIEG

Zentrales Instrumentarium kommunistischer Bündnispolitik im Kalten Krieg war die Kampagne gegen die Atombombe. Gemeint war damit allerdings nicht die weltweite Abrüstung dieser Waffensysteme, vielmehr richtete sich diese Forderung einseitig gegen die amerikanischen Bomben. In dieser sowjetischen Kampagne waren überzeugte Atom pazifisten nur solange willkommen, wie sie nicht die sowjetische nukleare Rüstung thematisierten. Diese Kampagne diente als strategisches Mittel zur

Beeinflussung des Meinungs- und Willensbildungsprozesses nichtkommunistischer Gesellschaften. Um sie zum Erfolg zu führen, bedurfte es politischer Bündnisse und in diesen einer gezielten Personal- bzw. „Kader“-Politik. Verlässliche Nichtkommunisten mussten als Sprecher eingesetzt und die eigenen Leute an den organisatorischen Schaltstellen erfolgreich platziert werden.

Unter dem Eindruck der denkbaren gegenseitigen atomaren Vernichtung erklärte die Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU) 1956 die These von der Unausweichlichkeit von Kriegen zur Durchsetzung des Sozialismus für falsch. Sie bekannte sich nun zur „friedlichen Koexistenz“, die eine begrenzte Kooperation mit dem Westen vor allem in der Sicherheitspolitik zur Kontrolle der Atomwaffen zuließ, ohne den Glauben an den Klassenkampf und den „gesetzmäßigen Sieg“ des Sozialismus aufzugeben. Die Konzeption der „friedlichen Koexistenz“ ging weiterhin von einem Nebeneinanderbestehen antagonistischer Gesellschaftssysteme in der Übergangsphase vom Kapitalismus zum Sozialismus aus und lieferte den konzeptionellen Rahmen für die sowjetische Entspannungspolitik im Kalten Krieg. „Friedliche Koexistenz“ und Entspannungspolitik verstanden sich vielmehr im marxistisch-leninistischen Denken als Fortsetzung des Klassenkampfes zwischen Sozialismus und Imperialismus unter Vermeidung eines mit atomaren Waffen geführten Krieges.⁶

Somit verfügte die Konzeption der „friedlichen Koexistenz“ stets über zwei Gesichter: Ein staatliches, auf Dialog und Kooperation mit dem Westen ausgerichtetes und ein parteiliches, auf die Förderung des Klassenkampfes im Westen gerichtetes Antlitz. Zu letzterem zählte auch der „Kampf um den Frieden“, sollte er doch den westlichen Selbstbehauptungswillen gegen die sowjetische Expansion unterminieren. Er diente dazu, in den westlichen Ländern breite gesellschaftliche Bündnisse zu schmieden, um mit deren Hilfe eine Massenbewegung gegen die westliche Außen- und Sicherheitspolitik zu formieren, wie z.B. die Kampagne gegen den NATO-Doppelbeschluss von 1979.⁷ Strategisches Ziel der Kommunisten war die Stärkung der sozialistischen Länder im Bereich der Mittelstreckenraketen, die Westeuropa bedrohten, bei gleichzeitiger „Entwaffnung“ des Westens in diesem Segment der Raketenwaffen. Die Politik der „friedlichen Koexistenz“, die die aktive Unterstützung der „Friedenskräfte“ im Westen einschloss, sollte der Sowjetunion und ihren Verbündeten realpolitisch dazu dienen, das innenpolitische Kräfteverhältnis im Westen zugunsten derjenigen Parteien zu verschieben, die auf

aktive Kooperation mit der UdSSR setzten und gegen eine Stärkung der westlichen Militärmacht, wie z.B. durch den NATO-Doppelbeschluss, opponierten.⁸

Das doppelte Gesicht der Konzeption von der „friedlichen Koexistenz“ war in der Bundesrepublik vor 1989 öffentlich schwer zu vermitteln. Ein solcher politischer Ansatz widersprach allen Erfahrungen westlicher Politiker, die ihre staatlichen Ämter auf Zeit ausübten. Auf staatlicher Ebene erlebten sie die sowjetischen Politiker als Verhandlungspartner, mit denen gültige Vereinbarungen getroffen werden konnten. Dass die sowjetische Führung im gleichen Augenblick Bewegungen in der Bundesrepublik förderte, die auf ihren Sturz zielten, widersprach ihren eigenen politischen Erfahrungen und Vorstellungen. Die KPdSU oder die SED waren aber keine demokratischen Parteien. In ihren Politbüros wurde sowohl über die staatliche Politik als auch über die „Solidarität“ mit den kommunistischen Parteien in Westeuropa oder Westdeutschland entschieden.

KOMMUNISTISCHE BÜNDNISPOLITIK IN DER BUNDESREPUBLIK

1. Phase: Die KPD

Hauptakteur der kommunistischen Bündnis- und Kampagnenpolitik war in den Anfangsjahren der Bundesrepublik bis zu ihrem Verbot durch das Bundesverfassungsgericht im Jahre 1956 die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD). Sie war der politische Arm der SED in der Bundesrepublik und trat für die Interessen von DDR und Sowjetunion ein. Der KPD gelang es jedoch nicht, durch Wahlen politisches Gewicht in der Bundesrepublik zu erringen. Auf Anweisung der SED, die ihren hauptamtlichen Apparat finanzierte, versuchte die KPD Anfang der 1950er Jahre verstärkt durch außerparlamentarische Aktionen, die Westbindung der Bundesrepublik und vor allem ihre „Remilitarisierung“, d.h. die Aufstellung der Bundeswehr zu verhindern. Dieser Kampf wurde von der SED/KPD verbunden mit der Forderung nach der Einheit Deutschlands, die angeblich von den Vereinigten Staaten und der Regierung von Konrad Adenauer verhindert worden sei. Um den direkten Einfluss der Marxisten-Leninisten in diesen Kampagnen zu kaschieren, gründete die KPD zahlreiche Tarn- und Nebenorganisationen mit dem Ziel, auch bürgerliche und unpolitische Kreise für Einzelanliegen der Kommunisten, wie z.B. gesamtdeutsche Gespräche mit der SED, zu gewinnen.⁹ Vor allem der

von dem ehemaligen Reichskanzler und früheren linken Zentrumspolitiker Joseph Wirth – in seiner Amtszeit wurde 1922 der Vertrag von Rapallo zwischen Deutschland und der Sowjetunion ausgehandelt – gegründete „Bund der Deutschen“ (BdD) wurde aktiv von der KPD unterstützt. Auch die von dem späteren Bundespräsidenten Gustav Heinemann ins Leben gerufene „Gesamtdeutsche Volkspartei“ (GVP), der u.a. die späteren sozialdemokratischen Führungskräfte Johannes Rau und Erhard Eppler angehörten und die in entschiedener Opposition zur Politik der Westintegration Konrad Adenauers stand, entwickelte sich zum Zielobjekt kommunistischer Bündnispolitik.¹⁰

Mit dem Verbot der KPD im Jahre 1956 verlor die kommunistische Bündnis- und Kampagnenpolitik in Westdeutschland jedoch vorübergehend ihre Schaltzentrale vor Ort. Getarnt als ein breites gesellschaftliches Personenbündnis lieferte ab 1960 die „Deutsche Friedens-Union“ (DFU) der illegalen KPD bis zur Neugründung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) eine legale Plattform für das Wirken der Kommunisten. Die politische Hauptforderung der DFU war die bedingungslose Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik als zweiten deutschen Teilstaat. Sie schloss sich der Kampagne gegen die Notstandsgesetzgebung an und versuchte, die Ostermarschbewegung der Atomwaffengegner und die später aus ihr hervorgegangene „Kampagne für Abrüstung“ (KfA) für ihre Interessen zu instrumentalisieren.

Parallel zu den Aktivitäten der DFU suchten SED/KPD nach neuen Wegen für eine Wiederzulassung der KPD in der Bundesrepublik. Vor dem Hintergrund der einsetzenden Entspannungspolitik zwischen West und Ost kam in der Amtszeit der Großen Koalition Bewegung in die Sache. Das Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichts konnte nicht aufgehoben werden. Der damalige Bundesjustizminister Gustav Heinemann – er war nach Auflösung der GVP in die SPD eingetreten – und sein Staatssekretär Horst Ehmke wiesen im Frühsommer 1968 den von ihnen empfangenen Vertretern der illegalen KPD den Ausweg: Sie empfahlen, eine mit dem Grundgesetz programmatisch vereinbare neue kommunistische Partei zu gründen. Nachdem das SED-Politbüro diesem Vorhaben zugestimmt und die Modalitäten ihrer Finanzierung festgelegt hatte, wurde im September 1968 die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) gegründet.

2. Phase: Die DKP

Die DKP stand von Beginn an in der Tradition der verbotenen KPD, ihre Funktionäre kamen aus deren Parteiapparat. Ihre Strategie und Taktik folgte zwar den traditionell-orthodoxen kommunistischen Zielsetzungen mit ihrer Ausrichtung auf die „sozialistische Umwälzung“¹¹ auf dem Weg vom Kapitalismus zum Sozialismus, sie wurde aber an die konkreten politischen und gesellschaftlichen Bedingungen der Bundesrepublik Deutschland angepasst.

Sie umgab sich mit einer Vielzahl von Vorfeld- und Nebenorganisationen wie der „Sozialistischen Deutschen Arbeiter Jugend“ (SDAJ), dem Studentenverband „MSB Spartakus“, der DFU oder der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten“ (VVN-BdA). Sie waren Organisatoren der Bündnispolitik. Dadurch erhoffte die DKP, ihren politischen und gesellschaftlichen Einfluss auf ein Niveau zu verbreitern, welches sie als Partei aus eigener Kraft niemals hätte erreichen können.¹²

Ihren größten Erfolg erzielte die kommunistische Bündnispolitik während der Auseinandersetzung um den NATO-Doppelbeschluss zu Beginn der 1980er Jahre. Im Auftrag von KPdSU und SED initiierte die DFU ein breit gefächertes Personenbündnis namens „Krefelder Initiative“. Mit ihrem „Krefelder Appell“, der sich einseitig gegen die westliche Sicherheitspolitik richtete, gelang es ihr, breite Bevölkerungsschichten in der alten Bundesrepublik für ihre Interessen zu mobilisieren. Nie zuvor und danach hatten die DKP und ihre Bündnisorganisationen mehr Einfluss auf die politische Entwicklung in Westdeutschland.¹³

3. Phase: Nach 1989 – Die DKP als Mittler zur westdeutschen Linken für die PDS

Im Vorfeld der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990 startete die PDS den ersten Versuch einer Westausdehnung mit offenen Listen in der alten Bundesrepublik, denn sie war noch keine gesamtdeutsche Partei. Ihre Mitglieder und Wähler rekrutierten sich nahezu ausschließlich aus den neuen Bundesländern. Im Westen verfügte sie dagegen über keine ausreichende Basis. Das wurde bereits im Abschneiden bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990 deutlich. Um den für sie unbefriedigenden Status einer ostdeutschen Regionalpartei zu überwinden, musste die PDS Bündnispartner in den westlichen Bundesländern

finden. Die erste Phase der Bündnispolitik der PDS diente ganz pragmatisch dem Aufbau eines politischen Beziehungsnetzes in den „alten Bundesländern“ als Voraussetzung für den organisatorischen Aufbau der Partei.

Naturgemäß boten sich zunächst einmal die Mitglieder der DKP und ihrer früheren Vorfeld- und Nebenorganisationen als Ansprechpartner an. Das Ende der diktatorischen Staatspartei der DDR war zugleich auch das Ende des von ihr finanzierten Westapparates. Die DKP und ihre Vorfeldorganisationen sahen sich Ende 1989 gezwungen, ihre Angestellten zu entlassen, denn das Geld aus der DDR blieb aus. Der schlagartige Zusammenbruch der hauptamtlichen Apparate der DKP und ihrer Bündnisorganisationen beantwortet auch die oft gestellte Frage, warum diese Parteien, allen parlamentarischen Misserfolgen zum Trotz, dennoch mit relativ großen Stäben in der Bundesrepublik existieren konnten. Ihre Fremdfinanzierung durch die SED machte sie unabhängig von Wählerstimmen und öffentlichen Geldern.

Da die PDS im Gegensatz zur DKP ihre leninistische Parteikonzeption aufgeben musste und sich auf dem Weg zu einer Strömungspartei befand, war das Verhältnis zwischen beiden Parteien eher spannungsgeladen. Unbeschadet dieser Differenzen kandidierten DKP-Mitglieder auf den offenen Listen der PDS bei Wahlen in Westdeutschland. Zwischen der „Kommunistischen Plattform“ der PDS und der DKP kam es zu regelmäßigen Treffen. Dennoch lässt sich das Verhältnis zur DKP eher mit kritischer als mit bedingungsloser Solidarität umschreiben, denn die DKP beharrte auf ihrer leninistischen Parteikonzeption. Angesichts des Kräfteverhältnisses zwischen der politischen Sekte DKP und der PDS als etablierter parlamentarischer Partei war diese Differenz zwar für das Binnenverhältnis beider Parteien wichtig, für die breite Öffentlichkeit aber ohne Belang.

Trotzdem besaßen die DKP, ihre Mitglieder und vor allem die Parteiwechsler wie z.B. der heutige Bundestagsabgeordnete Wolfgang Gehrcke eine wichtige Funktion für den Aufbau der PDS in Westdeutschland. Diese Rolle übernahm auch eine der wichtigsten Vorfeldorganisationen der DKP, die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten“ (VVN-BdA). Die als Verband vornehmlich kommunistischer Widerstandskämpfer gegen die nationalsozialistische Diktatur gegründete Vereinigung hatte sich in den 1970er Jahren durch eine Satzungsänderung

für die Nachgeborenen geöffnet. Der Linkspartei gelang es, mit dem früheren PDS-Bundestagsabgeordneten Heinrich Fink einen aus ihren Reihen als Bundesvorsitzenden durchzusetzen und sich so den Einfluss auf die mittlerweile gesamtdeutsche VVN-BdA zu sichern.¹⁴ Er war Professor für Theologie an der Ost-Berliner Humboldt-Universität und als solcher nach 1989 auch ihr Rektor. Da er inoffizieller Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit gewesen sein soll, musste er sein Amt 1991 niederlegen und wurde aus dem Hochschuldienst entlassen.¹⁵

Die VVN-BdA spielte für die moralische und damit politische Akzeptanz der Kommunisten in der Bundesrepublik eine wichtige Rolle, beanspruchte sie doch, das Erbe des „antifaschistischen Widerstandes“ zu vertreten. Eine Tradition, die auch die PDS für sich reklamierte und nun im vereinigten Deutschland auch als „Die Linke“ vertritt.

Mit der vorgezogenen Wahl zum Deutschen Bundestag vom 18. September 2005 wurden die Konflikte mit der DKP vor dem Hintergrund des sich anbahnenden Zusammenschlusses zwischen der PDS und der westdeutschen Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG) zu einer neuen Linkspartei bedeutungslos. Die DKP wurde bündnispolitisch integriert, sie durfte schon seit 1990 zahlreiche Parteimitglieder auf den offenen Listen der Linkspartei platzieren. Trotz des angespannten Verhältnisses zwischen PDS und DKP konnten 2005 mit Reinhard Püschel in Baden-Württemberg, Walter Listl in Bayern, Achim Bigus in Niedersachsen, Raja Bernhardt in Nordrhein-Westfalen sowie Iris Kala und Leo Mayer in Sachsen gleich sechs aktive DKP-Mitglieder auf dem Ticket der Linkspartei.PDS für die Bundestagswahl kandidieren – wenn auch auf aussichtslosen Listenplätzen. Hinzu kamen frühere DKP-Vorstandsmitglieder wie die Hochschullehrer Jörg Huffschmid und Georg Fülberth, die von der WASG-Bremen bzw. der PDS aufgestellt wurden.

PERSONELLE KONTINUITÄTEN ZWISCHEN GESTERN UND HEUTE

Einer der bis heute noch politisch aktiven DFU-Funktionäre ist der 1947 in Weeze am Niederrhein geborene Elektroinstallateur und spätere Pädagogik- und Geschichtsstudent Willi van Ooyen. Seit 1976 ist er Landesgeschäftsführer der DFU in Hessen. 1984 übernahm er das Amt des DFU-Bundesgeschäftsführers.¹⁶ Als Friedensaktivist bewegte er sich bereits seit Anfang der 1970er Jahre im kommunistischen Umfeld und

entwickelte sich zu einem führenden Vertreter des kommunistischen „Friedenskampfes“ auf westdeutschem Boden. Er war in der „Deutschen Friedensgesellschaft“ (DFG) aktiv. Mit Martin Niemöller gehörte er zur Vorbereitungsgruppe für den „Weltkongress der Friedenskräfte“ 1973 in Moskau, kurz darauf wurde er Mitglied des 1974 in Bonn gegründeten und von der DKP gesteuerten „Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ (KOFAZ). Als Geschäftsführer des „Ostermarschbüros“ in Frankfurt am Main koordinierte er die alljährlichen Ostermärsche in der Bundesrepublik. Alle finanziellen Transfers liefen über ein Sonderkonto, das auf seinem Namen eingerichtet worden war.¹⁷

Als Spitzenkandidat der Partei „Die Linke“ wurde er im Januar 2008 in den Hessischen Landtag gewählt, wo er das Amt des Fraktionsvorsitzenden der Landtagsfraktion der Partei „Die Linke“ übernahm. Das ist aber nicht seine einzige Funktion. Van Ooyen ist zugleich Sprecher des „Bundesausschusses Friedensratschlag“ in Kassel.¹⁸ Diese laut hessischem Verfassungsschutzbericht als „linksextremistisch beeinflusste“ Organisation ist 1996 aus dem von der DKP an der Universität Kassel gegründeten „Arbeitsausschuss Friedensratschlag“ (AfriRa) hervorgegangen und bemüht sich, die friedenspolitischen Aktivitäten von DKP und PDS bzw. „Die Linke“ zusammenzuführen.¹⁹

Willi van Ooyen steht exemplarisch für die Kontinuitätslinie, die zahlreiche westdeutsche Linke aufweisen. Sie stammen überwiegend aus der DKP oder ihrem Umfeld und gehören wie der Bundestagsabgeordnete der Linkspartei Norman Paech zu den Mitinitiatoren kommunistischer Bündnisorganisationen wie dem „Krefelder Appell“. Nachdem sie nach dem Untergang des realen Sozialismus in den 1990er Jahren scheinbar in der Versenkung verschwunden waren, feiern sie mit dem Aufstieg der Partei „Die Linke“ ihr Comeback auf der politischen Bühne der Bundesrepublik. Ironie der Geschichte: Manche von ihnen sind nunmehr auf dem Ticket der Linkspartei dort angekommen, wo sie vor 1989 niemals hingekommen wären – in die deutschen Parlamente.

- 1| Brie, André / Brie, Michael / Dellheim, Judith: *Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar.* – Berlin: Dietz, 1997. – S. 349. – (Schriften / Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e.V.; 1).
- 2| Lenin, Wladimir Iljitsch: *Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus.* In: *Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.): Wladimir Iljitsch Lenin. Ausgewählte Schriften in zwei Bänden.* – Bd. 2. – Berlin: Dietz, 1989. – S. 299-400; hier S. 378.
- 3| Vgl. Rudzio, Wolfgang: *Die Erosion der Abgrenzung. Zum Verhältnis zwischen der demokratischen Linken und Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland.* – Opladen: Westdeutscher Verlag, 1988. – S. 10 ff.
- 4| Vgl. Bundesminister des Innern (Hrsg.): *Verfassungsschutzbericht 1983.* – Bonn: Bundesamt für Verfassungsschutz, 1984. – S. 49.
- 5| Vgl. Baron, Udo: *Das KOFAZ, die „Grünen“ und die DKP in der Friedenskampagne.* In: Maruhn, Jürgen / Wilke, Manfred (Hrsg.): *Die verführte Friedensbewegung. Der Einfluss des Ostens auf die Nachrüstungsdebatte.* – München: Olzog, 2002. – S. 67-96; hier S. 69 ff.
- 6| *„Friedliche Koexistenz.“* In: *Militärlexikon.* – 2. Aufl. – Berlin: Militärverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 1973. – S. 110-111.
- 7| Vgl. Baron, Udo: *Kalter Krieg und heißer Frieden. Der Einfluss der SED und ihrer westdeutschen Verbündeten auf die Partei „Die Grünen“ im „Kampf um den Frieden“.* – Münster u.a.: Lit, 2003. – S. 19 ff. – (Diktatur und Widerstand; 3).
- 8| Hannemann, Simone / Müller, Hans-Peter / Ploetz, Michael / Wilke, Manfred: *Plan und Realität: Die westdeutsche und westeuropäische Friedensbewegung im politischen Kalkül der SED-Führung 1978 bis 1983.* – Berlin, 2000. – S. 123. – (Unveröffentlichter Forschungsbericht).
- 9| Vgl. Buschfort, Wolfgang: *Geheime Hüter der Verfassung. Von der Düsseldorfer Informationsstelle zum ersten Verfassungsschutz der Bundesrepublik (1947-1961).* – Paderborn u.a.: Schöningh, 2004. – S. 168.
- 10| Vgl. Baron: *Kalter Krieg und heißer Frieden.* – S. 37 ff.
- 11| *DKP: Grundsatzklärung der Deutschen Kommunistischen Partei. Beschlossen auf dem Essener Parteitag der DKP am 12./13. April 1969.* – Hamburg: Blinkfuer-Verlag Dötze, 1969.
- 12| Vgl. Roik, Michael: *Die DKP und die demokratischen Parteien 1968-1984.* – Paderborn u.a.: Schöningh, 2006. – S. 99.
- 13| Siehe ausführlich zu diesem Thema Roik: *Die DKP und Baron: Kalter Krieg und heißer Frieden.*
- 14| *Die westdeutsche VVN-BdA vereinigte sich im Oktober 2002 mit dem ostdeutschen „Interessenverband ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, Verfolgter des Naziregimes und Hinterbliebener“ (IVVdN).*
- 15| *Junge Welt vom 14./15. Januar 2006. Im Verfassungsschutzbericht 2005 hieß es zu dieser Wahl: „So wurde auf dem Bundeskongress der VVN-BdA (29./30. Mai) in Frankfurt/Main nahezu einstimmig der Theologe Prof. sc. Heinrich Fink zu einem der beiden gleichberechtigten Vorsitzenden gewählt. Ohne Auswirkungen auf die Wahl blieben, dass wenige Wochen zuvor Dokumente des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) in der Presse behandelt worden waren, nach denen Fink bis 1989 als IM Heiner beim MfS geführt worden war und u.a. den Inhalt vertraulicher seelsorgerischer Gespräche mit seinen Studenten an die Staatssicherheit der DDR weitergemeldet hätte.“* Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.): *Verfassungsschutzbericht 2005.* – Berlin: Bundesministerium des Innern, 2006. – S. 171-172.
- 16| Vgl. *„Waren Sie ein DDR-Politagent? Hessens Linken-Fraktionschef Willi van Ooyen über seine marxistische Vergangenheit, die Beobachtung durch den Verfassungsschutz und seine Forderungen an Andrea Ypsilanti.“* In: *Die Welt vom 07.03.2008.*

- 17| Vgl. Teilnehmerliste für das Kontaktgespräch zur Vorbereitung der Weltkonferenz, Bad Godesberg, 12. September 1973, Historisches Archiv der Stadt Köln (HASTK), Bestand 1415, Nr. 558.
- 18| Euler, Ralf: Willi van Ooyen. Der nette Kommunist von nebenan. In: FAZ.net vom 27.09.2007.
- 19| Vgl. Baron, Udo: Die Bündnis- und Kampagnenpolitik der DKP. In: Hirscher, Gerhard / Pfahl-Traughber, Armin (Hrsg.): Was wurde aus der DKP? Beiträge zu Geschichte und Gegenwart der extremen Linken in Deutschland. – Brühl/Rheinland: Fachhochschule des Bundes für Öffentliche Verwaltung, 2008. – S. 66-81. – (Schriften für Extremismus- und Terrorismusforschung; 1).

AUSSERPARLAMENTARISCHE BÜNDNISPARTNER

Eine zentrale Rolle in den strategischen Überlegungen zur Bündnispolitik der Partei „Die Linke“ spielen neben den Gewerkschaften und den demokratischen Parteien links von der Mitte vor allem die außerparlamentarischen Bewegungen. Deren Klientel gilt es mit den Mitteln gezielter Bündnis- und Kampagnenpolitik für die Durchsetzung der eigenen Ziele zu gewinnen – und dieses Ziel heißt immer noch Sozialismus.

Das Parteiprogramm der PDS von 2003, das die Zukunft des vereinigten Deutschlands in den Blick nahm und in dem die Partei die DDR als Geschichte behandelt, definiert Sozialismus in drei Dimensionen: als Weg, als Bewegung und als Wertesystem.

Die PDS sieht sich als Mitstreiter in allen antikapitalistischen Protestbewegungen oder Kämpfen der Gewerkschaften, ohne dabei ihren Avantgardeanspruch aufzugeben, diesen sozialen Bewegungen den Sozialismus als gesellschaftliche Alternative aufzuzeigen.

ANTI-GLOBALISIERUNGSBEWEGUNG

Die Anti-Globalisierungsbewegung stand von Anfang an im Fokus der bündnispolitischen Interessen der PDS. Als die PDS 1999 ihre Programmdebatte eröffnete, sollte die Pro-

grammkommission verschiedene Themen behandeln. Die Auflistung begann mit der Frage nach der Globalisierung, verstanden als „tiefgreifende Umbrüche in den Weltwirtschaftsverhältnissen und internationalen Finanzbeziehungen, Kapitalinteressen und Konsequenzen für linke Politik“.¹

Den aktuellen Anlass für die Diskussionen um die Bedeutung der Globalisierung und damit auch über die Unterschiede zwischen den Funktionen von Parteien, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen lieferte die Entstehung und schnelle Ausbreitung der 1998 in Frankreich als Teil einer globalen Bewegung ins Leben gerufenen Anti-Globalisierungsbewegung Attac. Diese verfügte damals über mehr als 90.000 Mitglieder in über fünfzig Ländern. Sie versteht sich als ein globales gesellschaftliches Bündnis gegen eine „neoliberale“ Globalisierung.² Ihr Ziel ist es, durch eine demokratische Kontrolle und Regulierung der internationalen Finanzmärkte für Kapital, Güter und Dienstleistungen eine Gegenmacht zu den „entfesselten Kräften der Märkte“ aufzubauen. Als Reaktion auf die Finanzkrisen in Mexiko 1994 und in Asien 1997 forderte Attac deshalb, mit der Tobin-Steuer eine Abgabe auf Finanztransfers einzuführen.³ Aufgrund des organisatorischen Erfolgs dieser weltweit sich durch das Internet organisierenden Bewegung fühlten sich Kommunisten und Sozialisten herausgefordert, zumal zu den Organisatoren in Frankreich viele Gewerkschafter sowie Vertreter der extremen Linken und Intellektuelle unter der Führung von Pierre Bourdieu gehörten. Hinzu kamen die nicht zu übersehenden inhaltlichen Überschneidungen in Fragen der Wirtschafts-, Sozial-, Außen- und Sicherheitspolitik.

Da Attac auf die „Weltwirtschaftsgipfel“ der G-8-Staaten mit der Einberufung eines „Weltsozialforums“ reagierte, bot dies der PDS ebenso wie der DKP eine Plattform zur Teilhabe an der Koordination weltweiter Opposition gegen die Folgen der Globalisierung. Beide Parteien waren sich einig, diese Bewegung zu nutzen.

Schon die Losung von Attac – „Die Welt ist keine Ware“ – zeigt, dass sie sich als eine Widerstandsbewegung gegen die „kapitalistische Globalisierung“ und deren „Haupttriebkraft“, die multinationalen Konzerne, versteht. Zugleich bietet diese Bewegung die Option für den gemeinsamen Kampf von Gewerkschaften und globalisierungskritischen Bewegungen, wie ein DKP-Funktionär hervorhob.⁴

Aufgrund des Anwachsens von Attac stellte sich damals für diese Bewegung verstärkt die Frage nach der Funktionsfähigkeit von Entscheidungsstrukturen. In diese Diskussion mischte sich auch der DKP-Kreisverband München, der Attac als Mitgliedsorganisation angehörte, ein. Sein Vorgehen ermöglicht einen Blick auf die bündnispolitische Taktik der Kommunisten zur Beeinflussung einer Bewegung von innen zu werfen. Die Münchner DKP unterstützte den Vorschlag einer Struktur-AG von Attac, das Konsensprinzip bei Entscheidungen einzuführen, da Attac eine „typische Mitgliederorganisation im Sinne des Netzwerkgedankens“ sei. Mit dem Konsensprinzip hat die DKP in der Vergangenheit gute Erfahrungen gemacht, vor allem in der Protestbewegung gegen den NATO-Doppelbeschluss. Die Kommunisten wussten seit langem, dass sich die Führung einer solchen Massenbewegung über konzentrische Kreise vermittelt, bei denen die Entscheidungen im innersten Kreis getroffen werden, der sich aus Repräsentanten beteiligter Organisationen zusammensetzt und in dem das Konsensprinzip Abstimmungen verhindert, die zu Ergebnissen führen könnten, mit denen in diesem Falle die DKP politisch nicht einverstanden ist. Erst um diesen innersten Kreis gruppieren sich Basisaktivisten, die vor Ort die Bewegung mobilisieren. Die DKP unterstützt die Arbeit von Attac deshalb als Organisation auf regionaler Ebene wie im Fall von München oder mittels Einzelpersonen. So wirkte auch das frühere DKP-Vorstandsmitglied Jörg Huffschmid als Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von Attac in den Arbeitsgruppen „öffentliche Finanzen“ und „Europa“ mit. Mehrere seiner Studenten waren zudem maßgeblich am Aufbau von Attac in Deutschland beteiligt. Einer von ihnen ist der stark medienpräzente Sven Giegold.

Mit Hilfe dieser personellen Verankerung konnten und können Zielsetzung und Politik von Bewegungen von innen gesteuert werden, ohne dass die Mehrheit ihrer Aktivisten, damals wie heute, Parteimitglieder in DKP oder PDS/„Die Linke“ sein müssen.

Welche Bedeutung die Verankerung der PDS/„Die Linke“ in der Anti-Globalisierungsbewegung gewinnen kann, wurde in Mecklenburg-Vorpommern 2007 beim G-8-Gipfel in Heiligendamm demonstrativ vorgeführt. Die Vorbereitungen für die geplanten Aktionen linker Gruppierungen gegen das Gipfeltreffen der G-8-Staaten im Ostseebad Heiligendamm wurden maßgeblich von dem Netzwerk „Friedenskooperative“ im Zusammenwirken vor allem mit Attac-Deutschland organisiert und koordiniert.⁵

Die PDS veranstaltete in Rostock eine Kundgebung, Attac und ihre Bündnispartner zwangen die Bundesregierung, um das Tagungshotel einen Zaun zu bauen und es weiträumig abzusperren. Es gelang den Organisatoren des Protests gegen den Gipfel über Wochen ein Potential von Demonstranten zu mobilisieren und in Camps zu stationieren. Die naheliegende Frage, wer diese Logistik bezahlt hat, wurde in den Medien nicht behandelt.

FRIEDENSBEWEGUNG

Das Schlüsseldatum für die aktuelle friedenspolitische Programmatik der Linkspartei ist der 11. September 2001. Der Tag, an dem die Vereinigten Staaten angegriffen wurden und der der Anlass für den folgenden Krieg gegen den Terror der islamistischen Fundamentalisten war.

Die westliche Außen- und Sicherheitspolitik wird von der Linkspartei weitgehend abgelehnt. Immer noch gehören die USA und die NATO zu den unverrückbaren weltpolitischen Feindbildern der Linken. Die Friedensbewegung ist deshalb wie schon zu Zeiten des Kalten Krieges ein unverzichtbares Aktionsfeld der Linkspartei.

Vor allem gibt es im organisatorischen Netzwerk dieser Friedensbewegung viel Kontinuität. Insbesondere die „Bundesarbeitsgemeinschaft Friedens- und Internationale Politik“ (BAG FiP) innerhalb der Linkspartei versteht sich als Ansprechpartner für die Kontaktpflege zur Friedensbewegung, in die die DKP nach wie vor integriert ist.

Während sich die Wege der Grünen und der Friedensbewegung vor allem vor dem Hintergrund des Streits um das militärische Eingreifen Deutschlands im Rahmen der NATO in die Nachfolgekriege im ehemaligen Jugoslawien trennten, übernahm die PDS zunehmend die Rolle des parlamentarischen Arms der Friedensbewegung. Gemeinsam mit der DKP schuf sie eine Bündnisplattform für die Gegner des politischen und militärischen Eingreifens der Bundesrepublik auf dem Balkan. Die in der Tendenz proserbische Friedensbewegung hatte in dem 1996 aus dem „Arbeitsausschuss Friedensratschlag“ (AfriRa) hervorgegangenen „Bundesausschuss Friedensratschlag“ ihr organisatorisches Zentrum. Er war darum bemüht, die friedenspolitischen Aktivitäten von DKP und PDS zusammenzuführen.

Seine Hauptaktivisten – wie z.B. Peter Strutynski, Dozent an der Universität Kassel, und Willi van Ooyen – stammen überwiegend aus der DKP und ihrer Anfang der 1990er Jahre aufgelösten Vorfeldorganisation DFU. Der mittlerweile zum „Bundesausschuss“ aufgewertete „Friedensratschlag“ verstärkte nach den Terroranschlägen in den Vereinigten Staaten vom 11. September 2001 seine Bemühungen, eine in erster Linie anti-amerikanische und gegen das westliche Bündnis gerichtete „Friedensbewegung“ in der Bundesrepublik neu zu initiieren. Die Aktivitäten wurden im Vorfeld des Irak-Krieges von 2003 intensiviert. Ergänzt wird der „Friedensratschlag“ durch das von Reiner Braun, einem früheren DFU-Aktivisten, betreute Netzwerk „Friedenskooperative“. Unter der Bezeichnung „Achse des Friedens“ organisierte dieser Zusammenschluss, dem Umweltverbände wie der Deutsche Naturring, Gewerkschaften wie ver.di Berlin und die IG Metall Jugend, Attac und christliche Gruppierungen angehörten, Protestaktionen gegen die westliche Sicherheitspolitik.

Auf dem „9. friedenspolitischen Ratschlag“ im Dezember 2002 wurde den Alliierten der Bundesrepublik unterstellt, es gehe ihnen weniger um einen Anti-Terror-Kampf, sondern vielmehr „um die Durchsetzung geostrategischer und wirtschaftlicher Interessen in einer der energiereichsten (Öl-)Regionen der Welt“. ⁶ Aktuell steht vor allem der Kampf gegen den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan und die Ablehnung des Irak-Krieges im Vordergrund linker Außen- und Sicherheitspolitik. „Die Linke“ nutzt die sich bietenden Gelegenheiten, sich mit der Friedensbewegung zu solidarisieren und unterstützt sie bei ihren Kampagnen. So hat der Vorstand der Linkspartei beispielsweise den Aufruf der Friedensbewegung zu einer bundesweiten Demonstration am 15. September 2007 in Berlin für den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan unterzeichnet. Gemeinsam mit Willi van Ooyen und Peter Strutynski vom „Bundesausschuss Friedensratschlag“ stellte die „Bundesarbeitsgemeinschaft Friedens- und Internationale Politik“ im März 2008 auf ihrer letzten Bundesversammlung die Aktivitäten vor, die die Friedensbewegung und „Die Linke“ für das Jahr 2008 planten. Darunter eine Unterschriftenliste gegen die Mandatsverlängerung und einen Afghanistan-Kongress in Hannover. ⁷

Langfristiges Ziel der Partei „Die Linke“ war und ist es, die frühere Rolle der Grünen als parlamentarischer Arm der Friedensbewegung zu übernehmen. Die Aktivitäten der Linkspartei gegen die Beteiligung der Bundeswehr am Afghanistaneinsatz der NATO zeigt bereits Wirkung bei Grünen und Sozialdemokraten. In beiden Parteien mehren sich die Stim-

men gegen die Verlängerung des Mandats der Bundeswehr durch den Bundestag.

„BÜNDNISSE GEGEN RECHTS“

Bis heute ist das Wort „Antifaschismus“ ein Kampfbegriff. Es blieb fester Bestandteil der Terminologie und Strategie der Partei „Die Linke“. Vor allem im Rahmen ihrer Bündnispolitik gegenüber den demokratischen Parteien und außerparlamentarischen Bewegungen spielte und spielt der Antifaschismus eine zentrale Rolle für PDS und „Die Linke“. Er dient einerseits als probates Mittel, um Bündnisse zu schmieden, andererseits aber auch, um den politischen Gegner öffentlich zu ächten. Die „Bündnisse gegen rechts“ sind gewollt unpräzise. Es ist nicht die Rede von „Rechtsextremismus“, sondern von „Rechts“, um bei politischem Bedarf die Zielgruppe beliebig ausweiten zu können.

Der „Antifaschismus“ war der Gründungsmythos der DDR und ist für „Die Linke“ ein Erbe ihrer von der SED geprägten politischen Kultur. Mit der Behauptung einer vollständigen Abkehr vom Nationalsozialismus durch eine „antifaschistisch-demokratische Umwälzung“ legitimierte die SED ihre totalitäre Herrschaft nach innen und rechtfertigte ihre Abgrenzung von der vermeintlich „faschistisch“ durchgesetzten Bundesrepublik. Die DDR war demnach das Ergebnis der Abkehr vom Faschismus und somit der einzig legitime deutsche Staat nach 1945.

„Das vielleicht wertvollste Erbe, das die PDS in die neue Partei eingebracht hat, ist unser konsequenter Antifaschismus!“, so ihr Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch.⁸ „Antifaschismus und Rechtsextremismus“ werden auch in einem künftigen Programm der Linkspartei „sicher nicht nur als kleiner Absatz, sondern eher als durchgehender Faden der politischen Auseinandersetzung erscheinen“, heißt es in einer Verlautbarung der Partei.⁹

Es war die alte PDS-Bundestagsfraktion, die in der 14. Wahlperiode des Bundestages einen Gesetzesentwurf vorlegte, um den Artikel 26 Absatz 1 des Grundgesetzes zu ändern. Diesen Artikel, der einen Angriffskrieg untersagt, wollte die PDS um eine „antifaschistische Klausel“ ergänzen, wonach „die Wiederbelebung nationalsozialistischen Gedankenguts verfassungswidrig“ sei.¹⁰ Verfassungspolitisch versuchte die PDS mit dieser Gesetzesinitiative den antiextremistischen Charakter des Grundgesetzes

in einen antifaschistischen umzuwandeln. Geschichtspolitisch nutzte sie den Entwurf, um damit auf subtile Weise die sogenannten antifaschistischen „Verdienste“ der SED-Diktatur zu würdigen und zugleich vor der Wiederbelebung einer neonazistischen Gefahr für die deutsche Demokratie und den europäischen Frieden zu warnen. Auch wenn der Antrag in die Ausschüsse verwiesen wurde, konnte die PDS zufrieden sein, denn die anderen Parteien mussten sich zum antifaschistischen Gehalt des Grundgesetzes erklären. Alle Parteien betonten dabei die antifaschistische Ausrichtung des Grundgesetzes. Bis auf die Redner der Unionsparteien bezog sich keiner der Redner der anderen Parteien auf den antitotalitären Charakter des Grundgesetzes. Somit war der Blick bereits auf den Extremismus von rechts ausgerichtet.

Auch die Demonstration vom 9. November 2000 gegen „rechte Gewalt“ zielte in dieselbe Richtung. Mit dieser Manifestation, an der alle demokratischen Parteien und die PDS teilgenommen hatten, konnte die PDS demonstrieren, dass sie in den Verfassungsbogen der demokratischen Parteien integriert ist und somit ihre prinzipielle Koalitionsfähigkeit unterstreichen. Durch die von ihr betriebene Verschiebung des Slogans vom „Kampf gegen den Rechtsextremismus“ zum „Kampf gegen rechts“ eröffnete sich ihr zudem die Möglichkeit, die Unionsparteien in der öffentlichen Wahrnehmung als neue Rechte zu verorten – ganz im Stile der SED, für die der Kampf gegen rechts in der Bundesrepublik in erster Linie Kampf gegen die Union bedeutete.¹¹

Auch gegenüber den außerparlamentarischen Bewegungen dient der Antifaschismus als einigendes Band. Er wirkt als eine Art „Minimalkonsens“, als kleinster gemeinsamer Nenner, auf den sich „Die Linke“ und diese Gruppierungen beständig verlassen können. In den 1990er Jahren war insbesondere die von Angela Marquardt geleitete Arbeitsgemeinschaft „Junge GenossInnen“ innerhalb der PDS dafür zuständig, über den Antifaschismus auch die autonome Szene an die Postkommunisten zu binden. Auch setzte „Die Linke“ mit der „Bundesarbeitsgemeinschaft Rechtsextremismus/Antifaschismus“ diese Strategie fort, um den Kontakt zu dieser Szene zu wahren.

In einer Resolution zum Antifaschismus, die die PDS auf ihrem 7. Parteitag in Cottbus im Oktober 2000 beschlossen hatte, rief sie zu „breiten Bündnissen“ gegen rechtsextremistische Gewalt auf. Die PDS war nicht mehr die SED. Um dies deutlich zu machen, versicherte sie ihren künf-

tigen Bündnispartnern ausdrücklich, „ohne Führungsanspruch und Ausgrenzung“ diesen Kampf gemeinsam führen zu wollen. Diese Formulierung bedarf der Erklärung. In den kommunistischen Bündnisaufrufen in und außerhalb der DDR wurde der parteiliche Führungsanspruch nicht programmiert, sondern politisch und organisatorisch gegenüber den Bündnispartnern durchgesetzt. Mit der gewählten Formulierung versprach die PDS, dies künftig zu unterlassen. Der politische Sinn dieses Aufrufs war offenkundig: Diese Bündnisse sollten auch dazu dienen, die Identifikation zwischen der Linkspartei und den außerparlamentarischen Bündnispartnern zu erhöhen.

Wie diese Bündnisse in der Praxis aussehen, verrät ein Blick nach Hamburg. Unter dem Motto „Keine Stimme den Nazis“ gründete sich vor der Hamburgischen Bürgerschaftswahl am 24. Februar 2008 ein „Bündnis gegen rechts“. Mit Hilfe dieses Zusammenschlusses sollte ein Klima geschaffen werden, das die Wahl der DVU und anderer rechter Parteien erschwert. Gedacht war dabei auch daran, Neonazis künftig möglichst den Zugang zu Schulhöfen, Betrieben sowie Musikkonzerten zu verweigern. Zum Sprecher dieses Bündnisses wurde Olaf Harms bestimmt. Er ist DKP-Bezirksvorsitzender von Hamburg und kandidierte auf der offenen Liste der Linkspartei für die Wahl zur Hamburgischen Bürgerschaft. Wie schon zu Zeiten des Kalten Krieges, so gab es auch diesmal wieder einen Unterstützerkreis von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die sich mit dem Anliegen solidarisierten. Neben dem ver.di-Landesbezirksleiter Wolfgang Rose und dem Bundestagsabgeordneten der Linkspartei Norman Paech sowie zahlreichen Hochschulprofessoren und Betriebsräten gehörten auch der SPD-Bundestagsabgeordnete Niels Annen, die Schauspielerin Hannelore Hoger, der Präsident des Fußballvereins FC St. Pauli Corny Littmann und der FC St. Pauli-Spieler Marcel Eger zu den Unterzeichnern.¹²

Nicht viel anders funktioniert es in Köln. Dort hat „Die Linke“ kürzlich einen von ihrem Bundesvorstand beschlossenen Aufruf „Bündnis gegen Pro Köln/Pro NRW – Internationalen RassistInnen-Kongress verhindern!“ gestartet, um eine „Anti-Islamisierungskonferenz“ der Organisation „Pro Köln“ zu verhindern. „Bei aller Unterschiedlichkeit unserer politischen Ansichten verbindet uns dieses Ziel“, so der dortige von der Linkspartei formulierte Minimalkonsens, dem sich neben der Partei „Die Linke“, der DKP und den Antifa-Gruppen aus dem Köln-Bonner Raum u.a. auch der Verband Deutscher Schriftsteller in ver.di (VS)/Landesverband NRW, die

LandeschülerInnenvertretung NRW (LSV NRW) und der Kabarettist Jürgen Becker angeschlossen haben.¹³ Auch in diesem Aufruf wird wieder gezielt vom „Kampf gegen rechts“ und nicht vom „Kampf gegen den Rechtsextremismus“ gesprochen, um so alle Parteien und Organisationen rechts von der politischen Mitte bei Bedarf dem Faschismusverdacht auszusetzen.

Die zentrale Bedeutung des Antifaschismus liegt bis heute in seiner Leitbildfunktion. Er dient der Partei „Die Linke“ als geistiges Bindeglied zu allen Parteien und Organisationen von links bis zu SPD, DGB, Grünen und den außerparlamentarischen Bewegungen. Mit Hilfe des Antifaschismus soll ein positives Klima für die Herbeiführung von rot-rot-grünen Koalitionen geschaffen werden.

DIE GEWERKSCHAFTEN ALS ZENTRALER BÜNDNISPARTNER

Eine zentrale Rolle in den strategischen Überlegungen der Linkspartei für ihre populistische Politik spielen die Gewerkschaften. Die Partei der „sozialen Gerechtigkeit“ bezeichnet sich selbst gern als „Gewerkschaftspartei“. Vor allem der DGB ist für die Partei Teil der gesellschaftlichen Mehrheiten, mit deren Hilfe „die Macht des Kapitals demokratischen Interessen untergeordnet werden [soll]“, und somit ein zentraler Bündnispartner für die Linkspartei.¹⁴ Sowohl die traditionell engen Bande zwischen den Gewerkschaften und der SPD und der fast achtzig Jahre dauernde Konflikt zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten im Kampf um die politische Dominanz in den Gewerkschaften als auch das abschreckende Erbe der SED-Massenorganisation „Freier Deutscher Gewerkschaftsbund“ (FDGB) in den neuen Ländern erschwerten jedoch zunächst eine Annäherung.¹⁵

1991 gründete die PDS die Arbeitsgemeinschaft „Betrieb & Gewerkschaft“. In dieser Arbeitsgemeinschaft konnte sie auf DKP-Kader zurückgreifen, die sich bereits der PDS angeschlossen hatten. Das eigentliche Steuerungsinstrument ihrer Gewerkschaftspolitik wurde aber die Bundestagsgruppe. Als Sprecher der Bundestagsgruppe konnte Gregor Gysi bereits 1992 auf verschiedenen Gewerkschaftstagen auftreten. Gewerkschaftsfunktionäre wurden durch die PDS zu Parlamentariern. Prominentes Beispiel ist Bodo Ramelow, der aus der heute zu ver.di gehörenden Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) stammt. 1997 auf dem Parteitag in Schwerin, der den Wechsel von einer Oppositions-

partei zu einer Regierungspartei im Wartestand vollzog – ein Jahr bevor die PDS in Mecklenburg-Vorpommern ihre erste Koalition mit der SPD bildete –, bestimmte die Partei auch ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften. Sie erhob nun den Anspruch, für alle Gewerkschafter eine politische Heimat zu sein, die im „real existierenden Kapitalismus“ kein Zukunftsmodell sehen. Die Partei unterstrich die gemeinsamen historischen Wurzeln, die sie mit den Gewerkschaften verbindet. Zugleich übte sie verhaltene Selbstkritik hinsichtlich der historischen „Fehler und Irrtümer des kommunistischen Teiles der Arbeiterbewegung“.¹⁶

Der größte Fehler war, dass die Kommunistische Partei niemals die Autonomie der Gewerkschaften respektiert hatte. Sie war immer bestrebt, vor allem deren Apparat der Parteikontrolle zu unterwerfen. Wie schon 1968, als die DKP in der Bundesrepublik gegründet wurde, legte nun auch die PDS ein ausdrückliches Bekenntnis zur Einheitsgewerkschaft ab. Der Text dieser Passage des Beschlusses lehnte sich an die DKP-Vorlage an und war so formuliert, dass er eine innergewerkschaftliche Differenzierungspolitik der PDS-Mitglieder ermöglicht, ohne politisch offen fraktionell zu sein, d.h. eigene Parteigruppen zu bilden.

Es bedurfte jedoch glücklicher äußerer Umstände, um die bereits von der PDS gewollte Partnerschaft mit den Gewerkschaften zu realisieren. Mit der vom damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder formulierten „Agenda 2010“ zerbrach die „privilegierte Partnerschaft“ zwischen Gewerkschaften und SPD. Große Teile der Gewerkschaften empfanden dieses Reformprogramm als einen Generalangriff auf den Sozialstaat. Die SPD – und namentlich ihr Kanzler – waren nur noch bedingte Ansprechpartner für den DGB im parlamentarischen Raum. Mit der von nun an von den Gewerkschaften nachdrücklich unterstrichenen politischen Autonomie¹⁷ wurde die Mobilisierung gegen die „Agenda 2010“ seitens der IG Metall und des DGB begründet. Die PDS unterstützte die Proteste der Gewerkschaften sofort und bedingungslos – und diese öffneten sich für die politische Kooperation mit der PDS. Für die Linkspartei wiederum bedeutete das Ende der „privilegierten Partnerschaft“ zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokraten die Möglichkeit, die dadurch entstandene parlamentarische Lücke bei den Gewerkschaften auszufüllen und mit diesen als Bündnispartner im politischen Raum zu agieren. Als wichtige Etappen auf dem Weg zur Formierung einer „breiten gesellschaftlichen Gegenkraft“ und „kollektiven Gegenwehr“ werden die Großdemonstrationen vom 3. April 2004 und vom 21. Oktober 2006 gegen die „Agenda

2010“ sowie die Proteste im Februar 2007 gegen die Rente mit 67 Jahren angesehen.

Die Gründung der WASG, die von hauptamtlichen Funktionären vor allem der IG Metall und ver.di dominiert wurde, und ihr Zusammenschluss mit der PDS zur Partei „Die Linke“ veränderte ihr politisches Gewicht in den Gewerkschaften qualitativ. Heute ist „Die Linke“ neben der SPD ein politischer Partner des DGB.

Heftig kritisierte Ulrich Maurer, der Beauftragte für den Aufbau der Parteiorganisation der Linkspartei im Westen, die Skandale in den Gewerkschaften, die sich seiner Meinung nach „auf reine Tariforganisationen reduzieren und sich ausschließlich auf die SPD verlassen, ohne gleichzeitig einen nennenswerten Einfluss auf die Politik dieser Partei zu nehmen“.¹⁸ Vor dem Hintergrund der Vorgänge beim Verkauf von Mannesmann und der VW-Korruptionsaffäre wirft Ulrich Maurer den „Führungseliten“ von SPD und Gewerkschaften vor, „ideell und zunehmend auch materiell korrumpiert“ zu sein und sieht die „politische und moralische Glaubwürdigkeit der Gewerkschaften untergraben“. Um diese zurückzugewinnen und wieder schlagkräftig zu werden, sollen sie sich von der SPD ab und der Linkspartei zuwenden. Sind doch Gewerkschaften „ohne eine Interessenvertretung in den Parlamenten niemals in der Lage, die Folgen weit reichender politischer und ökonomischer Fehlentscheidungen zu korrigieren“.¹⁹

Der Linkspartei kommt es bei der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften nicht auf klassische Gewerkschaftspolitik an. Vielmehr strebt sie – wie es ihr gewerkschaftspolitischer Sprecher Michael Schlecht, zugleich Mitglied im Parteivorstand, formulierte – über „die Betriebs- und Tarifpolitik hinaus“ die „Politisierung vor Ort als drittes Handlungsfeld“ künftiger gewerkschaftlicher Politik an. Umgehend stieß diese Forderung bei den Gewerkschaften auf positive Resonanz. So beschloss der Bundeskongress von ver.di in Leipzig 2007, die Debatte über den politischen Streik zu eröffnen. Begründung: Als demokratisches Recht „darf das Streikrecht nicht länger auf tariffähige Ziele begrenzt bleiben“.²⁰

Auch die IG Metall griff diese Forderung auf ihrem Leipziger Gewerkschaftstag im gleichen Jahr auf. Linke IG Metalller um die Betriebsräte von Daimler, BMW, Opel, Thyssen-Krupp Steel und Infineon forderten in einem Aufruf: „Wenn Proteste, Meinungsbekundungen und Warnstreiks

nicht genug sind, um Vorhaben der Regierung zu kippen, müssen politische Massenstreiks angestrebt, vorbereitet und durchgeführt werden, um erfolgreich zu sein.“²¹

In ihren „Programmatischen Eckpunkten“ greift „Die Linke“ erneut die Forderung nach einem „Recht auf den politischen Streik, einschließlich des Generalstreiks“ auf.²² Wie bereits in der Auseinandersetzung um den NATO-Doppelbeschluss zu Beginn der 1980er Jahre, als Oskar Lafontaine sich für einen Generalstreik zur Verhinderung der Stationierung von amerikanischen Mittelstreckenraketen in Deutschland und Westeuropa aussprach, so tritt er auch gegenwärtig „für den Generalstreik, für den politischen Streik als Mittel demokratischer Auseinandersetzungen“ ein.²³

Welche Rolle die Gewerkschaftsarbeit in der Linkspartei einnimmt, unterstreicht die Anzahl von Gewerkschaftsfunktionären und Mitgliedern in ihren Reihen. Von den 53 Bundestagsabgeordneten der Partei sind 29 gewerkschaftlich organisiert. Schlüsselt man diese Zahl nach den jeweiligen Einzelgewerkschaften auf, so sind 18 Abgeordnete Mitglieder der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di (u.a. der Fraktionsvorsitzende Gregor Gysi und der Westbeauftragte der Linkspartei Ulrich Maurer), sechs gehören der IG Metall an (u.a. der Parlamentarische Geschäftsführer Klaus Ernst) und drei der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Einige von ihnen, vor allem Abgeordnete aus den alten Bundesländern bzw. der WASG, waren zuvor Gewerkschaftsfunktionäre (u.a. Klaus Ernst, Bodo Ramelow und Monika Knoche).²⁴

Die Dominanz des Gewerkschaftsflügels innerhalb der Linkspartei spiegelt sich auch auf der Landesebene wider. So kandidierten für die letzte Landtagswahl in Baden-Württemberg der IG Metall-Funktionär Roland Hamm, in Rheinland-Pfalz trat mit Norbert Kepp ein IG Metalller aus Kaiserslautern für die WASG an. In Baden-Württemberg war zudem der ver.di-Landesgeschäftsführer Bernd Riexinger zugleich auch WASG-Landesvorsitzender. Zu Recht kann „Die Linke“ heute davon sprechen, sie habe „einen maßgeblichen Kern von erfahrenen Gewerkschaftern gewinnen können, die eine Grundsubstanz an politisch-organisatorischer Arbeit bereits realisieren“.²⁵

Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, dass sich die Arbeitsgemeinschaft „Betrieb & Gewerkschaft“ mittlerweile zur größten Arbeitsgemeinschaft innerhalb der Partei „Die Linke“ entwickelt hat. Erklärtes

Ziel der avisierten Politisierung gewerkschaftlicher Aktivitäten ist die gesellschaftliche Hegemonie, damit eine Bewegung gegen die bestehenden Verhältnisse entstehen kann. Der von der Partei ausgesprochene Respekt vor der Autonomie in den Einheitsgewerkschaften des DGB zwingt zu einer Konzentration der politischen Agitation der Gewerkschaftsmitglieder auf Sachthemen und zugleich zur Beachtung der persönlichen Betroffenheit der angesprochenen Arbeitnehmer.

Eine politische Zusammenarbeit entwickelte sich zwischen der Linkspartei und den Gewerkschaften vor allem in den letzten Jahren. War der DGB-Vorsitzende Michael Sommer noch vor der Bundestagswahl 2005 auf deutliche Distanz zur damaligen Linkspartei.PDS gegangen und hatte vor einer „Spaltung der Linken“ gewarnt, so besuchte er im Januar 2006 offiziell die Klausur der Bundestagsfraktion der Linkspartei in Magdeburg und vereinbarte dort gemeinsame Aktionen gegen Lohndumping. Zuvor hatte bereits der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske im Dezember 2005 den Bundesparteitag der Linkspartei besucht und dies als ein Zeichen der „Normalität“ betrachtet. Ebenso wenig hatte der damalige Vorsitzende der IG Metall, Jürgen Peters, im Bundestagswahlkampf 2005 einen Hehl aus seiner Sympathie für das Linksbündnis gemacht.²⁶ Waren doch seine Metaller in einer Analyse des Wahlprogramms der Linkspartei zu dem Ergebnis gekommen, dass diese „zentrale gewerkschaftliche Forderungen“ unterstützt und „Alternativen für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und für den Erhalt und Ausbau des Sozialstaates“ aufzeigt. Zwar merken diese kritisch an, der „Beweis der Praxistauglichkeit der gesamten Programmatik“ stehe noch aus, dennoch halten sie resümierend fest: „Die Richtung stimmt.“²⁷ Inhaltlich war man sich bereits im Vorfeld schon nähergekommen. So unterstützte „Die Linke“ die Gewerkschaften u.a. im Kampf um Lohnerhöhungen und bei der Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn.

Eine enge Kooperation hat sich seit der Öffnung der Gewerkschaften für „Die Linke“ vor allem bei ihrer Kampagnenpolitik ergeben. So unterstützte „Die Linke“ den Kampf gegen Stellenabbau durch die demonstrative Teilnahme an Protestaktionen der Gewerkschaften beispielsweise gegen die Schließung des AEG-Werks in Nürnberg, den Stellenabbau der Telekom in Ingolstadt oder gegen die drohende Schließung des Nokia-Werkes in Bochum.

Die engsten Kooperationen gibt es bei der Kampagne für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. Nachdem die Gewerkschaften einen solchen in Höhe von 7,50 Euro gefordert hatten, übernahm die Linkspartei die Forderung und startete 2006 eine Mindestlohnkampagne. Ihre Ziele wurden in einem Beschluss des Parteivorstandes der Linkspartei vom 10. Juli 2006 festgelegt: Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns „von mindestens acht Euro“ und die Unterstützung der Gewerkschaften bei der Organisation einer gesellschaftlichen Mehrheit für diese Forderungen. Der sozialdemokratische Bundesarbeitsminister legte dann, nachdem die SPD nachzog, 2008 seine Gesetzesentwürfe vor, mit denen die große Koalition für einzelne Branchen Mindestlöhne gesetzlich festlegen soll. Warum die Gewerkschaften dies unterstützen und es hinnehmen, dass die Tarifautonomie für viele Arbeitnehmer durch staatliche Lohnfestsetzung ersetzt wird, erklärt Ulrich Maurer wie folgt: In den letzten zehn Jahren habe sich die Machtbalance in der Bundesrepublik derart „zu Gunsten des Kapitals verschoben, dass es ganz offensichtlich geworden ist, dass die Gewerkschaften mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln nicht mehr in der Lage sind, eine angemessene Beteiligung der abhängig Beschäftigten am volkswirtschaftlichen Ergebnis sicherzustellen. Diese Schwäche muss deshalb durch staatliche Gesetzgebung ausgeglichen werden. Dies betrifft vor allem die Festlegung eines Lohnniveaus, das nicht unterschritten werden darf, also die Einführung von Mindestlöhnen.“²⁸

Manche Gewerkschaftsfunktionäre in den Vorständen, vor allem in ver.di und der IG Metall, spielen ihrerseits bewusst die Karte der Linkspartei, um durch ihre Stärkung Einfluss auf die SPD zu nehmen. Auch der Nachfolger von Jürgen Peters als Vorsitzender der IG Metall, Berthold Huber, ein Sozialdemokrat mit starkem Interesse, die Beziehungen seiner Gewerkschaft zur SPD wieder in Ordnung zu bringen, betonte auf dem Leipziger Gewerkschaftstag der IG Metall Ende 2007: „Wir können uns angesichts der Vielparteienlandschaft keiner Partei verweigern, auch wenn wir aus der Geschichte resultierend zur Sozialdemokratie stärkere Verbindungslinien haben. Die IG Metall ist darauf angewiesen, dass wir diejenigen, die im Parlament Verantwortung tragen, gewinnen, um die Arbeitnehmerinteressen durchzusetzen. Das können wir nicht tun, indem wir irgendeine Partei ausgrenzen.“²⁹ Die Zusammenarbeit zwischen IG Metall und Linkspartei verwundert auch insoweit nicht, da die Kommunisten seit 1984 als eine anerkannte Strömung der Einheitsgewerkschaft in der IG Metall aktiv sind.

Vor allem die Gewerkschaftstage von ver.di und IG Metall demonstrieren die neue Verbundenheit zwischen der Linkspartei und den Gewerkschaften. Während für die Regierungsparteien von CDU/CSU und SPD die Gewerkschaftskongresse eher eine Pflichtübung sind, tritt „Die Linke“ mit ihrem Spitzenpersonal an. So sind Lafontaine und Bisky beim ver.di-Bundeskongress als Redner aufgetreten. Der parlamentarische Geschäftsführer der Linkspartei im Deutschen Bundestag und frühere IG Metall-Funktionär Klaus Ernst antwortete 2006 auf die Frage eines Journalisten, ob die WASG der parteipolitische Arm der Gewerkschaften sei: „Wenn es für die Gewerkschaften durch uns mehr Spielraum gibt, weil sie nicht länger auf Gedeih und Verderb auf die SPD angewiesen sind, ist das doch prima! Wir sind für den Erfolg der Gewerkschaften!“³⁰ Diese Meinung wurde von vielen Funktionären aus IG Metall und ver.di geteilt, deren Unterschriften unter den Wahlaufufen zugunsten der Linkspartei bei den Landtagswahlen sich vermehrten.

Auch die Neubesetzung des DGB-Bundesvorstandes im Jahre 2006 bestätigt diesen Trend. So konnten die IG Metall und ver.di mit Claus Matecki (SPD) und der früheren bündnisgrünen Bundestagsabgeordneten und damaligen Abteilungsleiterin für Sozialpolitik bei der IG Bau, Annelie Buntenbach, ihre Leute platzieren. Sie sollen künftig die Verbindungen zur Linkspartei pflegen und ausbauen.

Aufgrund der Intensivierung der Kontakte nahmen führende Funktionäre wie das DGB-Bundesvorstandsmitglied Dietmar Hexel, die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Margrit Mönig-Raane, das GEW-Bundesvorstandsmitglied Andreas Keller, das IG Metall-Vorstandsmitglied Bertin Eichler und der damalige Transnet-Vorsitzende Norbert Hansen am Gründungsparteitag der Partei „Die Linke“ als Gäste teil.³¹

Um die Schwäche der Gewerkschaften in großen Teilen des Arbeitsmarktes zu kompensieren, brauchen ihre Funktionäre die Intervention des Staates. Damit dies in ihrem Sinn geschehen kann, wollen die Gewerkschaftsfunktionäre nun linke Regierungen. Mit Blick auf die Regierungsbildung in Hessen formulierte ver.di-Chef Bsirske seine Position in einem Interview mit dem „Mannheimer Morgen“. Er fragte, „ob sich die Politik, mit der Andrea Ypsilanti angetreten ist, nicht eher mit der Linken als der FDP durchsetzen lässt“. Aber da wolle er sich raushalten, schließlich seien die Gewerkschaften parteipolitisch unabhängig.³²

Das Verhältnis zwischen manchen Gewerkschaftsfunktionären und der Linkspartei ist von wechselseitigem Nutzen geprägt. Während „Die Linke“ mit Hilfe der Gewerkschaften die Belegschaften in den Betrieben erreicht und im außerparlamentarischen Raum mit ihnen zusammenwirkt, erhoffen sich die Gewerkschafter nach dem Bruch der privilegierten Beziehung zur SPD, mit der Linkspartei durch die Konkurrenz zur SPD wieder über mehr parlamentarischen Einfluss zu verfügen.

Die Gewerkschaften übernehmen in der Strategie der Linkspartei eine wichtige Scharnierfunktion zwischen der Partei „Die Linke“ und der SPD, um das angestrebte Linksbündnis nicht nur rechnerisch, sondern auch gesellschaftlich real werden zu lassen.

Kampflos wird die SPD der Linkspartei aber nicht die Gewerkschaften überlassen. Der Konflikt zwischen dem IG Metall-Vorsitzenden Huber und der Linkspartei über seine Bevorzugung der Sozialdemokratie belegt das.³³ Erstmals nach Jahren der Entfremdung nahmen führende Sozialdemokraten wieder an den Feierlichkeiten des DGB zum 1. Mai teil. Neben Bundesfinanzminister Peer Steinbrück und Bundesarbeitsminister Olaf Scholz sprach mit Kurt Beck erstmals seit der Verkündung der „Agenda 2010“ auch wieder ein SPD-Parteivorsitzender auf den Mai-Kundgebungen. Doch die SPD will es dabei nicht belassen. Der SPD-Chef plante darüber hinaus eine „Arbeitnehmeroffensive 2008“, um die Kontakte zu den Gewerkschaftern, Betriebs- und Personalräten mit SPD-Parteibuch zu intensivieren. Sozialdemokraten sollen ferner auf Landes- und Bezirksebene Gewerkschaftsräte gründen, damit Parteifunktionäre und Gewerkschafter dort ihre Strategien abstimmen können.³⁴

Nach Jahren der politischen Einflusslosigkeit sind vor allem die Multibranchengewerkschaften IG Metall und ver.di wieder in den Fokus der Politik der SPD gerückt. Sie scheint sich jetzt wieder der Bedeutung ihrer Beziehungen zu den Gewerkschaften für die Durchsetzung ihrer Politik bewusst geworden zu sein. Aus der Perspektive des ehemaligen IG Metall-Vorsitzenden Jürgen Peters, der die Formierung der WASG in den Gewerkschaftshäusern der IG Metall duldete, hat sich die politische Investition für diese Funktionäre gelohnt.

- 1| „Organisation einer programmatischen Debatte in der PDS.“ In: Parteivorstand der PDS / Programmkommission (Hrsg.): *Zur programmatischen Debatte der Partei des Demokratischen Sozialismus.* – Berlin, 1999. – S. 16.
- 2| Vgl. Grefe, Christiane / Grefrath, Mathias / Schumann, Harald: *Attac. Was wollen die Globalisierungskritiker?* – Reinbek/Hamburg: Rowohlt, 2003. – S. 23.
- 3| Attac: *Zwischen Netzwerk, NGO und Bewegung. Das Selbstverständnis von Attac – 8 Thesen.* – Frankfurt/Main: Attac Bundesbüro, 2006. – http://www.attac-netzwerk.de/fileadmin/user_upload/bundesebene/attac-strukturen/Attac_Selbstverstaendnis.pdf [01.10.2008].
- 4| Mayer, Leo: *Soziale Bewegungen und die Linke. Die Arbeiterbewegung. Die Sozialforums-Bewegung und die antikapitalistische Linke.* In: *Unsere Zeit – Zeitung der DKP vom 12.09.2003.*
- 5| Vgl. http://www.friedenskooperative.de/g8_2007.htm [01.10.2008].
- 6| Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.): *Verfassungsschutzbericht 2002.* – Berlin: Bundesministerium des Innern, 2003. – S. 138.
- 7| „Protokoll der 3. Bundesversammlung der BAG Frieden und internationale Politik (BAG FiP) am 15. und 16. März 2008 in Frankfurt am Main.“ – www.die-linke.de/fileadmin/download/zusammenschlusse/bag_fip/080316_fip_protokoll.pdf [01.10.2008].
- 8| Bartsch, Dietmar: *Bewerbung als Bundesgeschäftsführer vom 13. Mai 2008.* – http://die-linke.de/partei/organe/parteitage/1_parteitag/bewerbungen_fuer_den_parteivorstand/bewerbung_als_bundesgeschaeftsfuehrer/bartsch_dietmar_mecklenburgvorpommern/ [01.10.2008].
- 9| „Tagung der BAG.“ In: *Antifa aktuell*, 7/2007. – http://die-linke.de/partei/zusammenschlusse/bag_rechtsextremismus_antifaschismus/antifa_aktuell/antifa_aktuell_72007/ [01.10.2008].
- 10| Zitiert nach Wilke, Manfred: *Die „antifaschistische“ Republik.* In: Agethen, Manfred / Jesse, Eckhard / Neubert, Erhart (Hrsg.): *Der missbrauchte Antifaschismus. DDR-Staatsdoktrin und Lebenslüge der deutschen Linken.* – Freiburg/Breisgau: Herder, 2002. – S. 420-426; hier S. 420.
- 11| Ebd., S. 420 ff.
- 12| Grünwald, Andreas: *Bündnis gegen rechts in Hamburg. Zahlreiche Organisationen wollen vor Bürgerschaftswahl ein nazifeindliches Klima schaffen.* In: *Junge Welt* vom 05.12.2007.
- 13| *Die Linke: Gegen rassistische „Anti-Islamisierungskonferenz“.* Beschluss des Parteivorstandes vom 6. Juli 2008. – http://die-linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstand_20082010/beschlusse/gegen_rassistische_antiislamisierungskonferenz/ [01.10.2008].
- 14| *Die Linke: Programmatische Eckpunkte. Programmatisches Gründungsdokument der Partei DIE LINKE. Beschluss der Parteitage der WASG und der Linkspartei.PDS, Dortmund, 24./25.3.2007.* In: *Disput*, 4/2007, S. 34-45; hier S. 40.
- 15| Vgl. Wilke, Manfred / Müller, Hans-Peter: *Zwischen Solidarität und Eigennutz. Die Gewerkschaften des DGB im deutschen Vereinigungsprozess.* – Melle: Knoth, 1991. – (Forschungsbericht / Konrad-Adenauer-Stiftung; 68).
- 16| Zitiert nach Wilke, Manfred: *PDS auf Partnersuche.* In: *Die Politische Meinung*, 42 (1997) 7, S. 56.
- 17| Vgl. *das Interview mit dem designierten IG Metall-Vorsitzenden Berthold Huber „Es ist uns gelungen, viele Gräben zuzuschütten.“* In: *Stuttgarter Zeitung* vom 08.09.2007.
- 18| Maurer, Ulrich: *Eiszeit. Staatsstreich des Kapitals oder Renaissance der Linken.* – München: Riemann, 2006. – S. 110.

- 19| Ebd., S. 144.
- 20| Zitiert nach Wilke, Manfred: *Gewerkschaften zwischen der Linken und SPD.* In: *trend – Zeitschrift für Soziale Marktwirtschaft*, 114 (2008) 1, S. 23-25; hier S. 25.
- 21| „Plädoyer für kämpferische Gewerkschaften.“ In: *Junge Welt* vom 05.11.2007.
- 22| *Die Linke: Programmatische Eckpunkte.* – S. 40.
- 23| Vgl. die Rede auf dem Gründungsparteitag der Partei „Die Linke“ am 16.06.2007 von Lafontaine, Oskar: *Wir dürfen die Hoffnungen von 4,1 Millionen nicht enttäuschen.* In: *Disput* 6/2007, S. 12.
- 24| www.bundestag.de/mdb/listeFraktionen/linke/index.html.
- 25| Korte, Jan: *Überlegungen zur strategisch-inhaltlichen Entwicklung der Partei DIE LINKE* vom 22.10.2007. – www.forum-ds.de.
- 26| Gajevic, Mira: *Ende der Eiszeit zwischen DGB und Linkspartei. Sommer trifft sich erstmals mit der Fraktion.* In: *Berliner Zeitung* vom 10.01.2006.
- 27| „Thema: Wahlprogramm der Linkspartei.“ In: *Argumente. Aktuelles Kurzinfo der IG Metall*, 8/2005.
- 28| Maurer: *Eiszeit.* – S. 23.
- 29| *Stuttgarter Zeitung* vom 08.09.2007.
- 30| „Mir geht Berlin nicht auf die Nerven. Gespräch mit Klaus Ernst.“ In: *Junge Welt* vom 18./19.09.2006.
- 31| Vgl. die Rede auf dem Gründungsparteitag der Partei „Die Linke“ am 16.06.2007 von Gysi, Gregor: *Seit heute früh null Uhr sind wir alle Mitglieder einer Partei.* In: *Disput* 6/2007, S. 4. Namentlich werden die Gewerkschaftsvertreter von Gysi bei der Eröffnung des Parteitages vorgestellt.
- 32| *Mannheimer Morgen* vom 26.02.2008.
- 33| Vgl. „SPD tätschelt Gewerkschaften.“ In: *Neues Deutschland* vom 15.01.2008.
- 34| Vgl. *Berliner Morgenpost* vom 02.05.2008.

DIE KOALITIONSPARTNER

SPD – REAKTION ZWISCHEN ABGRENZUNG UND KOOPERATION

Die SPD ist für „Die Linke“ strategischer Bündnispartner und politischer Konkurrent in einem. Ob der Linkspartei der Marsch in eine rote Republik gelingt, hängt entscheidend vom Kurs der SPD und dem Votum der Wähler ab.

Das Verhältnis der SPD zur SED-Nachfolgepartei ist seit 1990 von anderer Qualität als es zu Zeiten der deutschen Teilung zur SED war. Mit der SED verhandelte die Regierung von Bundeskanzler Willy Brandt den Status quo zwischen beiden deutschen Staaten. Heute sind beide Parteien Konkurrenten um Wählerstimmen im vereinigten Deutschland. Ein kurzer Rückblick auf diese Parteibeziehungen vor dem Fall der Mauer ist notwendig, da in dieser Zeit eine grundlegende Veränderung der Sozialdemokraten im Verhältnis zu den Kommunisten stattfand, die die niedrige Hemmschwelle zur Zusammenarbeit mit der PDS bis hin zu Koalitionen erklärt. Die wichtigste Änderung war die Aufkündigung des antitotalitären Konsenses in Bezug auf die Kommunisten. Mitte der 1970er Jahre ging es um die Abgrenzung der SPD zur DKP, vor allem im vorparlamentarischen Raum. Dort sollte nicht mehr jede Zusammenarbeit von SPD-Mitgliedern mit den Kommunisten sanktioniert werden. Michael Roik schreibt in seiner Untersuchung über das Verhältnis der demokratischen Parteien zur DKP: „Brandt plädierte in der

SPD-Präsidiumssitzung dafür, auf Integration zu setzen und nur gegen diejenigen mit Ordnungsmaßnahmen vorzugehen, die offensichtlich vom Westbüro der SED gesteuert würden. Bundesgeschäftsführer Bahr erklärte in Fortführung dieser Linie Anfang Juli 1977, dass sich die Abgrenzung nach links nicht mit Parteiausschlüssen lösen ließe. Falsche Solidarisierungen müssen vermieden werden.¹ Das Stichwort hieß Integration dieses Milieus – Abgrenzung und Sanktionen sollten nur für erkannte Agenten in den Reihen der SPD gelten.

Der SED ihrerseits ging es vor allem nach dem Mauerbau 1961 darum, die SPD als Partner für die Anerkennung der DDR als dauerhaften deutschen Teilstaat zu gewinnen, was ihr vor 1989 auch weitgehend gelang. Ausdruck dieser Politik der Anerkennung der zweiten Diktatur in Deutschland und der Teilung war ein am 27. August 1987 von SPD und SED gemeinsam unter dem Titel „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ verabschiedetes Papier. Beide Seiten versicherten sich in diesem Papier ihre Existenzberechtigung und dass beide Systeme noch lange nebeneinander bestehen würden. Darüber hinaus attestierten sie sich Reformfähigkeit. Vereinbart wurde eine Zusammenarbeit bei der Sicherung des Friedens über die bestehenden Blockgrenzen hinweg. Damals war das für beide Parteien Bestandteil der Außenpolitik zwischen beiden deutschen Staaten und nicht Parteienkonkurrenz im Inland.

Dieses Papier trug dazu bei, dass die SPD auch noch im Herbst 1989 zunächst den Dialog mit der SED fortsetzte. Kurz und bündig schreibt Daniel Friedrich Sturm in seiner Untersuchung der Vereinigungspolitik der SPD und ihrer Versäumnisse im Hinblick auf die Bürgerbewegungen im sowjetischen Imperium: „Aufgrund der Kontakte zur SED wie zu den anderen kommunistischen Staatsparteien in Mittel- und Osteuropa hatte man die oppositionellen Bewegungen vernachlässigt.“² Sturm fügt hinzu: „Eine Debatte über ihr Verhältnis zu den Staatsparteien aber hat die SPD bis heute nicht geführt.“³

Welche Bedeutung die Veränderung der Wahrnehmung der kommunistischen Diktaturen innerhalb der SPD hatte, lässt sich exemplarisch an der Biografie von Oskar Lafontaine aufzeigen. Uwe Müller hat an einige Stationen der Beziehungen Lafontaines zur SED erinnert. 1968 – im Jahr des Prager Frühlings – besuchten zwei SED-Funktionäre den Jungsozialisten und notierten seine Ansichten zur sowjetischen Invasion: „Er brachte zum Ausdruck, dass er für das Eingreifen der verbündeten sozialistischen

Länder Verständnis habe.“⁴ Als erster Ministerpräsident verweigerte er 1985 die Finanzierung der Erfassungsstelle Salzgitter durch das Saarland. Sie wurde 1961 auf Veranlassung von Willy Brandt nach dem Bau der Berliner Mauer eingerichtet, um Menschenrechtsverletzungen an der innerdeutschen Grenze und in der DDR systematisch zu dokumentieren. „Im selben Jahr forderte er die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft, woraufhin er von der Bonner SPD-Führung in die Schranken gewiesen wurde.“⁵ Diese Forderung nach Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft sollte aus Lafontaines Sicht einen Schlusstrich ziehen unter das Vereinigungsgebot in der Präambel des Grundgesetzes. Er war für die dauerhafte Anerkennung der zweiten Diktatur in Deutschland und der Teilung des Landes. Bekannt sind seine engen Kontakte zu Erich Honecker, der ihn von 1982 bis 1989 mehrmals empfing.

Die Gründung einer sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP) geschah im Oktober 1989 ohne Zutun der SPD der Bundesrepublik. Erst nach einem Machtwort des damaligen SPD-Vorsitzenden Hans-Jochen Vogel orientierte sich die SPD neu. Sie unterstützte die Ost-SPD, wodurch die SPD wieder zu einer gesamtdeutschen Partei wurde. Um diesen Kurs gab es in der Parteiführung Streit. Egon Bahr befürwortete z.B. die Aufnahme von ehemaligen SED-Mitgliedern in die SPD der DDR. Dies lehnten SDP-Gründer wie Markus Meckel und Stefan Hilsberg vehement ab. Ehemaligen SED-Mitgliedern, die sich gern der SPD angeschlossen hätten, blieb dieser Weg eines politischen Neuanfangs versperrt. Vielleicht versäumte damals die SPD die Chance, die SED zu spalten und den Aufstieg der Postkommunisten im deutschen Parteiensystem zu begrenzen.

Die Entscheidung der SPD, die Kontakte zur SED-Nachfolgepartei abzubauen, führte zur offenen Konkurrenz mit der PDS und innerhalb der SPD begann der Streit um die Koalitionsfähigkeit der PDS für die Sozialdemokratie.

Nach den Grünen zu Beginn der 1980er Jahre in der alten Bundesrepublik ist der SPD mit der Partei „Die Linke“ erneut ein politischer Konkurrent von links herangewachsen. Wie schon die Grünen so respektiert auch „Die Linke“ die Abgrenzungsbeschlüsse nicht und reklamiert sozialdemokratische Traditionen für sich, da sie von der SPD aufgegeben wurden. Trotz der verbal deutlichen Abgrenzung seitens der SPD beharrte schon die PDS auf ihrem Koalitionsangebot an die SPD. Im Gegensatz zu den Grünen der 1980er Jahre ist „Die Linke“ aber kein heterogener Zusam-

menschluss politischer Utopisten und Fundamentalisten, sondern in ihr fanden frühere SED-Funktionäre und westdeutsche Sozialisten zusammen, die sich immer noch als politische Avantgarde verstehen und an die Macht drängen. Damals wie heute stellt sich für die SPD die Frage, soll sie die politische Konkurrenz von links bekämpfen oder als Partner für die eigene Machtteilhabe gewinnen?

Seit 1990 sucht die SPD nach dem Königsweg für den Umgang mit der ungeliebten Konkurrenz vom linken politischen Rand. Bis heute hat sie keine schlüssige Antwort auf diese Herausforderung gefunden. Extremistischer Paria oder potentieller Koalitionspartner, diese Frage lässt die Sozialdemokratie nicht mehr los. Verantwortlich hierfür ist die eigene innere Zerrissenheit der SPD. Der rechte und der linke Flügel der SPD ringen seit über hundert Jahren unter immer neuen Namen miteinander über die Frage, ob die SPD die bestehenden Verhältnisse grundsätzlich bejahen und durch Reformen gestalten oder ob die Partei durch Reformen die kapitalistische Ordnung überwinden sollte. Heute wird dieser Kampf zwischen dem linken Flügel mit Andrea Nahles als Wortführerin und dem rechten um Außenminister Frank-Walter Steinmeier geführt. Beide Lager setzen völlig verschiedene Prioritäten. Während sich das Steinmeier-Lager insbesondere den Leistungsträgern in der Gesellschaft verpflichtet fühlt, fokussiert sich der linke Flügel auf die sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen. Es ist ihre Überzeugung, dass der Staat die Aufgabe hat, Ungerechtigkeiten durch Umverteilung des Reichtums auszugleichen. Entlang dieser Linien verlaufen auch die Fronten in der Auseinandersetzung mit der Linkspartei. Versuchen die rechten Sozialdemokraten immer noch „Die Linke“ durch Abgrenzung zu marginalisieren, so setzt der linke Flügel auf Kooperation und träumt von der Einheit aller Linken. Allein der rechte Flügel erinnert noch gelegentlich an die zentralen Streitpunkte mit den Kommunisten aus der eigenen Parteigeschichte: 1918 die Frage Demokratie oder Diktatur, vor 1933 die Hetze der KPD gegen die „Sozialfaschisten“, womit sie die SPD meinte, der Kampf der Kommunisten gegen die erste deutsche Republik und die zwangsweise Fusion der SPD mit der KPD zur SED in der Sowjetischen Besatzungszone 1946.

Bereits im Jahre 1994 war dieser Dauerkonflikt auch öffentlich unübersehbar. So fasste die Bundespartei unter ihrem damaligen Parteivorsitzenden Rudolf Scharping in Dresden einen Unvereinbarkeitsbeschluss für jegliche Kooperationen mit der SED-Nachfolgepartei. Es war ein vergeb-

licher Versuch, denn die Sozialdemokraten im Osten hatten diese Linie bereits 1992 durchbrochen.

Die Kooperation der SPD im Land Brandenburg begann 1992. Damals setzte der Landtag einen Untersuchungsausschuss ein, um mögliche Verstrickungen des Ministerpräsidenten Manfred Stolpe mit dem Ministerium für Staatssicherheit der DDR (MfS) in seiner Zeit als Konsistorialpräsident der evangelischen Landeskirche vor 1989 zu prüfen. Stolpe war damals der einzige sozialdemokratische Ministerpräsident in den neuen Bundesländern. Er regierte mit einer „Ampelkoalition“ aus SPD, Grünen und FDP. Vorsitzender des Untersuchungsausschusses wurde der Fraktionsvorsitzende der PDS Lothar Bisky. Da die Grünen in diesem Untersuchungsausschuss auf der Klärung der Vorwürfe beharrten, war die SPD auf die eigennützige und „solidarische Hilfe“ der PDS angewiesen, wollte sie doch mehrheitlich einen Freispruch für ihren Ministerpräsidenten durchsetzen. Bisky operierte im Stolpe-Untersuchungsausschuss gegenüber der SPD mit einer Doppelstrategie, der sich die Sozialdemokraten nicht entziehen konnten, wenn sie einen Freispruch für Stolpe erreichen wollten. Bisky war bereit, im Untersuchungsausschuss mit der SPD zu kooperieren, ohne im Konfliktfall auf politischen Druck auf die Sozialdemokraten zu verzichten. Seine Funktion als Vorsitzender des Untersuchungsausschusses nutzte der PDS-Politiker optimal, um die politische Ächtung der PDS öffentlich aufzubrechen. War dies doch die Voraussetzung für eine potentielle Koalition mit den Sozialdemokraten. Bisky verkündete den Freispruch für Stolpe vom Vorwurf, als Inoffizieller Mitarbeiter (IM) aktiv für das MfS gearbeitet zu haben. Ehrhardt Neubert, der Verfasser des Minderheitengutachtens, hielt dagegen fest:

„Der Hergang der Werbung Stolpes als IM kann wegen der Vernichtung der IM-Akte nicht mehr vollständig aufgeklärt werden. In jedem Fall aber muss als gesichert gelten, dass das MfS die Vereinbarung mit Stolpe als Werbung betrachten konnte. Von nun an hatte Stolpe dauerhafte MfS-Kontakte und erfüllte bis 1990 auch die wichtigste Anforderung an einen IM: die Einhaltung der Konspiration.“⁶

Nach diesem Ergebnis des Stolpe-Untersuchungsausschusses war ein Ziel der friedlichen Revolution, die Säuberung der Parlamente und Verwaltungen Ostdeutschlands von MfS-Mitarbeitern, politisch eingegrenzt. Die im Einigungsvertrag festgehaltenen Kündigungskriterien für verschwiegene MfS-Tätigkeit galten nun nicht mehr für solche Personen wie den bran-

denburgischen Ministerpräsidenten. Bisky handelte mit diesem Freispruch durchaus eigennützig, denn in den Fraktionen der PDS saßen neben den Parteisekretären der SED auch Mitarbeiter des ehemaligen „Schildes und Schwertes“ der Partei, d.h. der Staatssicherheit der DDR. Da die Bundesrepublik ein Rechtsstaat ist, galt im Prinzip die Lex Stolpe auch für sie. Ein wichtiger Meilenstein für die PDS, um ihre Ächtung als Diktaturpartei zu überwinden.

Der nächste Schritt der PDS auf dem Weg in die Regierungsverantwortung in Ostdeutschland erfolgte 1994 in Sachsen-Anhalt, also noch im selben Jahr als die SPD ihren Abgrenzungsbeschluss fasste. Die Minderheitsregierung der SPD mit den Grünen in Magdeburg ließ sich von der PDS tolerieren. Das tat der sozialdemokratische Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Reinhard Höppner, auch 1998 – diesmal mit einer rein sozialdemokratischen Minderheitsregierung. Zugleich kam es in Mecklenburg-Vorpommern zur ersten rot-roten Koalition auf Landesebene.

In der politischen Praxis der neuen Länder war die PDS zu einer berechenbaren, für die SPD koalitionsfähigen Partei geworden. Der brandenburgische Ministerpräsident Matthias Platzeck bescheinigte ihr dies im Juni 2007 ausdrücklich: „In den ostdeutschen Ländern hatte sich die PDS zu einer realistischen politischen Kraft entwickelt.“ Im Lob für die pragmatisch-realistische PDS war die Sorge verpackt, dass nun die Konkurrenz zwischen der Partei „Die Linke“ und der SPD erneut zu einem „Bruderkampf“ führen und der SPD die Meinungsführerschaft im linken Lager kosten könnte.⁷

Rot-rote Bündnisse blieben aber nicht auf die neuen Länder beschränkt. Obwohl 2001 eine „Ampelkoalition“ aus SPD, FDP und Grünen möglich war, ging die SPD in Berlin – nach Zahl der Einwohner seines Westteils wie der dortigen Wähler eigentlich ein „altes“ Land – eine Koalition mit der PDS ein, die sie nach den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus vom Herbst 2006 erneuerte, während sie ein Bündnis mit den Grünen ausschlug.

Nachdem die Frage in den neuen Ländern und Berlin schnell zugunsten rot-roter Koalitionen entschieden worden war, kühlte nach der Verabschiedung der „Agenda 2010“ und den mit ihr verbundenen sozialpolitischen Reformen das Verhältnis zwischen beiden Parteien merklich ab. Mit ihrer populistischen Kritik an den Reformen der Ära Schröder wurde die damalige PDS zunehmend von einer Regionalpartei im Osten zu einem

ernstzunehmenden Konkurrenten für die SPD auch in den alten Ländern. Diese Situation spitzte sich 2004 weiter zu, als sich linke Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Friedensaktivisten und Altlinke aus der alten Bundesrepublik aus Protest gegen die Reformpolitik Schröders zur WASG zusammenschlossen. Als auch noch der ehemalige SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine die SPD verließ, der WASG beitrug, als ihr Spitzenkandidat für den Bundestag auf einer Liste der PDS kandidierte und nach der Wahl zusammen mit Gregor Gysi die Bundestagsfraktion der fusionierten Linken führte, schienen die Brücken abgebrochen. Zumal Lafontaine von nun an keine Gelegenheit ausließ, seine ehemalige Partei zu provozieren und vorzuführen.

Zur „Not“ der SPD aufgrund sinkender Mitgliederzahlen und Wählerstimmen kam nun die Herausforderung durch die neue sozialistische Einheitspartei hinzu. Sie besteht unter anderem darin, dass seit 1990 die SPD für die PDS bzw. „Die Linke“ die Volkspartei ist, ohne deren Koalitionsbereitschaft es für die Linkspartei keine Teilhabe an der Regierungsverantwortung gab und gibt.

Aufgrund ihrer historischen Affinitäten, gekennzeichnet durch Spaltung und Abgrenzungen, herrscht zwischen beiden aber noch immer eine heftige Konkurrenz. Sowohl die SPD als auch „Die Linke“ sehen sich in der Tradition der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung stehend, von der sich die Kommunistische Partei Deutschlands 1918 trennte. Beide bekennen sich zur Idee des „demokratischen Sozialismus“ und konkurrieren vor allem beim Thema „soziale Gerechtigkeit“ um die Deutungshoheit im Parteienwettbewerb. Mit sozialpolitischen Forderungen wie der nach Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns oder nach Rücknahme der „Agenda 2010“ treibt „Die Linke“ die SPD derzeit vor sich her und jagt ihr zugleich ihre Wähler und Mitglieder ab. Zur gesamtdeutschen Partei wurde die PDS als Vertreter des linken Flügels der Sozialdemokratie wie Oskar Lafontaine, Ulrich Maurer oder Peter von Oertzen die SPD aus Protest gegen die „Agenda 2010“ verließen und sozialdemokratische Sozialpolitiker wie Rudolf Dressler begannen, über einen solchen Schritt nachzudenken.

Die Verabschiedung des neuen Grundsatzprogramms auf dem Hamburger Parteitag 2007 bot der SPD nun die Chance, innerparteilich und nach außen zu demonstrieren: Die SPD ist das Original und die Konkurrenz die Kopie, der „Markenpirat“ für soziale Gerechtigkeit.

Vier Jahre nach der „Agenda 2010“ hat sich die SPD auf ihrem Hamburger Parteitag von einer Politik der Reformen und dem Plädoyer für mehr Eigenverantwortung und weniger staatliche Fürsorge verabschiedet. Die Sozialdemokraten haben eine programmatische Neu- bzw. Altausrichtung vorgenommen. Sie beschlossen u.a. eine längere Zahlung des Arbeitslosengeldes I für ältere Arbeitslose, einen Mindestlohn in Höhe von 7,50 Euro, ein Tempolimit von 130 km/h, höheres BAföG, ein gebührenfreies Erststudium und die Zahlung des Kindergeldes bis zum 27. Lebensjahr. Die Teilprivatisierung der Bahn wurde an das Modell der Volksaktie gekoppelt, um sie nicht „anonymen Finanzinvestoren“ zu überlassen. Mit dem Hamburger Grundsatzprogramm bekennen sich die Sozialdemokraten dezidiert zu ihrer linken Tradition. Das Konzept des „vorsorgenden Sozialstaates“ – einst als „neues Leitbild“ angekündigt – wird zugunsten des „demokratischen Sozialismus“ gekürzt. Der Mitgliedschaft ist die Parteiführung damit entgegengekommen. Auf diese Weise wird das Programm primär die Funktion der Identitätsbildung nach innen erfüllen. Zwei Jahre vor der nächsten Bundestagswahl grenzt sich die SPD deutlicher als zuvor von ihrem Koalitionspartner ab und macht die soziale Gerechtigkeit zu ihrem Kernthema.

Die von Kurt Beck herbeigeführte Wende der SPD nach links war in ihren Reihen nicht unumstritten, wie ein Artikel aus einer Publikation der brandenburgischen SPD belegt, der eine bezeichnende Überschrift trägt: „Rettet die SPD!“ Der Autor Paul van Dyk bilanziert die kurze Amtszeit von Beck wie folgt: „Mit Kurt Becks Hilfe ist die Agenda 2010 vom Tisch gefegt worden. Es gibt keine Konzepte mehr, keine klaren Ziele, keine Überzeugungen. Anstatt sich mit der tatenlosen CDU um die Mitte und die bessere Reformpolitik zu streiten, lässt er sich von Lafontaines Linkspartei treiben und versucht, deren linke Politik zu überbieten, die er im gleichen Atemzug anprangert. Ex-SPD-Chef Matthias Platzeck hat die Folgen dieses Verhaltens einmal sehr schön auf den Punkt gebracht, als er meinte, dass man für jeden gewonnenen Linkspartei-Wähler, ‚zwei, drei oder vier‘ in der Mitte verlieren würde. Die jüngsten Umfragen geben Platzeck recht.“⁸

Der hessische Ministerpräsident Roland Koch bescheinigt deshalb der SPD eine „Entwurzelung“. Treffend führt er weiter aus, sie „findet in aller Öffentlichkeit statt, und keiner kann sagen, er hätte es nicht bemerkt“.⁹

Zwar hat Platzeck postwendend den Artikel van Dyks als „in keiner Weise hilfreich“ bezeichnet und betont: „Ich schätze Beck seit vielen Jahren, wir sind uns über die wesentlichen Fragen einig.“¹⁰ Da für den Inhalt des Heftes mit Generalsekretär Klaus Ness und Thomas Kralinski zwei enge Berater Platzecks verantwortlich zeichnen, wirkt die Distanzierung Platzecks von dem Artikel wenig überzeugend.

Ihren Anspruch auf Meinungsführerschaft im linken Lager unterstrich die SPD mit der historischen Verortung als Partei der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit in der deutschen Geschichte der letzten 150 Jahre. Kurt Beck wollte den Begriff „demokratischer Sozialismus“ „nicht nur als geschichtliche Reminiszenz“ verstanden wissen, „sondern ausdrücklich als Teil der inhaltlichen Basis unserer Arbeit“. Ohne „Die Linke“ beim Namen zu nennen, betont der SPD-Vorsitzende demonstrativ den Unterschied zwischen Original und Kopie. Die SPD, so Beck, „habe in unserer Geschichte nichts zurückzunehmen. Wir müssen uns für nichts, was entschieden worden ist, bei den Menschen entschuldigen. Wir müssen keine Brüche vollziehen oder erklären.“¹¹ Beck spielt hier auf die Entschuldigung der SED-PDS von 1989 an. Damals entschuldigten sich Honeckers Erben auf ihrem Gründungsparteitag bei den Bürgern der DDR für all das, was ihnen die SED angetan hatte. Der Ton ist gegenüber den neuen Einheitssozialisten nachsichtig, aber nicht verletzend, über die Diktatur der Kommunisten und ihre Folgen für Deutschland verliert der damalige SPD-Parteivorsitzende an dieser Stelle kein Wort. Diese verbale Rücksichtnahme signalisiert der Linkspartei: Wir brauchen euch noch, einen neuerlichen „Bruderkampf“ wird es nicht geben.

Sowohl für die alten Bundesländer als auch für den Bund lehnte die Bundes-SPD, auch als Reaktion auf die Person Lafontaine, rot-rote Koalitionen kategorisch ab. Noch im Sommer 2007 setzte Kurt Beck durch, dass die SPD im Westen anders als im Osten nicht mit der Linkspartei koalieren würde. „Die Linke“ ihrerseits wurde sich aller Euphorie über ihren Aufstieg zum Trotz schnell bewusst, welche Gefahr für ihre Pläne zur Rückgewinnung der politischen Macht durch eine Zuspitzung der persönlichen Animositäten zwischen Lafontaine – dem „deutschen Haider“, wie ihn der *Tagesspiegel* abqualifizierte¹² – und seiner früheren Partei entstehen könnte. Im *Spiegel* nahm André Brie, der von der Presse, aber nicht von der eigenen Partei gelobte Vordenker der PDS, wie es im *Neuen Deutschland* sarkastisch hieß, den Ball auf und warf Lafontaine eine „Re-SED-isierung“ der Linkspartei vor.¹³ Er warnte seine Partei vor

dessen Schwarz-Weiß-Denken, das ihm selbst als SED-Gesellschaftswissenschaftler zueigen war. Brie trieb die Sorge um, Lafontaines Populismus und sein Auftreten könnten das Verhältnis zur SPD irreparabel beschädigen. Das ist aber, wie gesagt, die Schlüsselfrage für den politischen Erfolg der Partei „Die Linke“. Die Attacke auf Lafontaine war von Brie klug kalkuliert, sie bedient den Zorn der Sozialdemokraten auf ihren ehemaligen Vorsitzenden und signalisiert der SPD, es gibt Kräfte in der Linkspartei, die den Anti-SPD-Kurs nicht mittragen wollen.

Die Taktik der Linkspartei – gepaart mit der existentiellen Not der SPD als Volkspartei – führte dazu, dass alle Abgrenzungsbeschlüsse in kürzester Zeit wieder von der Realität überholt wurden. Betrachtet man die zeitliche Abfolge dieser Abgrenzungsbeschlüsse seit 1989, so muss man feststellen, dass jeder Abgrenzungsbeschluss in der politischen Praxis nur die nächste Stufe der Zusammenarbeit ankündigte.

2008 hatte die SPD in Hessen vor den Landtagswahlen noch jegliche Koalition mit der Linkspartei ausgeschlossen. Selbst Vertreter des linken Flügels der SPD wie Ottmar Schreiner oder Ralf Stegner hielten einen solchen Weg für ausgeschlossen. „In Hessen ist die Sache durch die Aussagen von Kurt Beck und Andrea Ypsilanti im Wahlkampf völlig klar. Die kämen in ein riesiges Glaubwürdigkeitsproblem, wenn sie sich von diesen Aussagen lösen würden. Deshalb sehe ich da überhaupt keine Möglichkeit für eine Zusammenarbeit“, so Schreiner in einem Interview unmittelbar nach der Hessenwahl.¹⁴ Nicht anders äußerte sich Stegner: „Eines wird in Hessen nicht gehen: Dass die SPD mit der Linken zusammenarbeitet, das könnte sich Andrea Ypsilanti auch nicht leisten.“¹⁵ Wie viel diese Aussagen Wert sind, verdeutlicht der Wortbruch von Andrea Ypsilanti kurze Zeit später, als sie nun nicht mehr ausschloss, sich mit den Stimmen der Linkspartei zur Ministerpräsidentin in Hessen wählen zu lassen, nachdem sie dafür von Kurt Beck grünes Licht erhalten hatte. Auch hier ist der zeitliche Zusammenhang zwischen dem Schwenk von Beck und Ypsilanti zu den Wahlerfolgen der Linken in Hessen und Niedersachsen unübersehbar. Bereits kurz nach den drei Landtagswahlen im Frühjahr 2008 hat es die „Parlamentarische Linke“ in der SPD-Bundestagsfraktion begrüßt, „den SPD-Landesverbänden vor Ort die Entscheidung zu überlassen, in welcher Form sie Regierungsverantwortung in den Ländern anstreben“. Zugleich fordern sie eine „effektive Begrenzung eines ungezügelten Finanzkapitalismus“ und sprechen sich dafür aus, „ein breites Fortschrittsbündnis aus Arbeitnehmerschaft und Gewerk-

schaften, aus verantwortungsbewusster Unternehmerschaft und fortschrittlichen Selbstständigen, aus linkem Bürgertum sowie den liberal und ökologisch gesinnten Teilen der Bevölkerung zu bilden“.¹⁶

Der erste Versuch, eine rot-rot-grüne Koalition in Hessen zu bilden, scheiterte nur am Widerstand der sozialdemokratischen Abgeordneten Dagmar Metzger, die die Vergangenheit der Partei „Die Linke“ als SED und damit als totalitäre Staatspartei der DDR noch nicht vergessen hatte. Der Preis für sie: „In Hessen trat Ministerkandidat Hermann Scheer gegen die Abweichlerin Dagmar Metzger wie ein peitschenschwingender Menschenverfolger auf.“¹⁷ Letztlich scheiterte das Projekt einer von der Partei „Die Linke“ tolerierten rot-grünen Minderheitsregierung im November 2008 an den sozialdemokratischen Abgeordneten Carmen Everts, Dagmar Metzger, Silke Tesch und Jürgen Walter, die öffentlich erklärten, Andrea Ypsilanti nicht mit Hilfe einer in Teilen extremistischen Partei zur Ministerpräsidentin wählen zu wollen. Mit ihrer Gewissensentscheidung setzten sie sich umgehend den Anfeindungen zahlreicher Genossen aus.¹⁸

Für das Saarland, wo 2009 ein neuer Landtag gewählt wird, will der dortige SPD-Landesvorsitzende Heiko Maas ausdrücklich ein Bündnis mit der Linkspartei nicht ausschließen und dafür liegt bereits das Placet des Parteivorsitzenden vor.¹⁹ Durch die Kandidatur von Oskar Lafontaine für den saarländischen Landtag will es „Die Linke“ nun in einem westdeutschen Bundesland wissen, ob sie mit diesem Kandidaten gegenüber der SPD die stärkere Partei wird.

In Thüringen könnte es 2009 sogar zu einem rot-roten Bündnis unter einem Ministerpräsidenten der Linkspartei kommen. Zwar hatte der SPD-Landesvorsitzende Christoph Matschie bisher eine Koalition mit der Partei „Die Linke“ als Juniorpartner abgelehnt. Sein bei den innerparteilichen Wahlen um die Position des Spitzenkandidaten nur knapp unterlegener Rivale, der aus dem Saarland stammende einstige Lafontaine-Vertraute Richard Dewes, zeigte sich dagegen solchen Überlegungen gegenüber aufgeschlossen.²⁰ An einer Koalition mit der Partei „Die Linke“ unter Führung der SPD hatte auch Matschie bisher nichts auszusetzen. Unlängst nahm Matschie aber auch in einem Interview eine von Bodo Ramelow, dem Spitzenkandidaten der Linkspartei in Thüringen, später relativiert Offerte an, als Juniorpartner eine Koalition mit der Partei „Die Linke“ einzugehen, wenn er Ministerpräsident werde.²¹ Als weiteren möglichen Koalitionspartner bringt Ramelow die Grünen ins Spiel. Die Landesspre-

cherin der Thüringer Grünen Astrid Rothe-Beilich äußerte sich allerdings skeptisch zu diesem Angebot: „Wir werden keine Mehrheitsbeschaffer und keine Steigbügelhalter für die Linken und die SPD sein.“²² Stolperstein für die Grünen ist die Enttarnung zweier Stasi-Spitzel in der PDS-Fraktion, die nicht bereit sind, ihr Mandat zurückzugeben. Wie „Die Linke“ sich in dieser Frage verhält, darüber müsse gesprochen werden, haben die Grünen verlauten lassen.

Die Zeiten, als die PDS der SPD im Osten nur als Juniorpartner zur Verfügung stand, sind aber endgültig vorüber, hier herrscht bereits zwischen beiden Parteien der Kampf um die Führung in der Wählergunst.

Auf Bundesebene dagegen ist eine solche Koalition vor allem aus außenpolitischen Gründen für die SPD (noch) nicht machbar. Allen Glaubwürdigkeitsproblemen zum Trotz wiederholte Kurt Beck bei jeder sich bietenden Gelegenheit die ablehnende Haltung seiner Partei gegenüber einer Koalition mit der Linkspartei im Bund. Doch auch auf Bundesebene kam es bereits zu ersten rot-roten Kooperationen. So stimmten bei der Wahl des Bundespräsidenten im Jahr 2004 die Wahlmänner und -frauen der PDS für die damalige (und aktuelle) sozialdemokratische Präsidentschaftskandidatin Gesine Schwan. Nur deshalb bekam sie weitaus mehr Stimmen, als SPD und Grüne an Mitgliedern in der Bundesversammlung hatten. Es verwundert daher nicht, wenn sich Gesine Schwan im Vorfeld der Bundespräsidentenwahl 2009 gegen einen förmlichen Abgrenzungsbeschluss ihrer Partei zur Linkspartei ausspricht.²³ Aber auch bei der Präsidentenwahl geht das Kräfteressen zwischen beiden Parteien weiter, denn „Die Linke“ schlug im Oktober 2008 den Schauspieler Peter Sodann für das Amt des Bundespräsidenten vor. Vor dessen Nominierung verlangte die Partei gegenüber der SPD direkte Verhandlungen über ihr Stimmverhalten zugunsten von Frau Schwan bei der Präsidentenwahl. Begleitet wurde diese Entwicklung von teilweise heftigen parteiinternen Diskussionen über die richtige Strategie für den Umgang mit der Linkspartei. Die Debatte in der SPD begann zunächst unter ihren Intellektuellen. Der ehemalige Leiter der SPD-Parteischule, Tilmann Fichter, konstatiert, dass von der SPD keine Faszination mehr ausgehe und befürchtet, dass ihr „Die Linke“ im intellektuellen und künstlerischen Milieu den Platz der politischen Meinungsführerschaft streitig machen könnte.²⁴ Der Historiker Hans-Ulrich Wehler vermisst die politische Auseinandersetzung mit der Linkspartei. „Dafür müsste es freilich eine Persönlichkeit geben, die mit politischer und ökonomischer Sachkunde, intellektueller Souverä-

nität und rhetorischem Schwung die Programmatik der ‚Linken‘ als das enthüllt, was sie tatsächlich ist: eine kunterbunte Mischung von Ressentiments, anachronistischen Postulaten, regionalen Eigenarten und jenem bösen Erbe, das der Steinzeitmarxismus der PDS bisher gespeichert hat. Eine Figur mit einem solchen Profil kann die SPD nicht aufbieten.“²⁵ Er verlangt von den Sozialdemokraten, in Abgrenzung zur Linken und als Angebot an den Wähler eine glaubwürdige Programmatik zu entwickeln. Sein Kollege Heinrich August Winkler beschwört die SPD, sie dürfe sich „von der Partei ‚Die Linke‘ nicht treiben und vorführen lassen. Sie muss wieder in die Offensive gehen.“²⁶ Der Politikwissenschaftler Iring Fetscher hält die „Strategie, die Linke durch Diskriminierung klein zu halten“ für gescheitert und plädiert, dem Berliner Vorbild folgend, sie durch Einbindung in die Regierungsverantwortung „schnell auf Normalmaß“ zu stutzen.²⁷

Geht es den Intellektuellen um die Inhalte zeitgemäßer sozialdemokratischer Programmatik und um die Anziehungskraft der Partei im kulturellen Bereich und damit um die Meinungsführerschaft im linken Lager Deutschlands, so konzentrieren sich die Politiker der SPD naturgemäß auf die Koalitionsfrage. Sie müssen die Auseinandersetzung mit der Linkspartei in der Tagespolitik suchen – und das aus der Defensive heraus. Unübersehbar stellt „Die Linke“ mit ihren sozialromantischen Forderungen und ihren Wahlerfolgen eine ernsthafte Bedrohung für den Bestand der SPD als linke Volkspartei im Ringen um Mitglieder, Bündnispartner, Wählerschichten, Macht und somit um den Einfluss auf die öffentliche und veröffentlichte Meinung der Bundesrepublik dar. Die SPD kann diese Entwicklung nicht ignorieren. Sie muss um der eigenen politischen Mehrheitsfähigkeit willen den Versuch der Linkspartei, vor allem nach ihrem Wahlerfolg bei der Bundestagswahl 2005, unterbinden, ihr den Platz auf der Linken streitig zu machen.

Beide Flügel der SPD haben die Gefahr erkannt, die ihrer Partei von der Linkspartei droht. Doch über den Weg, sie zu bannen, besteht weder strategisch noch inhaltlich Einigkeit. Während linke Sozialdemokraten ihre Sympathien für „Die Linke“ kaum verhehlen können und ihren Aufstieg durch Einbindung in die Regierungsverantwortung aufhalten wollen, argumentieren rechte Sozialdemokraten vor allem mit der Vergangenheit der Linkspartei und ihrem Populismus, die sie durch strikte Abgrenzung bekämpfen wollen. So befürchten die Seeheimer in der Bundestagsfraktion nicht zu Unrecht, durch eine Zusammenarbeit mit der Partei „Die

Linke“ „die Mitte der Bevölkerung“ sowie den Volksparteiencharakter der SPD zu verlieren und sich so weit programmatisch von der FDP zu entfernen, dass „eine Ampelkoalition illusorisch wird“. Eine „wie auch immer geartete Kooperation mit der Linkspartei im Bund und in den westdeutschen Bundesländern“ lehnen sie deshalb ab, solange weiterhin gravierende Unterschiede zwischen beiden Parteien in der Wirtschafts-, Finanz-, Sozial-, Außen- und Sicherheitspolitik bestehen und sich der „westdeutsche Teil der Linkspartei weitgehend aus Altkommunisten, Sektierern und gescheiterten Sozialdemokraten zusammensetzt“. Vielmehr plädieren sie „für einen selbstbewussten, argumentativen und undogmatischen Umgang mit der Linkspartei“, wobei für sie das „Programm und Personal“ der Linkspartei den Kern der Auseinandersetzung bilden.²⁸ Interne Unterlagen der SPD belegen, dass generell neben den Mitgliedern des Seeheimer Kreises die ältere Generation der Sozialdemokraten um Struck, Steinmeier, Steinbrück und Müntefering – sofern sie diesem nicht eh schon angehören – eine distanzierte Haltung gegenüber der Linkspartei einnehmen. Sie sind sich des populistischen Charakters der Forderungen dieser Partei und ihrer Unseriosität bewusst, wie eine Studie der SPD-Bundestagsfraktion über „Die Linkspartei und das Geld“ belegt. In ihr werden die finanzwirksamen Gesetzesentwürfe und Anträge der Linkspartei auf ihre finanzpolitischen Konsequenzen hin analysiert. Ihr Ergebnis ist eindrucksvoll: Zur Finanzierung dieser Forderungskataloge würden „jährlich Kosten von rund 154,7 Mrd. Euro“ anfallen. Zutreffend wird festgestellt, ihre „Gegenfinanzierungsvorschläge sind zudem auf Sand gebaut“; um „die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und den Standort Deutschland kümmert sich die Linkspartei nicht“. Vielmehr heißen ihre Rezepte: „Hohe Lohnnebenkosten, möglichst hohe Steuern und Einschränkung des Wettbewerbs“. Allein die Lohnnebenkosten müssten nach Berechnungen der SPD zur Finanzierung ihrer Vorhaben deutlich steigen, allein um sechs Prozentpunkte in der Rentenversicherung und um einen Prozentpunkt in der Arbeitslosenversicherung.²⁹

„All ihre Versprechungen würden zu Steuererhöhungen und Anhebung der Sozialversicherungsbeiträge führen. Die Linke macht den Staat und seine Bürger arm“, so das Fazit des SPD-Fraktionsvorsitzenden Peter Struck in einem die Studie begleitenden Brief an alle Mitglieder seiner Fraktion. „Unterm Strich“, so Struck weiter, sei die Linkspartei „eine reine Protest- und Oppositionspartei, die mit populistischen Anträgen Stimmung macht und mit den Ängsten und Sorgen der Menschen spielt. Mit dieser Partei ist eine seriöse und glaubwürdige Politik nicht zu machen.“³⁰

Diese zutreffende Analyse hält die SPD aber nicht davon ab, ihr Verhältnis zur Linkspartei auch unter strategischen Gesichtspunkten zu sehen. So hat sich der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, Hoffnungsträger der jüngeren SPD-Generation und des linken Flügels seiner Partei, eindeutig „gegen jede Stigmatisierung der Linkspartei“ ausgesprochen, denn das würde sie nur stärken.³¹

Vor allem die jüngere Generation der Sozialdemokraten um Andrea Nahles, Niels Annen, Björn Böhning und Franziska Drohsel, die nahezu identisch ist mit dem linken Flügel der SPD, sucht auch den direkten Kontakt zur Linkspartei und spricht mit ihren Repräsentanten öffentlich über eine künftige gemeinsame Politik. Taktisches Kalkül, aber auch inhaltliche und emotionale Verbundenheit dienen als Beweggründe. So haben sich die Juso-Vorsitzende Franziska Drohsel und die stellvertretende Vorsitzende der Partei „Die Linke“ Katja Kipping bereits mehrmals getroffen und ihre gemeinsamen politischen Schnittmengen herausgearbeitet.

Von Seiten der Linkspartei ist es u.a. der Bundestagsabgeordnete und ehemalige Grüne Jan Korte, der mit Hilfe von Diskussionszirkeln für Wissenschaftler und Intellektuelle aus dem linksliberalen Milieu inoffizielle Kontakte zur SPD zu knüpfen versucht und mögliche Kooperationen nach einem Ende der großen Koalition im Bund auslotet.

Unterstützt wird er durch das im Februar 2007 neu gegründete „Forum Demokratischer Sozialismus“ (fds) der Linken. Das Forum versteht sich als Sprachrohr vor allem der ostdeutschen Mitglieder, welche die Partei als pragmatische Problemlöserin auch im Westen etablieren wollen. Ihr Sprecher, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Linkspartei in Berlin, Stefan Liebich, sowie die fds-Mitglieder Halina Wawzyniak, die Mitglied des geschäftsführenden Parteivorstandes der Partei „Die Linke“ ist, und Barbara Höll, Bundestagsabgeordnete aus Sachsen, haben sich gemeinsam mit Jan Korte kürzlich mit jungen linken SPD-Bundespolitikern des „Arbeitskreises Denkfabrik“ zu einem Meinungsaustausch über Konzepte zur nachhaltigen Entwicklung, zur sozialen Sicherung und zur Energiepolitik getroffen. Zu den Teilnehmern auf Seiten der SPD gehörten neben dem ehemaligen Juso-Vorsitzenden Niels Annen, Frank Schwabe und Christine Lamprecht auch Angela Marquardt, eine ehemalige PDS-Bundestagsabgeordnete und heutige Referentin der stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Andrea Nahles.³² Gerade Angela Marquardt scheint die

Rolle einer Moderatorin zwischen den jüngeren Generationen beider Parteien einzunehmen mit dem Ziel, die Annäherung zwischen SPD und Linkspartei zu forcieren und gegenseitige Hemmungen abzubauen.

Anfang März 2008 haben Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse, der schleswig-holsteinische SPD-Landesvorsitzende Ralf Stegner, der Präsident des deutschen PEN-Clubs Johanno Strasser und der kürzlich verstorbene frühere Bremer SPD-Vorsitzende Detlev Albers in einem Thesenpapier die SPD davor gewarnt, sich „durch dogmatische Kooperationsverweigerung nach links und dadurch nötige weitergehende Kompromisse mit konservativen Parteien immer weiter von unseren eigenen programmatischen Zielsetzungen zu entfernen“. „Politische Glaubwürdigkeit“ leitet sich für sie „eher aus programmatischen Festlegungen ab“ als aus „der formalen Festlegung und dem Ausschluss möglicher Koalitionsoptionen vor und nach Wahlen“. „Sozialer Fortschritt in Deutschland“ hängt für sie im Wesentlichen davon ab, dass es „auch künftig zum gemeinsamen politischen Handeln der progressiven Kräfte in einer großen linken Volkspartei kommt“. Die Autoren halten es deshalb für „verhängnisvoll, wenn jetzt aus dem Streit über die Regierungspolitik der Rot-Grünen- oder der großen Koalition erneut das Gegeneinander zweier linker Parteien hervorgeht“. Zwar schließen sie aufgrund der „unüberbrückbaren Gegensätze“ vor allem in der Außen-, Sicherheits-, Europa-, Wirtschaftspolitik und der Sozialpolitik eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei auf Bundesebene aus. Sie plädieren aber dafür, dass „der Parteivorstand und der Parteirat den einzelnen Verbänden ausdrücklich freie Hand“ bei der Bildung von Koalitionen lässt.³³

Dieses Thesenpapier entspricht der weitverbreiteten Ansicht innerhalb der deutschen Sozialdemokratie, „Die Linke“ sei eine ganz normale demokratische Partei. So hat der frühere SPD-Bundesgeschäftsführer und Lafontaine-Vertraute Ottmar Schreiner auf die Frage eines Journalisten, ob „Die Linke“ eine koalitionsfähige, demokratische Partei sei, geantwortet: „Sie ist eine demokratische Partei. Das steht für mich außer Zweifel.“³⁴

Die Reaktionen in der SPD verdeutlichen, dass „Die Linke“ mit ihren populistischen Forderungen und ihren Wahlerfolgen eine ernsthafte Bedrohung für den Bestand der SPD als linke Volkspartei im Ringen um Mitglieder, Bündnispartner und Wählerschichten ist. Die SPD kann diese Entwicklung nicht ignorieren. Sie muss um der eigenen politischen Mehr-

heitsfähigkeit willen den Versuch der Linkspartei unterbinden, ihr den Platz im linken Spektrum streitig zu machen. Deshalb sah sich der frühere SPD-Vorsitzende Matthias Platzeck schon nach dem Erfolg der Linkspartei bei der Bundestagswahl auf dem SPD-Parteitag in Karlsruhe vom 15. November 2005 auch genötigt, den emotionalen Leitbegriff „links“ und die damit assoziierten Werte und ihre Geschichte wie Gerechtigkeit, Frieden, Freiheit und Weltoffenheit für seine Partei zu reklamieren und diesen Anspruch der Linkspartei abzuwehren.

Der Geschäftsführer der Partei „Die Linke“ Dietmar Bartsch sieht die Debatte in der SPD gelassen. Gegenüber dem Berliner *Tagesspiegel* zeigt er sich optimistisch. Wenn sich der SPD die machtpolitische Perspektive biete, werde sie mit der Linkspartei koalieren: „Die, die jetzt die größte Klappe haben, werden als Erste springen.“³⁵

Gregor Gysi hat nach der letzten Bundestagswahl ein Ziel von Willy Brandt erneut aufgenommen, den Traum von einer Mehrheit links von der Union – für viele Sozialdemokraten ein verführerischer Gedanke. Strukturell und rechnerisch war sie am Abend der letzten Bundestagswahl bereits da, aber, so fügte Gysi damals hinzu, es war noch keine politische Wahl.

Unbestritten befindet sich die SPD in einem strategischen Dilemma. Seit der letzten Bundestagswahl gibt es zwar eine rechnerische, aber noch keine politische Mehrheit des linken Lagers. Die Konkurrenz innerhalb dieses sogenannten „linken“ Lagers führt wiederum dazu, dass die SPD durch den Populismus der Linkspartei kontinuierlich an Zustimmung in der Bevölkerung verliert und von dieser Partei vor sich hergetrieben wird. Der Ausweg zur Mitte ist ihr versperrt, da diese bereits von den Unionsparteien belegt ist. Zugleich rücken aber auch die Unionsparteien von der Mitte nach links und zwingen dadurch die SPD weiter nach links. Eingezwängt zwischen CDU/CSU und „Die Linke“ droht die SPD kopf- und führungslos wie ein steuerloses Schiff im Ozean hin und her getrieben und schließlich zertrümmert zu werden. Diesen Zustand hat Klaus Wowereit in seiner Autobiografie eindrucksvoll beschrieben: „Natürlich gibt es eine Reihe begründeter Vorbehalte gegen die PDS. Auf der anderen Seite müssen wir Sozialdemokraten aber bis heute feststellen, dass wir in einer strategischen Zwickmühle stecken. Es gibt in vielen Bundesländern und auch im Bund eine linke Mehrheit: SPD, Grüne und Linkspartei erreichen mehr Wähler als der schwarzgelbe Block der Konservativen.“

Die SPD darf dieses Potenzial nicht von vornherein und freiwillig verloren geben und Wähler enttäuschen. Wenn wir Sozialdemokraten uns bis in alle Ewigkeit bestimmte Bündnisse verbieten, sind wir genauso lange abhängig vom Goodwill der Union. So war es in Berlin.“³⁶

Dieses strategische Dilemma der SPD, würde sie ihren eigenen immer kurzlebigeren Abgrenzungsbeschlüssen zur PDS bzw. „Die Linke“ folgen, wird noch klarer, wenn man erkennt, wie viele Schnittmengen zwischen den Programmen beider Parteien tatsächlich existieren. Vor allem in der Wirtschafts-, Arbeits-, Sozial- und Umweltpolitik dürften sich beide Parteien relativ schnell einig werden, wenn es zu Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene kommen sollte. Wirkliche Differenzen sind nur in der Außen- und Sicherheitspolitik zu erwarten. Diese bleiben aber weitgehend auf die Generation von Steinmeier, Steinbrück und Struck innerhalb der SPD begrenzt. Sie verfügen noch über die Erfahrungen aus der Zeit des Kalten Krieges und der Notwendigkeit des transatlantischen Bündnisses und der NATO für die Sicherheit der Bundesrepublik und sie erinnern sich auch noch allzu gut an die Politik der alten SED und KPD gegen die Sozialdemokraten. Für die Generation von Nahles, Annen und Drohsel spielen derartige Überlegungen oder gar die Geschichte kaum noch eine Rolle. Sie ist erst nach dem Ende des realen Sozialismus politisch aktiv geworden und nähert sich scheinbar bedenkenlos der Linkspartei an. Junge Sozialdemokraten und Linke sehen in erster Linie die Gemeinsamkeiten zwischen ihren Parteien statt das, was sie trennt. Beide wollen die bestehende Wirtschaftsordnung überwinden, ohne dass dadurch die DDR zurückkehren soll. Aus diesem Grunde sehen sie auch schon jetzt keinen Sinn mehr in der Existenz zweier linker Parteien. Die junge Generation in beiden Parteien, die Nahles, Drohsels, Kippings und Kortess könnten diejenigen sein, die auf kurz oder lang die SPD und „Die Linke“ auch auf Bundesebene zusammenführen könnten – und das nicht nur aus taktischen Gründen, sondern aus innerer Überzeugung.

DIE GRÜNEN IN DER BÜNDNISSTRATEGIE DER PARTEI „DIE LINKE“

Für die PDS spielten bündnispolitische Überlegungen in Bezug auf die Grünen eine wichtige Rolle. Umgekehrt gab es auch bei den Grünen zu Beginn der 1990er Jahre Affinitäten zur PDS. Vor allem die grünen Ökosozialisten und Traditionslinken um den aus der Hamburger Grün-Alternativen Liste (GAL) stammenden Thomas Ebermann, Jürgen Reents und

Rainer Trampert fühlten sich der PDS durch den Antifaschismus als gemeinsame Traditionslinie eng verbunden. Sie führten den Untergang der DDR nicht auf die kommunistische Ideologie der SED zurück, sondern nur auf ihre unzureichende praktische Umsetzung. Sie favorisierten deshalb weiterhin den Sozialismus als ihr Ziel und stellten das vereinigte Deutschland unter Faschismusverdacht. Ihr Feindbild war so eindeutig auf den Westen und den Kapitalismus fixiert, ihre Hemmschwelle gegenüber den orthodoxen Kommunisten so weit reduziert, dass viele von ihnen meinten, nur in der PDS eine neue politische Heimat zu finden. So wechselten im Laufe des Jahres 1990 Harald Wolf von der Berliner Alternativen Liste (AL) sowie Jürgen Reents und Ulla Jelpke von der Hamburger GAL zur PDS und gelangten dort in einflussreiche Positionen. Während Harald Wolf zunächst den Fraktionsvorsitz der PDS im Berliner Abgeordnetenhaus übernahm und dann zum Bürgermeister von Berlin und Senator für Wirtschaft, Technologie und Frauen aufstieg, brachte es Jürgen Reents nach seiner Tätigkeit als Pressesprecher der PDS-Bundestagsfraktion zum Chefredakteur des ehemaligen Zentralorgans der SED, des *Neuen Deutschland*. Auch Dirk Schneider, der RAF-Anwalt Klaus Croissant, Doris und George Pumphrey verließen die Grünen bzw. die AL in Richtung PDS. Ihrer inoffiziellen Tätigkeit für die Staatssicherheit wegen waren sie für die Grünen untragbar geworden und kehrten mit ihrem Übertritt zur PDS letztlich nur zu ihren politischen und ideologischen Wurzeln zurück.³⁷ Der Trend zur Kooperation mit bzw. zum Wechsel zur PDS beschränkte sich aber nicht nur auf den Beginn der 1990er Jahre, sondern hält bis heute an. So wechselte im November 2001 der frühere bündnisgrüne Bundestagsabgeordnete Manfred Such zur PDS, im Juni 2007 folgte ihm die frühere Fraktionsvorsitzende der Grünen Monika Knoche.

Die meisten der dezidiert linken Grünen blieben ausdrücklich in ihrer Partei, um als „Linke [...] ganz bewusst und nicht aus Trägheit in den GRÜNEN weiter[zuarbeiten]“. ³⁸ Einige fühlten sich allerdings im Verlauf der Fusionsverhandlungen zwischen den westdeutschen Grünen und dem ostdeutschen Bündnis 90 zu Beginn der 1990er Jahre eher zur PDS hingezogen. So sah der heutige stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen, Hans-Christian Ströbele, in der PDS und nicht im Bündnis 90 den kongenialen Fusionspartner der Grünen.

Die Affinitäten vor allem des linken Flügels der Grünen zur PDS als einer sozialistischen Alternative zu den bundesrepublikanischen Parteien weck-

ten in der PDS lange Zeit die Hoffnung, mit Hilfe der Grünen als Bündnispartner die Westausdehnung zu schaffen. Gedacht wurde dabei nicht an eine Fusion, sondern an Wahlabsprachen und somit an eine Arbeitsteilung entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze. Die PDS sollte sich auf die neuen Länder konzentrieren und dort ihr Wählerpotential ausschöpfen, während die Grünen diesen Part für die alten Länder übernehmen sollten. Beide Parteien würden nach diesem Modell nicht mehr in Konkurrenz zueinander treten und könnten somit ihre Wahlchancen landes- und bundesweit optimieren.³⁹ Die Fusion der Grünen mit dem Bündnis 90 Anfang 1993 beendete all diese Überlegungen, da die ostdeutschen Bürgerrechtler aus dem Bündnis 90 eine Zusammenarbeit mit der PDS kategorisch ablehnten.

Die Wahlkämpfe in den neuen Ländern zeigten aber, dass auch nach der Fusion zur Partei Bündnis 90/Die Grünen die Option einer Zusammenarbeit mit der PDS nicht vom Tisch war. In Sachsen-Anhalt ließ sich 1994 erstmals eine rot-grüne Minderheitsregierung von der PDS tolerieren. Obwohl dieser Schritt auf heftigen innerparteilichen Widerstand bei den Bündnisgrünen stieß, ließ sich ein aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen bestehender Berliner Minderheitssenat unter Klaus Wowereit nach dem Bruch der großen Koalition in Berlin im Juni 2001 bis zu den Neuwahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus vom 21. Oktober 2001 von der PDS tolerieren. Nachdem aus Protest gegen diese Annäherung zwischen Grünen und PDS ehemalige DDR-Bürgerrechtler wie Konrad Weiß die Grünen verlassen hatten, schien eine von der SPD geführte Koalitionsregierung unter Einbeziehung der Postkommunisten auch für die Mehrheit der Bündnisgrünen nicht mehr ausgeschlossen. Längst hatte ein Trend eingesetzt, der bis in die Gegenwart anhält und rot-rot-grüne Bündnisse als realistische Alternative auch für die Grünen erscheinen lässt.

Inhaltlich gab es immer wieder Berührungspunkte zwischen den Grünen und der PDS, insbesondere in Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie der Außen- und Sicherheitspolitik. Die Schnittmengen, beispielsweise bei der Ablehnung von Bundeswehr und NATO, nahmen aber mit der Übernahme von Regierungsverantwortung durch die Grünen in den Ländern und im Bund zunehmend ab und atomisierten sich.

Erst nach dem Scheitern der rot-grünen Koalition bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag im Herbst 2005 und dem Gang der Grünen in die Opposition erhöhten sich die Berührungspunkte zwischen den Grünen

und der Linkspartei wieder. Neuen Schwung bekam diese Entwicklung dadurch, dass die Grünen sich im Zuge des deutschlandweit einsetzenden Linkstrends inhaltlich wieder stärker nach links orientierten. Die Parteitage von Göttingen und Nürnberg 2007 stehen symptomatisch für die Abkehr der Grünen von ihrer bisherigen Außen- und Sicherheits- sowie Wirtschafts- und Sozialpolitik. So musste der Parteivorstand der Grünen beim Göttinger Sonderparteitag vom September 2007 eine empfindliche Niederlage einstecken, als die grüne Basis mehrheitlich dem Antrag des Gelsenkirchener Parteilinken Robert Zion folgte und – entgegen dem Votum des Vorstandes – die grünen Bundestagsabgeordneten bei der anstehenden Abstimmung des Deutschen Bundestages über eine Verlängerung des ISAF-Mandates und des Tornado-Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan auf ein „Nein“ festlegte.⁴⁰ Prompt erfolgte dafür das Lob von Oskar Lafontaine.⁴¹

Eine programmatische Neuausrichtung ihrer Sozialpolitik nahmen die Grünen auf ihrem Nürnberger Parteitag vom 23. bis 25. November 2007 vor. Zwar erteilten sie dem auch von der Linkspartei favorisierten Modell einer bedingungslosen Grundsicherung mehrheitlich eine Absage. Mit einer „bedarfsorientierten Grundsicherung“ als Alternative wollen sie aber die „Gerechtigkeitslücke zwischen denen die drinnen und denen die draußen sind [...] überwinden“ und die „neoliberale Hegemonie“ brechen.⁴² Hinzu kommen Forderungen nach einem Mindestlohn und einer deutlichen Anhebung der Hartz-IV-Regelsätze. Auch nach Auffassung des ehemaligen grünen Bundestagsabgeordneten und hessischen Landesvorsitzenden Hubert Kleinert bedeuten die Beschlüsse von Nürnberg „den Abschied von jenem Kurs [...], der mit dem Begriff ‚Agenda 2010‘ bezeichnet wird“.⁴³

Mit diesen beiden Parteitagen haben sich die Grünen ihrem eigenen Verständnis nach „vom Neoliberalismus, welcher der Partei den Ruf eingetragen hat, eine grüne FDP zu sein“, verabschiedet und die militärischen und sozialpolitischen Zumutungen der Ära Schröder/Fischer endgültig hinter sich gelassen.⁴⁴ Zugleich hat ein „Roll-Back“ in Richtung eines wieder verstärkt staatsfixierten Denkens Eingang in die grüne Wirtschafts- und Sozialpolitik gefunden. Zwangsläufig sind dadurch die Schnittmengen mit der Linkspartei wieder größer geworden.

Dieser „Linksruck“ bei den Grünen wurde auch während der Wahlkämpfe und nach den Landtags- bzw. Bürgerschaftswahlen in Niedersachsen,

Hessen und Hamburg im Frühjahr 2008 deutlich. So forderten die niedersächsischen Grünen in ihrem Wahlprogramm „einen Mindestlohn, der eine gesetzliche Untergrenze festlegt, so dass in einzelnen Branchen und Regionen höhere Mindestlöhne festgesetzt werden können“.⁴⁵

Obwohl die Grünen sich sichtlich bemühten, ihre linke Klientel wieder stärker an sich zu binden, verloren sie bei den drei Landtagswahlen im Frühjahr 2008 an keine andere Partei mehr Stimmen als an „Die Linke“. 19.000 ehemalige Wähler der Grünen wechselten in Hessen zur Linkspartei, in Niedersachsen waren es gar 31.000 Wähler, davon allein 3.500 in der Landeshauptstadt Hannover,⁴⁶ in Frankfurt am Main verloren sie gar ein Drittel ihrer Wählerschaft an „Die Linke“.⁴⁷ Während sich das Wählerprofil der Grünen in Niedersachsen stabilisieren konnte, verloren die hessischen Grünen vor allem in den jüngeren und mittleren Altersgruppen und bei ihrer Stammwählerschaft: den Wählern mit sehr hohem Bildungsniveau, den berufstätigen Beamten und den Konfessionslosen.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung droht den Grünen eine Auseinandersetzung um ihr künftiges Verhältnis zur Linkspartei. Während in der Partei- und Fraktionsführung große Bedenken gegen eine Annäherung bestehen, werben führende linke Politiker der Grünen für eine neue Offenheit gegenüber der Linkspartei. So forderte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen, Hans-Christian Ströbele, „Rot-Rot-Grün darf nicht auf ewig ein Tabu sein“ und meinte, die Grünen stünden der Linkspartei in Sachfragen oftmals näher als der Union oder FDP, beispielsweise in Fragen der sozialen Gerechtigkeit oder in ökologischen Fragen.⁴⁸ Nicht viel anders äußerte sich der frühere Bundesumweltminister und führende Parteilinke Jürgen Trittin. Er prognostiziert für das Saarland die erste Regierungsbeteiligung der Linkspartei in einem der alten Bundesländer, die aber „nur in einer Dreierkonstellation herbeigeführt werden [kann]“, also mit Hilfe der Grünen.⁴⁹ Sollte seine Partei zur Regierungsbildung benötigt werden, so Trittin weiter, „wird sie mitverhandeln“.⁵⁰ Der grüne Stadtverband im hessischen Hanau formulierte gar einen offenen Brief an den grünen Landesvorstand und die Landtagsfraktion. „Tretet in Verhandlungen mit den Linken“, heißt es darin. Um aus der derzeitigen politischen Erstarrung herauszukommen, müssen die Grünen nun eine Zusammenarbeit mit der SPD und der Partei „Die Linke“ anstreben. Dabei dürfe man die Mitglieder der Linkspartei „nicht als altbackene SED-ler abtun, sondern müsse bedenken, dass es sich dabei

auch um enttäuschte Grüne, Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Globalisierungskritiker“ handele.⁵¹ Alle hessischen Kreisverbände erhielten diesen Brief, der den Initiatoren zufolge dort viel Unterstützung erfährt.

Vorhandene inhaltliche Schnittmengen zwischen den Grünen und der Linkspartei können aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich SPD und „Die Linke“ heute wesentlich näher stehen als Bündnis 90/Die Grünen und „Die Linke“. Verantwortlich hierfür ist ein grünes Welt- und Menschenbild, das sich grundlegend von dem der SPD und Linkspartei unterscheidet. Ist das Handeln von SPD und „Die Linke“ häufig auch ideologisch determiniert, so verbindet die Grünen ein „Kreis von Grundwerten“,⁵² die auch wertkonservativ orientiert sind. Steht bei SPD und „Die Linke“ das Kollektiv im Vordergrund, ist es bei den Grünen das Individuum, seine Rechte und Pflichten. Setzen SPD und „Die Linke“ auf etatistische Lösungen und favorisieren den omnipotenten Staat, so plädieren die Grünen für die Verantwortung des Einzelnen und fordern Subsidiarität. Letztlich ist es auch eine Mentalitätsfrage. Grüne Heterogenität im Denken und Handeln auf der einen Seite und sozialdemokratische oder linke Geschlossenheit der eigenen Reihen auf der anderen Seite lassen sich nur schwer in Einklang bringen. Höchstwahrscheinlich würden diese fundamentalen Unterschiede den ausgeprägten grünen Drang zur Macht nicht aufhalten können. Dennoch könnten sie in Verbindung mit der grünen Heterogenität auch zur grünen Suche nach koalitionspolitischen Alternativen führen und ein rot-rot-grünes Bündnis auf kurz oder lang ins Aus manövrieren.

- 1/ Roik, Michael: *Die DKP und die demokratischen Parteien 1968-1984*. – Paderborn u.a.: Schöningh, 2006. – S. 99.
- 2/ Sturm, Daniel Friedrich: *Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90*. – Bonn: Dietz, 2006. – S. 184. – (Willy-Brandt-Studien).
- 3/ Ebd.
- 4/ Zitiert nach Müller, Uwe: *Das Doppelgesicht des moralischen Scharfrichters*. In: *Die Welt vom 10.06.2008*.
- 5/ Ebd.
- 6/ Zitiert nach Wilke, Manfred: *Die Diktaturkader Andre Brie, Gregor Gysi, Lothar Bisky und das MfS*. In: Veen, Hans-Joachim (Hrsg.): *Manfred Wilke. Der SED-Staat. Geschichte und Nachwirkungen. Gesammelte Schriften. Zu seinem 65. Geburtstag*. – Köln u.a.: Böhlau, 2006. – S. 63.
- 7/ Zitiert nach Wilke, Manfred: *Demokratischer Sozialismus – ein „neuer Anlauf“*. In: *trend – Zeitschrift für Soziale Marktwirtschaft*, 113 (2007) 4, S. 7-10; hier S. 8.

- 8| Dyk, Paul van: *Rettet die SPD!* In: *Perspektive 21. Brandenburgische Hefte für Wissenschaft und Politik*, 38 (2008) 3, S. 8.
- 9| Koch, Roland: *Der Stamm lebt aus den Wurzeln.* In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 13.08.2008, S. 10.
- 10| Zitiert nach *Berliner Morgenpost* vom 16.06.2008.
- 11| Zitiert nach Wilke: *Demokratischer Sozialismus.* – S. 10.
- 12| *Der Tagesspiegel* vom 17. Oktober 2007.
- 13| Berg, Stefan / Deggerich, Markus: „Denken in Schwarz-Weiß“. In: *Der Spiegel*, 31/2007, S. 34-35.
- 14| Denkler, Thorsten: „Die Linke ist eine demokratische Partei“. Ottmar Schreiner im Interview. In: *Sueddeutsche.de* vom 29.01.2008 – <http://www.sueddeutsche.de/deutschland/artikel/421/155017/> [08.10.2008].
- 15| Wiegand, Ralf: „Die Linke kann nicht für immer tabu sein“. Der Kieler Fraktionschef Ralf Stegner glaubt, dass eine SPD in Großen Koalitionen auf Dauer kaputtgeht. In *Süddeutsche Zeitung* vom 06.02.2008.
- 16| „Auf die Inhalte kommt es an! Beschluss des Vorstandes der Parlamentarischen Linken in der SPD-Bundestagsfraktion zur aktuellen Debatte nach den Landtagswahlen in Hessen, Niedersachsen und Hamburg.“ In: *PL in der SPD-Bundestagsfraktion* vom 05.03.2008, S. 3-4.
- 17| Seitz, Norbert: *Von der Abspaltung bedroht.* In: *Die Politische Meinung*, 53, (2008) 8, S. 24-28; hier S. 25.
- 18| Vgl. „Debakel für Ypsilanti.“ In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 04.11.2008 und das Interview von Holl, Thomas: „Wenn Politik Züge von Religion annimmt“. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 06.11.2008.
- 19| Vgl. *Berliner Morgenpost* vom 23.09.2008.
- 20| Vgl. Heitkamp, Sven: *Wird die Linkspartei in Thüringen den Ministerpräsidenten stellen?* In: *Die Welt* vom 02.02.2008.
- 21| Vgl. „Ramelow will Althaus nachfolgen.“ In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 21.10.2008.
- 22| Baron, Udo / Wilke, Manfred: *Die Partei „Die Linke“.* Auseinandersetzung mit Strategie und Taktik. In: *Die Politische Meinung*, 52 (2007) 11, S. 37-43; hier S. 41.
- 23| Vgl. Haselberger, Stephan: *Schwan warnt vor Beschluss gegen Linke.* In: *Der Tagesspiegel* vom 08.06.2008.
- 24| Baron / Wilke: *Die Partei „Die Linke“.* – S. 40.
- 25| Wehler, Hans-Ulrich: *Aus Weimar Lernen.* In: *Die Zeit*, 28/2007, S. 5.
- 26| Vgl. Baron / Wilke: *Die Partei „Die Linke“.* – S. 40.
- 27| Dernbach, Andrea: „Die SPD ist regenerierbar“. Der Politologe Iring Fetscher über 40 Jahre als Beobachter und Mitglied, Schröders Fehler – und Steinmeier als neuen Helmut Schmidt. In: *Der Tagesspiegel* vom 21.06.2008.
- 28| Ernstberger, Petra / Hübner, Klaas / Kahrs, Johannes: *Die SPD muss Volkspartei bleiben.* Erklärung vom 07.03.2008. – <http://www.seeheimer-kreis.de/index.php?id=205> [08.10.2008].
- 29| *SPD-Bundestagsfraktion: Die Linkspartei und das Geld.* – Berlin, 2007. – S. 20. – http://www.nachdenkenseiten.de/upload/pdf/070824_finanzliste_spd_linke.pdf [08.10.2008].
- 30| Schreiben von Peter Struck an die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion vom 21.08.2007. – http://www.nachdenkenseiten.de/upload/pdf/070824_finanzliste_spd_linke.pdf [08.10.2008].
- 31| Goetz-Weimer, Christiane: *Meine Zeit wird kommen.* Interview mit Klaus Wowereit. *Die Krise der SPD stellt Führungsfrage neu.* In: *Cicero*, 4/2008, S. 54-57; hier S. 54.
- 32| Vgl. *Berliner Morgenpost* vom 19.06.2008.

- 33| „Eine dogmatische Verweigerung schadet uns‘. Die SPD-Politiker Detlev Albers, Ralf Stegner, Johano Strasser und Wolfgang Thierse plädieren für eine Zusammenarbeit mit der Linken.“ In: *Süddeutsche Zeitung* vom 10.03.2008.
- 34| Denkler, Thorsten: „Die Linke ist eine demokratische Partei“. Ottmar Schreiner im Interview. In: *Sueddeutsche.de* vom 29.01.2008 – <http://www.sueddeutsche.de/deutschland/artikel/421/155017/> [08.10.2008].
- 35| Zitiert nach Wilke: *Demokratischer Sozialismus.* – S. 9.
- 36| Wowereit, Klaus / Schumacher, Hajo: *... und das ist auch gut so. Mein Leben für die Politik.* – München: Blessing, 2007. – S. 206.
- 37| Vgl. Baron, Udo: *Kalter Krieg und heißer Frieden. Der Einfluss der SED und ihrer westdeutschen Verbündeten auf die Partei „Die Grünen“ im „Kampf um den Frieden“.* – Münster u.a.: Lit, 2003. – S. 243 ff. – (Diktatur und Widerstand; 3).
- 38| Stürmann, Werner / Wolf, Frieder Otto: *Radikal denken – links und in den GRÜNEN handeln!* In: *Bundesgeschäftsstelle der Grünen (Hrsg.): Dokumentation und Diskussionspapiere zu den Austritten bzw. Übertritten GRÜNER PolitikerInnen.* – Bonn, o. J. – Archiv Grünes Gedächtnis – Bibliothek – Nr. 1998/D 21.
- 39| *Gespräch des Autors Udo Baron mit dem PDS-Bundestagsabgeordneten Dietmar Keller* vom 27.09.1993.
- 40| Vgl. *Die Zeit* vom 17.09.2007.
- 41| Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 16.09.2007.
- 42| *Bündnis 90/Die Grünen: Aufbruch zu neuer Gerechtigkeit.* Beschluss der 27. ordentlichen Delegiertenkonferenz der Grünen vom 23.-25. November 2007 in Nürnberg. – S. 2. – http://www.gruene.de/cms/partei/dokbin/207/207470.aufbruch_zu_neuer_gerechtigkeit.pdf [08.10.2008].
- 43| Kleinert, Hubert: *Grüne rücken nach links.* In: *Spiegel Online* vom 24.11.2007. – <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,519318,00.html> [08.10.2008].
- 44| Vgl. *Süddeutsche Zeitung* vom 24.11.2007.
- 45| *Bündnis 90/Die Grünen: Jetzt. Für Morgen. Grün für Niedersachsen.* Landtagswahlprogramm 2008-2013. – Hannover: Landesverband Niedersachsen, 2007. – S. 42. – <http://www.gruene-niedersachsen.de/cms/default/dokbin/207/207239.landtagswahlprogramm2008.pdf> [08.10.2008].
- 46| Vitzthum, Thomas: *Die Brutstätte der neuen Linken.* Warum es Lafontaines roten Helfern gelingt, in grüne Wählermilieus einzudringen – Ein Ortstermin in Hannover Linden. In: *Die Welt* vom 05.02.2008.
- 47| Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 05.02.2008.
- 48| Zitiert nach *Berliner Zeitung* vom 05.02.2008.
- 49| Löwenstein, Stephan: „Ohne Linkspartei landet man notgedrungen bei der Ampelkoalition“. Jürgen Trittin über Rot-Rot-Grün und andere Bündnisoptionen der Grünen. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 05.02.2008.
- 50| *Rheinische Post* vom 05.02.2008.
- 51| Zitiert nach *Berliner Zeitung* vom 05.02.2008.
- 52| *Bündnis 90/Die Grünen: Die Zukunft ist grün.* Grundsatzprogramm von Bündnis 90/Die Grünen. – Berlin: Bündnis 90/Die Grünen, 2002. – S. 9. – http://www.gruene.de/cms/files/dokbin/68/68425.grundsatzprogramm_die_zukunft_ist_gruen.pdf [08.10.2008].

GREGOR GYSIS KOALITIONSANGEBOT

GEMEINSAMKEITEN UND KRITERIEN FÜR EINE KOALITION

Rechnet man neben der Linkspartei die SPD und auch die Grünen zum sogenannten „linken“ Lager, dann gibt es bereits seit der letzten Bundestagswahl eine rechnerische Mehrheit für eine Linkskoalition aus diesen drei Parteien. Weil sowohl SPD als auch Grüne bislang eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei auf Bundesebene ablehnen, ist daraus aber noch keine politische Mehrheit geworden. Auf dieses Ziel, die Durchsetzung dieser politischen Mehrheit, richten sich deshalb die Bestrebungen der Partei „Die Linke“, denn nur auf diesem Weg ist eine Regierungsbeteiligung auf Bundesebene für sie möglich. Eindeutig im Mittelpunkt des Interesses steht die größte linke Volkspartei, die SPD. Zwar lässt der Bundesgeschäftsführer der Linkspartei Dietmar Bartsch offiziell verlauten, die „SPD ist für uns derzeit nicht koalitionsfähig“, weil es „auf den zentralen Politikfeldern einfach zu große Unterschiede“ gäbe.¹ Gleichzusetzen mit einer generellen Absage an ein rot-rotes Bündnis auf Bundesebene sind diese Äußerungen aber nicht, zumal sie auf Landesebene spätestens seit 1998 nicht mehr zutreffen.

Ebenso zu bewerten sind die Gründe, die der Berliner Wirtschaftssenator Harald Wolf für die Ablehnung einer Kooperation mit der SPD im Bund nach den Bundestagswahlen im Herbst 2009 anführt: „Solange die SPD an der Agenda 2010

festhält, den Steuersenkungswettlauf in Europa mit vorantreibt und statt des Abzuges aus Afghanistan die Ausweitung des Einsatzes vorbereitet, sehe ich keine Grundlage für eine Koalition 2009.“²

Im Umkehrschluss bedeuten diese Aussagen doch nichts anderes, als dass bei einer Annäherung in den aufgeführten Punkten eine Zusammenarbeit zwischen der Linkspartei und der SPD bereits 2009 möglich wäre.

Noch konkreter wurde Gregor Gysi in einem Gespräch mit der Wochenzeitung *Das Parlament*, in dem er „eine Koalition mit der SPD 2009 nicht definitiv aus[schloss]“. Zugleich formulierte er die Bedingungen für eine Zusammenarbeit, die noch einmal den „Umerziehungseffekt“ linker Bündnispolitik gegenüber SPD und Grünen unterstreichen: „Die SPD muss erst einmal wieder sozialdemokratisch werden. Wir haben sieben Punkte, die erfüllt sein müssen, damit man überhaupt zusammengehen kann: Bundeswehr raus aus Afghanistan, Überwindung von Hartz IV, Rückkehr zur Rente mit 65, gesetzlicher Mindestlohn, Bekämpfung der Kinderarmut, Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West und die Reform der Gesundheitsreform“.³

Unterzieht man diese sieben Prüfsteine für eine mögliche Koalition einer näheren Analyse, in die man auch die Grünen mit einbezieht, so stellt man fest, dass mit Ausnahme der Außen- und Sicherheitspolitik die Schnittmengen zwischen SPD, Grünen und „Die Linke“ größer als die Gegensätze sind. Schlüsselt man die sieben Koalitionsprüfsteine Gysis auf, ergibt sich folgendes Bild:

1. Bundeswehr raus aus Afghanistan

Diese Forderung unterstreicht, dass Gregor Gysi die programmatischen Aussagen seiner Partei, „Friedenspolitik“ zu betreiben, ernst nimmt, wenn er mit diesem Punkt seinen Forderungskatalog eröffnet. In der Debatte in den Medien gilt er als zentrales Hindernis für eine mögliche Koalition mit der SPD auf Bundesebene. Vor allem die ältere Generation der SPD um Außenminister Steinmeier wird die noch auf die rot-grüne Bundesregierung von Bundeskanzler Gerhard Schröder zurückgehende Entscheidung, Einheiten der Bundeswehr nach Afghanistan zu entsenden, nicht rückgängig machen, bevor sich die Lage dort nicht grundsätzlich stabilisiert hat. Dieser Generation ist bewusst, dass Afghanistan die Bündnisfrage aufwirft. Ein einseitiger deutscher Rückzug könnte nicht

ohne negative Rückwirkungen auf die NATO und das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten bleiben. Ob dieser außenpolitische Konsens der SPD mit der Union auch von der jüngeren Generation und somit von dem linken Flügel der SPD geteilt wird, sei dahingestellt. Spätestens mit einem Generationenwechsel an der Spitze der SPD könnte es in dieser Frage zu einer Neubestimmung der Sozialdemokratie kommen.

Obwohl die Grünen in der gemeinsamen Regierungszeit mit der SPD den Bundeswehreininsatz in Afghanistan beschlossen haben, zieht sich die Partei auf Druck ihrer Basis peu à peu von ihrer vormaligen Zusage zurück. Die Bundeswehr ganz aus Afghanistan abziehen wollen die Grünen zwar nicht, sie forderten aber „eine sofortige Beendigung von OEF“ (*Operation Enduring Freedom*) und lehnten „eine Verlängerung des Tornado-Mandats für Afghanistan über den 13. Oktober 2007 hinaus oder gar eine Integration dieses Mandates in das ISAF-Mandat ab“.⁴ Insofern dürften Koalitionsverhandlungen mit der Linkspartei nicht an diesem Punkt scheitern.

2. Überwindung von Hartz IV

Bei diesem Thema sowie generell beim Themenkomplex „Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik“ gibt es zahlreiche Übereinstimmungen zwischen SPD und Linkspartei. So will „Die Linke“ das von ihr als „Armut per Gesetz“ bezeichnete Arbeitslosengeld II überwinden. In der Praxis fordert sie jedoch eine Erhöhung der Regelleistung um 20 Prozent und trifft sich mit dieser Forderung mit SPD-Linken wie Ottmar Schreiner und den Gewerkschaften. Auch in der Frage der Erhöhung des Anteils des Vermögens von ALG-II-Beziehern, das nicht auf die staatliche Sozialhilfe angerechnet werden darf, stimmen beide Parteien ebenso überein wie bei zusätzlichen Hilfen für Kinder und eine regelmäßige Anpassung an die steigenden Lebenshaltungskosten.

Die Grünen sprechen sich „für die Weiterentwicklung von Hartz IV zur sozialen Grundsicherung“ aus. Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II verstehen sie dabei als „einen ersten Schritt in Richtung einer sozialen Grundsicherung“. Zugleich fordern sie, ebenso wie SPD und „Die Linke“, die „Leistungshöhe an Kostensteigerungen an[z]u passen und Kinder und Jugendliche besser ab[z]usichern“.⁵ Die niedersächsischen Grünen wollen das ALG II „den Forderungen der Wohlfahrtsverbände entsprechend um etwa 20 Prozent erhöhen“.⁶

3. Gesetzlicher Mindestlohn

SPD und „Die Linke“ sind sich in der Forderung nach Mindestlöhnen nahezu einig. Heißt es bei der SPD, um „Ausbeutung zu verhindern und fairen Wettbewerb zu sichern, brauchen wir Mindestlöhne“,⁷ fordert „Die Linke“ einen „gesetzlichen Mindestlohn in existenzsichernder Höhe“.⁸ Allein in der Höhe bestehen marginale Unterschiede. Fordert „Die Linke“ einen garantierten Stundenlohn von acht Euro, geben sich Sozialdemokraten ebenso wie der DGB mit 7,50 Euro zufrieden.

Berührungspunkte ergeben sich auch mit den Grünen. Sie möchten „rechtlich verbindliche Mindestlöhne, wenn auf dem Wege der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen und durch die Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes Lohndumping nicht verhindert werden kann“.⁹ Im Gegensatz zu Linkspartei, SPD und DGB legen sich die Grünen aber nicht auf einen konkreten Betrag fest.

4. Rente mit 65

Während die SPD in der großen Koalition der Einführung der Rente mit 67 Jahren und somit dem Hinausschieben der Altersgrenze für den Rentenbezug zustimmte, betont „Die Linke“: „Die Anhebung des Renteneintrittsalters auf über 65 Jahre lehnen wir als verdeckten Angriff auf die Rentenhöhe ab.“¹⁰ Doch gibt es auch in der SPD Stimmen, die der Verschiebung der Altersgrenze kritisch gegenüberstehen. Von Anfang an hat die SPD betont, besonders belastete Berufsgruppen wie z.B. Dachdecker von der neuen Regelung auszunehmen. Zudem prüft sie gegenwärtig die Möglichkeiten flexibler Übergänge vom Erwerbsleben zur Rente. Dazu gehören neben Altersteilzeit und Teilrente auch Überlegungen, den Zugang zur Erwerbsminderungsrente auszuweiten.¹¹ Äußerungen der SPD zufolge will sie auch die 2009 auslaufende Förderung der Altersteilzeit durch die Bundesagentur für Arbeit befristet bis 2015 verlängern und Arbeitnehmern eine Teilrente bereits ab dem 60. statt wie bisher ab dem 63. Lebensjahr ermöglichen, um die Härten bei der schrittweisen Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre abzumildern.

Ansonsten besteht beim Thema Rente weitgehende Übereinstimmung zwischen beiden Parteien. Die SPD will „die gesetzliche Rentenversicherung langfristig auf alle Erwerbstätigen ausdehnen“ und eine „Grundsicherung“ einführen.¹² „Die Linke“ will die Rente in eine „Erwerbstätigen-

versicherung“ umwandeln, in die „schrittweise Angehörige aller Berufsgruppen einbezogen werden“. ¹³ Die Grünen „wollen die Rentenversicherung langfristig zu einer Bürgerversicherung für alle weiterentwickeln, um ihre Finanzierungsgrundlagen zu stärken“. ¹⁴

5. Bekämpfung von Kinderarmut

Um die Kinderarmut erfolgreich bekämpfen zu können, haben Sozialdemokraten, Grüne und „Die Linke“ ähnlich lautende Lösungsansätze entwickelt. Die SPD will „das System der Kinderförderung umbauen, so dass Reiche durch Steuerentlastung nicht mehr stärker gefördert werden“. ¹⁵ „Die Linke“ meint, der „Schlüssel zur Überwindung von Kinderarmut liegt in der Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums“. ¹⁶ Die Grünen fordern weniger klassenkämpferisch „die Einführung einer sozial gerechten existenzsichernden, transparenten Kindergrundsicherung für alle Kinder durch eine Neuordnung und Vereinfachung des bestehenden Familienfördersystems“. ¹⁷ Während Bildung „von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule [...] garantiert kostenfrei sein“ soll, so die Sozialdemokraten, ¹⁸ treten die Grünen „für einen Rechtsanspruch auf eine qualitativ hochwertige, ganztägige Kinderbetreuung für alle Kinder ab dem ersten Lebensjahr ein, die nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen darf“. ¹⁹ Ähnlich „Die Linke“, die sich „für gebührenfreie und qualitativ hochwertige Angebote von der Kita bis zur Uni“ einsetzt. ²⁰ Will „Die Linke“ das Familiensplitting abschaffen, so möchte die SPD es nur einschränken. Einer Prüfung der Staffelung des Kindergeldes nach dem Einkommen der Eltern stehen beide Parteien aufgeschlossen gegenüber. ²¹

6. Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West

Alle Parteien haben sich dieses Ziel auf ihre Fahnen geschrieben – und wissen, dass es nicht leicht zu erreichen ist. Im Osten wie im Westen bestehen bis in die Gegenwart hinein Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern fort. Zur vollständigen Angleichung ist es weder in den neuen Ländern, noch zwischen diesen und den alten gekommen. Die Forderung nach einer Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland dürfte deshalb in erster Linie symbolischen Charakter haben und aus diesem Grunde kein ernsthaftes Hindernis zwischen der SPD, den Grünen und der Partei „Die Linke“ darstellen.

7. Reform der Gesundheitsreform

In der Frage der Reform der Gesundheitsreform wollen SPD und „Die Linke“ „keine Zweiklassenmedizin“. ²² Während die SPD „sich für eine „solidarische Bürgerversicherung, in die alle Menschen einbezogen werden“, ²³ ausspricht, plädiert „Die Linke“ nahezu wortgleich „für eine solidarische Bürgerversicherung im Gesundheitswesen“, in der die „gesamte Bevölkerung“ mit einbezogen werden soll. ²⁴ Nicht anders die Grünen, die sich für „die Weiterentwicklung der gesetzlichen und der privaten Krankenversicherung zu einer Bürgerversicherung“ stark machen, in die auch „BeamtenInnen, Abgeordnete und Selbstständige“ und „alle Einkunftsarten – auch Vermögenseinkommen, Gewinne und Mieteinkünfte –“ einbezogen werden sollen. ²⁵

Die Gemeinsamkeiten zwischen SPD und Linkspartei gehen aber über diese Punkte hinaus. Sie beginnen bereits beim Grundverständnis beider Parteien von Staat, Gesellschaft und Wirtschaftsordnung. Im Gegensatz zu den Grünen, die „ein Kreis von Grundwerten“ ²⁶ verbindet, bekennen sich SPD ²⁷ und „Die Linke“ ²⁸ in ihren Grundsatzprogrammen explizit zum „demokratischen Sozialismus“. Auch in der Analyse der aktuellen Situation stimmen beide Parteien überein. „Der globale Kapitalismus vertieft die Kluft zwischen Reich und Arm. Auch in unserer Gesellschaft verschärfen sich die sozialen Gegensätze“, heißt es bei den Sozialdemokraten. ²⁹ Für „Die Linke“ ist „unsere Gesellschaft [...] von Massenarbeitslosigkeit, von wirtschaftlichen und kulturellen Spaltungen geprägt“, für die eine „hoch konzentrierte Kapitalmacht“ verantwortlich ist. ³⁰ Differenzen in der Kapitalismuskritik sind eher semantischer Natur. So verdammt „Die Linke“ den „entfesselten Kapitalismus“, ³¹ während die SPD – sprachlich nur weniger radikal formuliert – die „entfesselten Finanzmärkte“ kritisiert. ³² Derartige Kapitalismuskritik findet sich bei den Grünen nicht mehr. Ähnlich sieht es bei der Problemlösung aus. Während SPD und Linkspartei etatistischen Lösungen das Wort reden, auf den omnipotenten Staat statt auf den mündigen Bürger setzen, rücken die Grünen Subsidiarität und die Verantwortung des Einzelnen in den Vordergrund. Aus diesem individualistischen Ansatz heraus fordern sie die „Förderung der zivilen Gesellschaft mit Mitteln des Staates bei gleichzeitiger Begrenzung des Staates“. ³³

Die Gemeinsamkeiten im Staatsverständnis spiegeln sich vor allem in der Beurteilung der globalen Wirtschafts- und Sozialpolitik wider. Fordert „Die

Linke“ „Verteilungsgerechtigkeit“, so plädiert die SPD für „mehr Gleichheit in der Verteilung von Einkommen, Vermögen und Macht“,³⁴ während die Grünen auf die „Sozialpflichtigkeit des Eigentums, wie sie im Grundgesetz verankert ist,“ setzen und einen „Ordnungsrahmen“ favorisieren, in dem „ökologische, soziale und kulturelle Interessen gewährleistet werden“.³⁵ Ruft „Die Linke“ nach einer „gesetzlichen Begrenzung der Managergehälter“,³⁶ will die SPD „mit rechtlichen Maßnahmen dafür sorgen, dass Managergehälter künftig im Rahmen bleiben“.³⁷ „Arbeitszeitverkürzung“ dient beiden als eine Möglichkeit der aktiven Beschäftigungspolitik.³⁸

Mit dem Rückgriff auf den „demokratischen Sozialismus“ als programmatisches Ziel aktualisierte die SPD ihre alte Vision, wonach soziale Gerechtigkeit durch staatliches Handeln herbeigeführt werden könne, ganz in der Tradition deutscher Sozialpolitik seit dem Reichskanzler Otto von Bismarck. Damit begründet die SPD ihren Führungsanspruch in der deutschen Politik gegenüber den Wählern. Auch bei dieser Wiederentdeckung half „Die Linke“ durch ihre Wählerkonkurrenz, denn den Glauben an die Allmacht des Staates hatte die SED-Nachfolgepartei nie aufgegeben. Auch sie verspricht ihren Wählern, eine von ihr mitbestimmte Regierung würde erfolgreich dieses Ziel verfolgen.

Die Losung „soziale Gerechtigkeit“ ist zutiefst emotional. Sie spricht Ängste und Neid in der Gesellschaft bewusst an und will sie mobilisieren – und das nicht allein im Wahlkampf. Es ist eine populistische Strategie, denn sie verspricht ihren Wählern, dass – sollte die Partei an die Macht kommen – sie mit Hilfe des Staates ihre Versprechungen einlösen werde.

Der Glaube an etatistische Lösungen ist nicht auf die Sozialpolitik beschränkt. Auch in den anderen Politikfeldern scheinen die Unterschiede in der Programmatik von SPD, „Die Linke“ und Bündnis 90/Die Grünen nicht unüberwindbar. Vor allem in der Innenpolitik gibt es Überschneidungen. So stehen alle drei Parteien einem Einsatz der Bundeswehr im Inland ablehnend gegenüber.³⁹ Grüne und Linkspartei lehnen zudem noch die von der SPD in der großen Koalition mitgetragenen Sicherheitsmaßnahmen wie das neue BKA-Gesetz und die geplante Online-Durchsuchung, den Personalausweis mit biometrischen Angaben und die Vorrats-Datenspeicherung ab.⁴⁰

In der Bildungspolitik votiert „Die Linke“ für „eine integrative Schule für alle Kinder von der ersten bis mindestens zur neunten Klasse“,⁴¹ die SPD

wirbt für „ein längeres gemeinsames Lernen [...] in einer gemeinsamen Schule bis zur zehnten Klasse“,⁴² ähnlich die Grünen, die „eine längere gemeinsame Grundschulzeit“ für sinnvoll halten.⁴³ In der Hochschulpolitik lehnt „Die Linke“ „Studiengebühren in jeder Form“ ab,⁴⁴ die SPD spricht sich abgemildert gegen „Studiengebühren für das Erststudium“ aus,⁴⁵ nicht anders die Grünen.⁴⁶ Gemeinsam haben SPD, Grüne und Linkspartei schon mal in Hessen Koalition in der Opposition geübt und die Rücknahme der Studiengebühren gegen den Willen der Landesregierung durchgesetzt.⁴⁷

In der Energiepolitik steht die Anti-Atomkraft-Front aus SPD, Grünen und der Partei „Die Linke“. Bereits während der rot-grünen Regierungszeit im Bund haben SPD und Grüne das Aus für die Atomenergie beschlossen. Gehört der Atomausstieg zu einem der Grundpfeiler grüner Politik,⁴⁸ so hat sich auch die SPD zuletzt in ihrem Hamburger Grundsatzprogramm von der Kernenergie verabschiedet.⁴⁹ Nahtlos fügt sich „Die Linke“ mit ihrer Forderung nach „einem beschleunigten Ausstieg aus der Atomenergie“ in diesen Kreis ein.⁵⁰ Auch die aktuelle Diskussion um eine Verlängerung der Laufzeiten für Kernkraftwerke nutzte „Die Linke“, um eine neue Brücke zu den Grünen zu bauen. „Wir halten an dem vereinbarten Atomausstieg fest“, so Dietmar Bartsch fast zeitgleich mit den grünen Politikern.⁵¹ Als Alternative favorisieren diese drei Parteien „erneuerbare Energien“ zur Lösung der Energieversorgung.⁵² Hier beschreitet das linke Lager erneut einen deutschen Sonderweg, den es entschlossen fortsetzen will.

Hermann Scheer, Mitglied des SPD-Bundesvorstandes und ein entschiedener Verfechter alternativer Energien als Ersatz für die Nutzung der Atomkraft, fordert auch aus ökologischen Gründen ein Zugehen seiner Partei auf „Die Linke“. Er behauptet, die SPD schwäche sich mit ihrer Abgrenzung zur Linkspartei selber: „Solange sie eine Koalition mit der Linkspartei unter allen denkbaren Umständen ausschließt, solange sie eine solche Koalition sogar auf westdeutscher Landesebene als drohendes Unheil begreift, riskiert die SPD weitere Machtverluste. Kaum etwas verhindert Wahlerfolge auch im Bund mehr als der Eindruck, die SPD habe gar keine andere Regierungsperspektive als die einer Fortführung der Großen Koalition, in einer dann auch noch geschwächten Rolle.“⁵³

Über die programmatischen Gemeinsamkeiten hinaus verbindet alle drei Parteien der Antifaschismus. Während „Die Linke“ von einer „Ächtung des

Rechtsextremismus und Neonazismus“ spricht,⁵⁴ „ächtet“ die Sozialdemokraten in ihrem neuen Grundsatzprogramm „Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“.⁵⁵ Fordern sowohl SPD und Linkspartei ein Verbot der NPD, lehnen die Grünen einen solchen Schritt ab, weil für sie „nicht das Verbot der NPD, sondern deren politische und zivilgesellschaftliche Bekämpfung im Vordergrund“ stehen muss.⁵⁶ Bewusst wird bei SPD und „Die Linke“ die Formel vom „Kampf gegen rechts“ statt vom „Kampf gegen Rechtsextremisten bzw. Rechtsradikale“ gewählt, um dadurch jeden National-Konservativen dem Faschismusverdacht auszusetzen und jedem Nicht-Linken die Beweislast für seine demokratische Gesinnung abzuverlangen. In abgemilderter Form trifft dies auch auf die Grünen zu. So vermengt die frühere bündnisgrüne Vorsitzende und heutige Europaabgeordnete Angelika Beer in dem von ihr herausgegebenen Band über die „Braune Gefahr für Deutschland“ schon im Inhaltsverzeichnis die Begriffe „rechts“ und „rechtsextremistisch“.⁵⁷ In ihren offiziellen Parteiverlautbarungen bemühen sich die Grünen hingegen um begriffliche Schärfe und reden durchgängig von „Rechtsextremismus“.

HINDERNISSE EINER MÖGLICHEN KOALITION

Einzig die Außen- und Sicherheitspolitik könnte zum ernsthaften Hindernis auf dem Weg zu einer rot-rot-grünen Koalition auf Bundesebene werden, weil in den Grundsatzfragen wie Westbindung, Europa und Auslandseinsätze der Bundeswehr die Meinungen sehr weit auseinandergehen. Ist für „Die Linke“ mit der Europäischen Union „ein neuer Raum der Klassenkämpfe“ entstanden, so sehen die Sozialdemokraten in ihr „unser politische Antwort auf die Globalisierung“,⁵⁸ während die Grünen die „Europäische Einigung [...] als Erfolgsmodell“ betrachten.⁵⁹ Unterstützen SPD und Grüne „den Vertrag von Lissabon als eine weitere Etappe im europäischen Verfassungsprozess“,⁶⁰ lehnt ihn die Partei „Die Linke“ wegen seiner „militaristischen und neoliberalen Implikationen“⁶¹ und seines „neoliberalen Geist[es]“ ab.⁶² Einigkeit besteht dagegen in der Frage eines EU-Beitritts der Türkei, den alle drei Parteien grundsätzlich bejahen.⁶³

Noch deutlicher wird der außenpolitische Dissens zwischen SPD und der Linkspartei in der Frage der Westbindung. Während die SPD seit ihrem Godesberger Programm aus dem Jahre 1959 und die Grünen, spätestens seitdem sie 1998 Regierungsverantwortung auch im Bund übernommen haben, zur Westbindung und zur Nato stehen, lehnt „Die Linke“ die

„imperiale Politik unter Führung der Vereinigten Staaten von Amerika“ ab und will „Militärbündnisse wie die NATO [...] überwinden“.⁶⁴

Aktuell besteht die größte Kluft in der Frage von Auslandseinsätzen der Bundeswehr. „Friedenspartei zu sein ist ein Alleinstellungsmerkmal der Linken“, nimmt Harald Wolf für seine Partei in Anspruch.⁶⁵ Die „Bundeswehr darf nicht weiter für Militärinterventionen im Ausland eingesetzt werden“, wenn es nach der Linkspartei geht.⁶⁶ Für die SPD bleibt der Einsatz militärischer Mittel“ dagegen „Ultima Ratio“. Sie setzen zwar „auf zivile Krisenprävention und Krisenreaktion“, zur „Stabilisierung des Friedens“ sind sie aber bereit, „Soldatinnen und Soldaten [...] ein[zu]setzen, wenn andere Mittel nicht ausreichen“.⁶⁷ Doch auch in diesem Punkt scheint ein Kompromiss nicht ausgeschlossen. So räumt Harald Wolf ein, dass es auch in der Linkspartei eine Diskussion darüber gebe, „ob Fälle denkbar sind, sich an Einsätzen unter UN-Mandat zu beteiligen, um zum Beispiel Völkermord zu verhindern“.⁶⁸

AUSBLICK

Ein Vergleich der Programme und Verlautbarungen von SPD, Grünen und der Partei „Die Linke“ lässt zahlreiche Gemeinsamkeiten in den einzelnen Politikfeldern erkennen. Die Überschneidungen bei SPD und Linkspartei sind vor allem in der Sozialpolitik nicht zu übersehen. Außer in der Außen- und Sicherheitspolitik scheinen die Differenzen in erster Linie semantischer Natur zu sein. Während „Die Linke“ eine radikalere Sprache verwendet, gibt sich die SPD eher gemäßigt. Vor allem die junge Generation beider Parteien fühlt sich auch inhaltlich eng verbunden. Diese Verbundenheit im Geiste reicht bis hin zum gemeinsamen Ziel einer Systemüberwindung. So hob Franziska Drohsel in einem Interview mit dem *Tagesspiegel* hervor, dass für die Jusos „im demokratischen Sozialismus das kapitalistische System nicht mehr das vorherrschende“ sei. Auf die Frage, ob die Marktwirtschaft in ihrer jetzigen Form abgeschafft werden müsse, antwortete sie: „Grundsätzlich würde das natürlich bedeuten, dass man das Marktprinzip als gesellschaftsstrukturierendes Element aufhebt.“⁶⁹ Nicht anders hätten es auch die Vertreter der Partei „Die Linke“ formulieren können.

Differenzierter müssen die Gemeinsamkeiten zwischen den Grünen und der Linkspartei gesehen werden. Auch wenn in einzelnen Fragen wie der friedlichen Nutzung der Kernenergie oder der Ablehnung der neuen

Sicherheitsgesetze im Kampf gegen den Terror Übereinstimmig herrscht, so bestehen doch erhebliche Differenzen nicht nur in der Außen- und Sicherheitspolitik, sondern auch bei den wirtschafts- und sozialpolitischen Lösungsansätzen. Verantwortlich hierfür ist ein sich von SPD und „Die Linke“ grundlegend abhebendes Verständnis der Grünen von Staat und Gesellschaft. Setzen SPD und „Die Linke“ auf etatistische Lösungen und favorisieren den omnipotenten Staat, so steht bei den Grünen das Individuum, seine Rechte und Pflichten im Vordergrund. Von einem eher wert-konservativen Weltbild ausgehend plädieren sie für die Verantwortung des Einzelnen und setzen auf Subsidiarität. Höchstwahrscheinlich würden diese fundamentalen Unterschiede den ausgeprägten grünen Drang zur Macht nicht aufhalten können. Dennoch könnten sie in Verbindung mit der grünen Heterogenität auch zur grünen Suche nach koalitionspolitischen Alternativen führen und ein rot-rot-grünes Bündnis auf kurz oder lang ins Aus manövrieren.

Auffallend ist die Dynamik, die von der Linkspartei in der aktuellen Politik ausgeht. Sie popularisiert erfolgreich Begriffe wie „soziale Gerechtigkeit“, versucht sich die Meinungsführerschaft bei zentralen gesellschaftlichen Themen wie der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns zu sichern und agitiert mit steigendem Erfolg gegen bundespolitische Weichenstellungen wie die „Agenda 2010“. Dadurch nimmt sie in nicht unerheblichem Maße Einfluss auf die öffentliche und veröffentlichte Meinung in der Bundesrepublik. Zugleich konkurriert sie deswegen vor allem mit der SPD um Mitglieder und Wähler und macht ihr diese abspenstig. Ohne Zweifel ist „Die Linke“ der dynamische Faktor innerhalb des linken Lagers. Das zeigt nicht zuletzt das Koalitionsangebot von Gysi.

- 1| Strohschneider, Tom: „Die SPD ist für uns nicht koalitionsfähig“. Linkspartei-Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch über die Krise der Sozialdemokraten, die Chancen eines Mitte-Links-Bündnisses und die Debatten in seiner Partei. In: Freitag, 12/2008.
- 2| „Wir werden nicht nur in Berlin regieren“. Interview mit Harald Wolf. In: Berliner Morgenpost vom 01.08.2007.
- 3| Pilath, Monika / Hille, Sebastian: „Wir setzen die Themen“. In: Das Parlament, 20/2008. – <http://www.das-parlament.de/2008/20/MenschenMeinungen/20462312.html> [08.10.2008].
- 4| Bündnis 90/Die Grünen: Militärische Eskalation ist keine Lösung – Mit politischen Mitteln und zivilem Aufbau den Frieden in Afghanistan gewinnen! Beschluss der Außerordentlichen Delegiertenkonferenz in Göttingen vom 15.09.2007. – S. 3. – www.gruene.de/cms/default/dokbin/197/197532.militaerische_eskalation_ist_keine_loesu.pdf [08.10.2008].

- 5| Bündnis 90/Die Grünen: Von Hartz IV zur sozialen Grundsicherung. Ergebnisse der „Evaluierungs-AG Hartz IV“ vom 14.02.2007. – S. 1. – www.gruene.de/cms/files/dokbin/168/168907.ergebnisse_der_evaluierungs_ag_hartz_iv_k.pdf [08.10.2008].
- 6| Bündnis 90/Die Grünen: Jetzt. Für Morgen. Grün für Niedersachsen. Landtagswahlprogramm 2008-2013. – Hannover: Landesverband Niedersachsen, 2007. – S. 45. – <http://www.gruene-niedersachsen.de/cms/default/dokbin/207/207239.landtagswahlprogramm2008.pdf> [08.10.2008].
- 7| SPD: Hamburger Programm. Das Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen auf dem Hamburger Parteitag der SPD am 28. Oktober 2007. – Berlin: SPD-Parteivorstand, 2007. – S. 46. – http://www.spd.de/show/1731549/Hamburger%20Programm_final.pdf [08.10.2008].
- 8| Die Linke: Programmatische Eckpunkte. Programmatisches Gründungsdokument der Partei DIE LINKE. Beschluss der Parteitage der WASG und der Linkspartei.PDS, Dortmund, 24./25.3.2007. In: Disput, 4/2007, S. 37.
- 9| Bündnis 90/Die Grünen: Mindestlohnregelungen jetzt einführen! Beschluss der 26. ordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz vom 01.-03.12.2006. – S. 2. – www.gruene.de/cms/default/dokbin/159/159567.mindestlohnregelungen_jetzt_einfuehren_v.pdf [08.10.2008].
- 10| Die Linke: Programmatische Eckpunkte. – S. 39.
- 11| Vgl. Berliner Morgenpost vom 01.07.2008.
- 12| SPD: Hamburger Programm. – S. 59.
- 13| Die Linke: Programmatische Eckpunkte. – S. 39.
- 14| Bündnis 90/Die Grünen: Demografie und Rente. – www.gruene.de/cms/themen/rubrik/13/13327.demografie_und_rente.htm [08.10.2008].
- 15| SPD: Aktionsplan gegen Kinderarmut vom 09.06.2008. – <http://www.spd.de/menu/1750002/> [13.10.2008].
- 16| Mulia, Marc: Was hier als Mittel gegen Kinderarmut verkauft wird, ist in Wahrheit ein Geschenk für Reiche! Presseerklärung vom 21.08.2008. – http://die-linke.de/index.php?id=1504&type=123&tx_ttnews%5Btt_news%5D=471&cHash=22bb890817 [13.10.2008].
- 17| Bündnis 90/Die Grünen: Kinder in den Mittelpunkt – 11 Grüne Punkte gegen Kinderarmut. Beschluss des Länderrats vom 05.04.2008. – www.gruene.de/cms/default/dokbin/229/229220.kinderarmut.pdf [13.10.2008].
- 18| SPD: Aktionsplan gegen Kinderarmut vom 09.06.2008.
- 19| Bündnis 90/Die Grünen: Kinder in den Mittelpunkt.
- 20| Mulia: Mittel gegen Kinderarmut.
- 21| Müller-Vogg, Hugo: Graben zwischen SPD und Linken weder breit noch tief. In: HMV Online vom 23.06.2008. – http://www.hugo-mueller-vogg.de/index.php?article_id=1460&version=2 [13.10.2008].
- 22| SPD: Hamburger Programm. – S. 58.
- 23| Ebd.
- 24| Die Linke: Programmatische Eckpunkte. – S. 39.
- 25| Bündnis 90/Die Grünen-Bundestagsfraktion: Eine für alle. Die grüne Bürgerversicherung. Pressemitteilung vom 19.12.2007. – www.gruene-bundestag.de/cms/gesundheits/dok/212/212303.eine_fuer_alle.html [13.10.2008].
- 26| Bündnis 90/Die Grünen: Die Zukunft ist grün. Grundsatzprogramm von Bündnis 90/Die Grünen. – Berlin: Bündnis 90/Die Grünen, 2002. – S. 9. – http://www.gruene.de/cms/files/dokbin/68/68425.grundsatzprogramm_die_zukunft_ist_gruen.pdf [08.10.2008]

- 27| Vgl. SPD: Hamburger Programm. – S. 16 f.
- 28| Vgl. Die Linke: Programmatische Eckpunkte. – S. 34.
- 29| SPD: Hamburger Programm. – S. 56.
- 30| Die Linke: Programmatische Eckpunkte. – S. 34.
- 31| Ebd.
- 32| SPD: Hamburger Programm. – S. 7.
- 33| Bündnis 90/Die Grünen: Die Zukunft ist grün. – S. 43.
- 34| SPD: Hamburger Programm. – S. 15.
- 35| Bündnis 90/Die Grünen: Die Zukunft ist grün. – S. 46.
- 36| Bartsch, Dietmar: „Wir sind allhier!“ Presseerklärung vom 27.03.2008. – <http://die-linke.de/presse/presseerklarungen/detail/archiv/2008/maerz/zurueck/presseerklarungen/artikel/wir-sind-allhier/> [13.10.2008].
- 37| SPD: Angemessene Managergehälter. Pressemitteilung vom 28.04.2008. – <http://www.spd.de/menu/1746536/> [13.10.2008].
- 38| Die Linke: Programmatische Eckpunkte. – S. 37; SPD: Hamburger Programm. – S. 53.
- 39| SPD: Hamburger Programm. – S. 35; Die Linke: Programmatische Eckpunkte. – S. 44.
- 40| Bündnis 90/Die Grünen: Gegen den Überwachungsstaat. Das BKA-Gesetz stoppen – die Demokratie stärken. Beschluss des Länderrats vom 05.04.2008. http://www.gruene.de/cms/default/dokbin/229/229235.gegen_den_ueberwachungsstaat_das_bkagese.pdf [13.10.2008]; Die Linke: Keine Zustimmung zu Online-Durchsuchung und Spähangriff. Pressemitteilung vom 21.04.2008. – <http://die-linke.de/presse/presseerklarungen/detail/browse/5/zurueck/aus-den-laendern/artikel/keine-zustimmung-zu-online-durchsuchung-und-spaehangriff/> [13.10.2008].
- 41| Die Linke: Programmatische Eckpunkte. – S. 42.
- 42| SPD: Hamburger Programm. – S. 62.
- 43| Bündnis 90/Die Grünen: Bildung und Schule. – www.gruene.de/cms/themen/rubrik/13/13325.bildung_und_hochschule.htm [13.10.2008].
- 44| Die Linke: Programmatische Eckpunkte. – S. 42.
- 45| SPD: Hamburger Programm. – S. 64.
- 46| Bündnis 90/Die Grünen: Bildung und Schule.
- 47| Vgl. Berliner Morgenpost vom 05.06.2008.
- 48| Vgl. z.B. Bündnis 90/Die Grünen: Die Zukunft ist grün. – S. 30.
- 49| SPD: Hamburger Programm. – S. 49.
- 50| Die Linke: Programmatische Eckpunkte. – S. 38.
- 51| „Grüne wollen atomisierten Wahlkampf.“ In: Neues Deutschland vom 15.07.2008.
- 52| Ebd.
- 53| Scheer, Hermann: Die SPD muss auf die Linkspartei zugehen. In: Stern vom 03.07.2008, S. 38.
- 54| Die Linke: Programmatische Eckpunkte. – S. 43.
- 55| SPD: Hamburger Programm. – S. 36.
- 56| Bündnis 90/Die Grünen: Der Umgang mit der NPD und rechtsextremen Verbänden. Beschluss des Parteirates vom 07.04.2008. – S. 4. – http://www.gruene.de/cms/files/dokbin/227/227863.beschluss_zum_npdverbot.pdf [13.10.2008].
- 57| Speit, Andreas: Braune Gefahr für Deutschland. – Berlin: Angelika Beer, 2008. – S. 3. – http://www.angelika-beer.de/stepone/data/downloads/37/00/00/Braune_Gefahr_fuer_Deutschland.pdf [13.10.2008].
- 58| SPD: Hamburger Programm. – S. 19.

- 59| Bündnis 90/Die Grünen: Europa. – <http://www.gruene.de/cms/themen/rubrik/13/13329.europa.htm> [13.10.2008].
- 60| Die Grünen/Europäische Freie Allianz im europäischen Parlament: Vertrag von Lissabon. Ein neuer Anfang für Europa. Mitteilung vom 10.12.2007. – http://www.greens-efa.org/cms/topics/dok/210/210553.vertrag_von_lissabon@de.htm [13.10.2008].
- 61| Siehe Elsässer, Jürgen: Kalter Putsch gegen das Grundgesetz. Die EU-Verfassung ist gescheitert – die Lissaboner Ermächtigungsgesetze sollen an ihre Stelle treten. In: Neues Deutschland vom 24.04.2008.
- 62| Bisky, Lothar: Frieden hat für uns Linke absolute Priorität. Aus der Rede des Bundestagsabgeordneten und Vorsitzenden der Partei DIE LINKE während der abschließenden Lesung des EU-Reformvertrages von Lissabon. – http://www.lotharbisky.de/kat_reden_detail.php?v=197 [13.10.2008].
- 63| Vgl. SPD: Hamburger Programm. – S. 30; Bündnis 90/Die Grünen: Europa; Schubert, Katina: Europäisierung ist Perspektive gegen Nationalismus. Pressemitteilung vom 13.02.2008. – <http://die-linke.de/politik/international/detail/browse/4/zurueck/presseerklarungen-zu-internationalen-fragen/artikel/europaeisierung-ist-perspektive-gegen-nationalismus/> [14.10.2008].
- 64| Die Linke: Programmatische Eckpunkte. – S. 36 und 44.
- 65| „Wir werden nicht nur in Berlin regieren“. Interview mit Harald Wolf. In: Berliner Morgenpost vom 01.08.2007.
- 66| Die Linke: Programmatische Eckpunkte. – S. 43.
- 67| SPD: Hamburger Programm. – S. 25.
- 68| „Wir werden nicht nur in Berlin regieren“. Interview mit Harald Wolf. In: Berliner Morgenpost vom 01.08.2007.
- 69| Bruns, Tissy / Haselberger, Stephan: „Wir brauchen eine andere Ordnung“. Juso-Chefin Franziska Drohsel über „demokratischen Sozialismus“ und Rot-Rot im Bund. In: Der Tagesspiegel vom 09.03.2008.

DIE AUTOREN

Dr. Udo Baron, Jahrgang 1963, ist Politikwissenschaftler und Historiker. Er war wissenschaftlicher Mitarbeiter der Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin. Seit 2008 ist er als Referent im Niedersächsischen Ministerium des Innern für den Bereich Linksextremismus zuständig. Forschungsschwerpunkte sind u.a. die Geschichte der Parteien und der außerparlamentarischen Bewegungen sowie der politische Extremismus.

Prof. Dr. Manfred Wilke, Jahrgang 1941, ist Soziologe, Zeithistoriker und Publizist. Bis 2006 war er Professor für Soziologie an der Fachhochschule für Wirtschaft in Berlin und einer der beiden Leiter des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin, zu dessen Mitbegründern er zählt. Forschungsschwerpunkte sind u.a. die Geschichte des Kommunismus und der SED-Herrschaft sowie die Erforschung von Opposition und Widerstand im „realen Sozialismus“.

ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

*Dr. Michael Borchard
Leiter Hauptabteilung Politik und Beratung
10907 Berlin
Tel.: +49-30-2 69 96-35 50
E-Mail: michael.borchard@kas.de*

*Dr. Ralf Thomas Baus
Leiter Team Innenpolitik
Hauptabteilung Politik und Beratung
10907 Berlin
Tel.: +49-30-2 69 96-35 03
E-Mail: ralf.baus@kas.de*

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

http://www.kas.de/publikationen/zukunftsforum_politik.html

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

gern schicken wir Ihnen unsere Veröffentlichungen auch zu. Bitte bestellen Sie mit dem umseitigen Vordruck.

Bis zu drei Exemplaren geben wir kostenlos ab. Ab vier Exemplaren berechnen wir eine Schutzgebühr (Bearbeitungs- und Versandkosten) von € 3,00 je Heft. Bei größeren Bestellungen ab 30 Exemplaren gewähren wir einen Rabatt, so dass jedes Heft dann € 2,00 kostet.

Bitte schicken Sie zusammen mit Ihrer Bestellung einen entsprechenden Verrechnungsscheck, Briefmarken oder Geld, erst dann können wir Sie beliefern.

Alle Studien – die aktuellen und vergriffenen – können Sie im Internet herunterladen.

Wenn Sie Fragen zu den Publikationen der Konrad-Adenauer-Stiftung haben, erreichen Sie uns per E-Mail: publikationen@kas.de

Wir wünschen eine interessante Lektüre.

Ihr Publikationen-Team

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

BESTELLUNG

Kurztitel	Heftnummer	Preis

* Bitte beachten Sie die umseitigen Lieferbedingungen.

Absender

Vor- und Zuname

Straße / Hausnummer

PLZ / Ort

Datum / Unterschrift

Bitte bestellen Sie hier:
Konrad-Adenauer-Stiftung
Rathausallee 12
53757 Sankt Augustin

Fax: 0 22 41 / 2 46-2479
E-Mail: bestellung@kas.de

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

BROSCHÜRENREIHE ZU AKTUELLEN POLITISCHEN THEMEN

- 50 | Föderalismusreform: Föderalismus in Europa I
- 51 | Föderalismusreform: Föderalismus in Europa II
- 52 | Wie wird die Globalisierung heute beurteilt? – Ein Beitrag zu einer „rationaleren“ Diskussion
- 53 | Deutsche Außenpolitik im 21. Jahrhundert. Arbeitskreis Junger Außenpolitiker (*vergriffen*)
- 54 | Globalisierungsdebatte II: Positionen und Gegenpositionen
- 55 | Afrika realistisch darstellen: Diskussionen und Alternativen zur gängigen Praxis. Schwerpunkt Schulbücher (*vergriffen*)
- 56 | Von TIMSS zu IGLU – Eine Nation wird vermessen (*vergriffen*)
- 57 | Ideen für Berlin: Eine Synopse strategischer Entwicklungsvorschläge
- 58 | Jedes Kind zählt – Neue Wege der frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung
- 59 | Christ sein in der Politik. Hermann Ehlers heute – anlässlich seines 100. Geburtstags
- 60 | Zur Krise und Reform der Universität
- 61 | Föderalismusreform – Vor der Reform ist nach der Reform? Eine erste Bilanz der Arbeit der Bundesstaatskommission
- 62 | Was die Gesellschaft zusammenhält. Plädoyer für einen modernen Patriotismus
- 63 | Aufbau oder Abriss Ost? Konzeptionelle Überlegungen zur nachhaltigen Stadtentwicklung in den neuen Ländern

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

BROSCHÜRENREIHE ZU AKTUELLEN POLITISCHEN THEMEN

- 64 | Föderalismus in Europa III
- 65 | Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland.
Auf dem Weg zur „Volksfront“?
- 66 | Sozialer Bundesstaat
- 67 | Ein Jahr nach der EU-Osterweiterung: Erste Erfahrungen, Probleme,
Aussichten
- 68 | Möglichkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung strukturschwacher
Regionen in Ostdeutschland
- 69 | Der deutsche Föderalismus im Reformprozess
- 70 | Wie lange dürfen wir arbeiten? Gesetzliche Altersgrenzen als
Verfassungsproblem
- 71 | Deutsch-russische „Strategische Partnerschaft“: Eine kurzfristige
Strategie oder Handeln im Interesse Europas?
- 73 | Der „Bachelor“ – Anregungen zur aktuellen Studienreformdebatte
- 74 | Familienfreundliche Personalpolitik
- 75 | Auf dem Weg zu einem patientenfreundlichen Gesundheitssystem.
Liberalisierung des Pharmamarktes. Eine Ordnungsökonomische
Analyse und Implikation für den deutschen Pharmamarkt.
- 76 | Bessere Medizin zu bezahlbaren Preisen. Mehr Qualität und Effizienz
durch Wettbewerb. Plädoyer für die Stärkung des Bürgers im
Gesundheitswesen
Englische Ausgabe: Better Health Care at Affordable Prices
Higher Quality and Greater Efficiency through Competition.
Arguments for Strengthening the Citizen's Position in the Health
System

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

BROSCHÜRENREIHE ZU AKTUELLEN POLITISCHEN THEMEN

- 78 | Perspektiven der Innovationspolitik für die neuen Länder
- 79 | Sterbehilfe und selbstbestimmtes Sterben –
Zur Diskussion in Mittel- und Westeuropa, den USA und Australien
Englische Ausgabe: Euthanasia and self-determination in dying –
A review of the debate in central and western Europe, the United
States and Australia
- 80 | Dem Sterben einen Sinn geben
- 81 | Gesundheitskompetenz ausbauen
- 82 | Sozialer Bundesstaat – ein Spannungsfeld
- 83 | Stammzellforschung als politische Herausforderung
- 84 | Die Mitglieder der CDU – eine Umfrage der
Konrad-Adenauer-Stiftung
- 85 | Ethische Bewertungen der Stammzellforschung
- 86 | Probleme der Föderalismusreform in Deutschland – Der gegen-
wärtige Stand der Reformen und der Auftrag der Föderalismus-
kommission II
- 87 | Das Rechtsextreme Bündnis: Aktionsformen und Inhalte
- 88 | Die UNO-Leitlinien zur Dezentralisierung und Stärkung der
Kommunen | UN Guidelines on decentralization and the
strengthening of local authorities
- 89 | Deutschland in der Globalisierung – Auswirkungen und Handlungs-
ansätze für eine bessere Balance zwischen Gewinnern und Verlierern
- 90 | Die Entzauberung der Extremisten? – Erfolgsbedingungen der NPD
im internationalen Vergleich

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

BROSCHÜRENREIHE ZU AKTUELLEN POLITISCHEN THEMEN

91 | Schöpfungsglaube und Evolutionsbiologie

92 | Der „zweite Frühling“ der NPD – Entwicklung, Ideologie,
Organisation und Strategie einer rechtsextremistischen Partei

93 | Die Freien Wähler in Deutschland – Geschichte – Strukturen –
Leitlinien

94 | „Die Linke“ – Entstehung – Geschichte – Entwicklung

95 | Prävention bis ins hohe Alter

96 | „Die Linke“ – Bündnis- und Koalitionspolitik der Partei